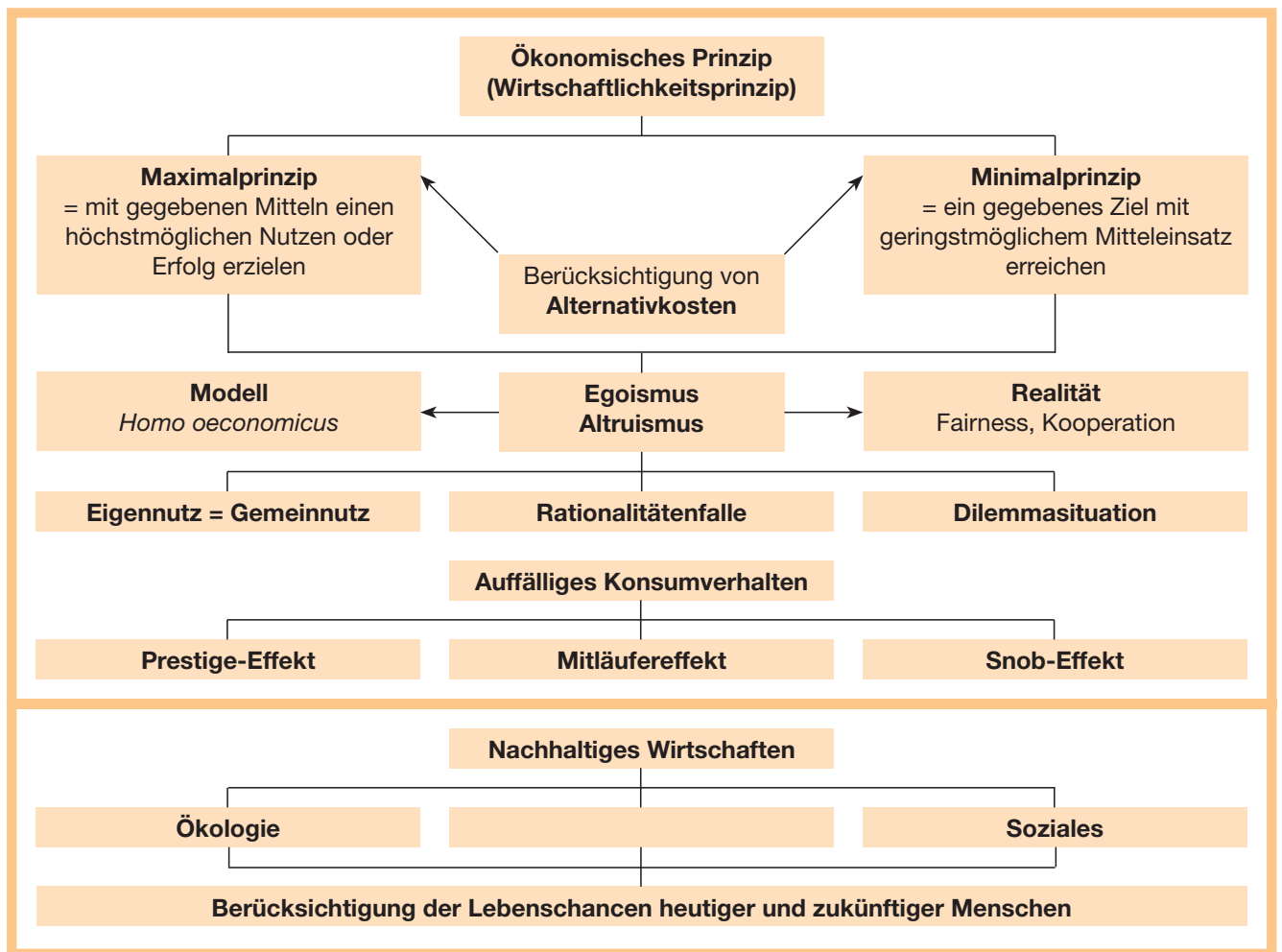


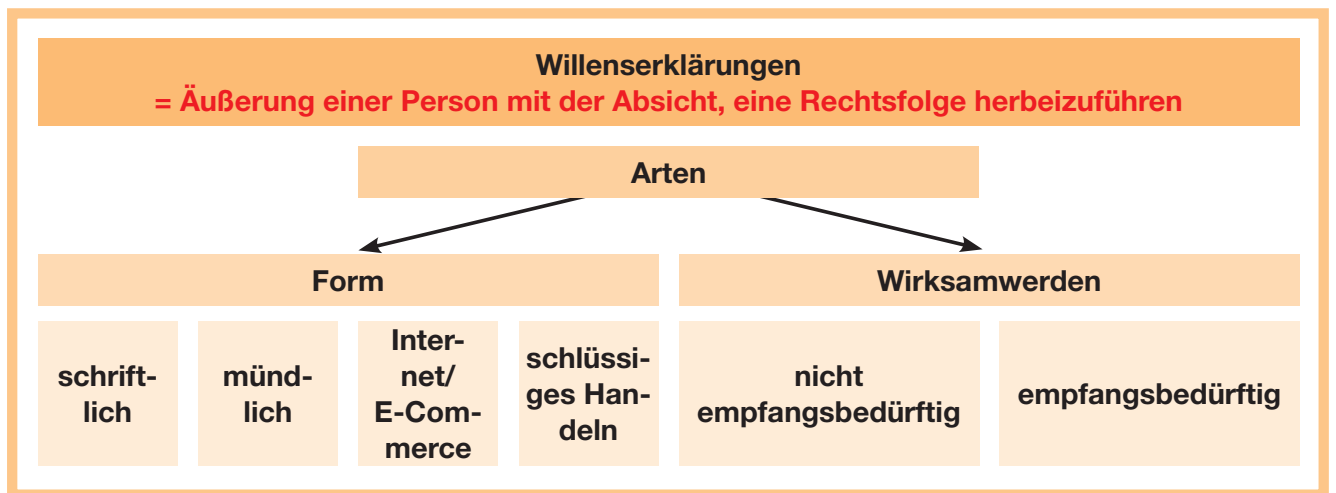
Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	1
1.1	Produktionsstufen in einer Volkswirtschaft	1/1

Produktionsstufen in einer Volkswirtschaft			
Primärer Sektor	Sekundärer Sektor		Tertiärer Sektor
Urproduktion (Gewinnung von Rohstoffen)	Be- und Verarbeitungsbetriebe		Dienstleistungsbetriebe
	Veredlungs- betriebe	Fertigungs- betriebe	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Bergbau	Bearbeitung von Rohstoffen (z. B. Kornmühle)	Herstellung von Erzeugnissen (z. B. Autos)	Groß- und Einzelhandel, Banken, Versicherungen, Werbeagenturen, ...

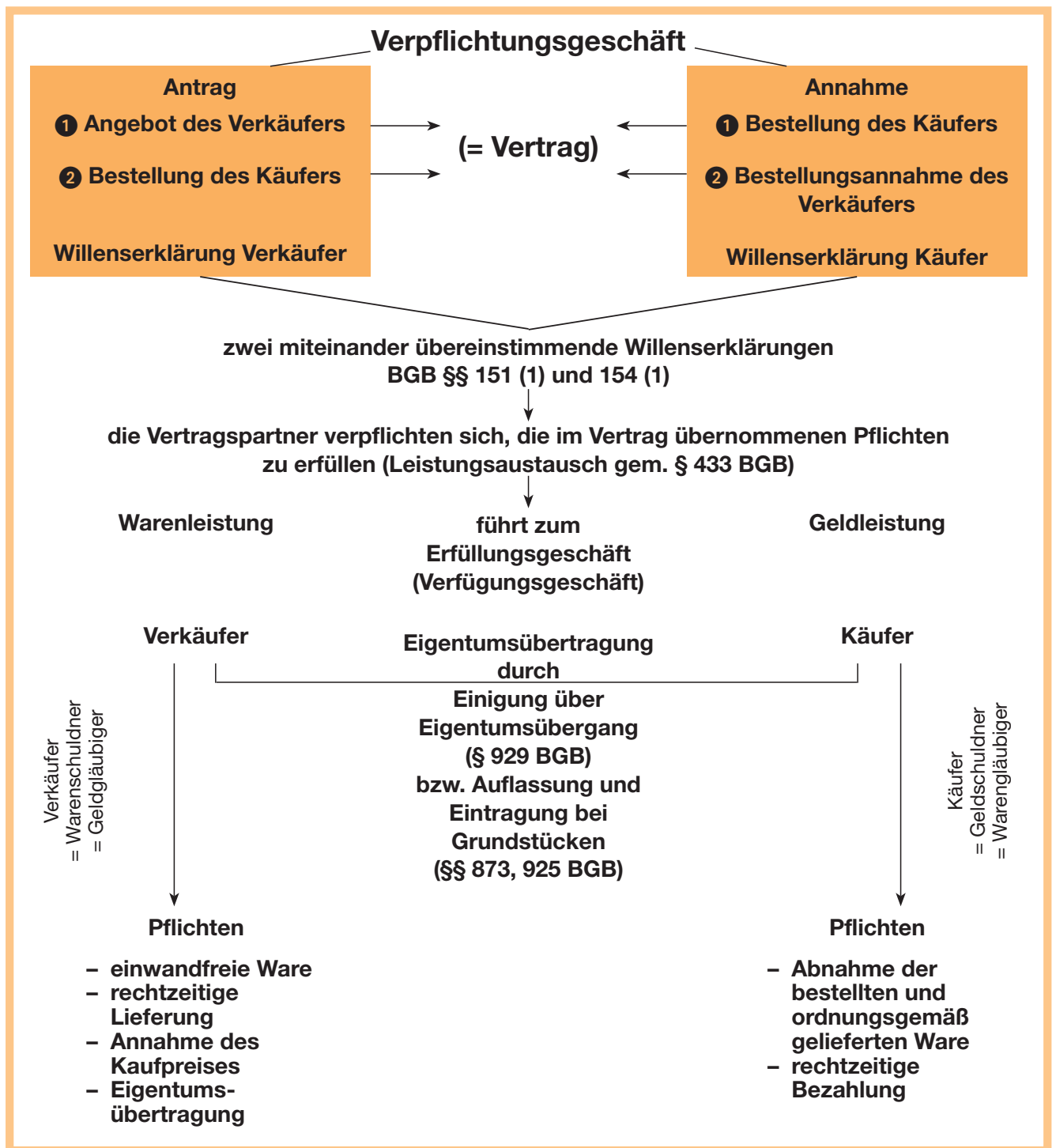
Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	2
1.2	Wirtschaften als vernünftiges menschliches Handeln	1/1



Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	3
2.1	Willenserklärungen	1/1



Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	4
2.2	Zusammenhang von Verpflichtungs- und Erfüllungsgeschäft	1/1



Geschäftsfähigkeit:

Fähigkeit, Rechte und Pflichten durch Rechtsgeschäfte selbstständig erwerben zu können.
 Rechtsgeschäfte kommen durch Willenserklärungen zustande.
 Rechtswirksame Willenserklärungen können nur von Geschäftsfähigen abgegeben werden.

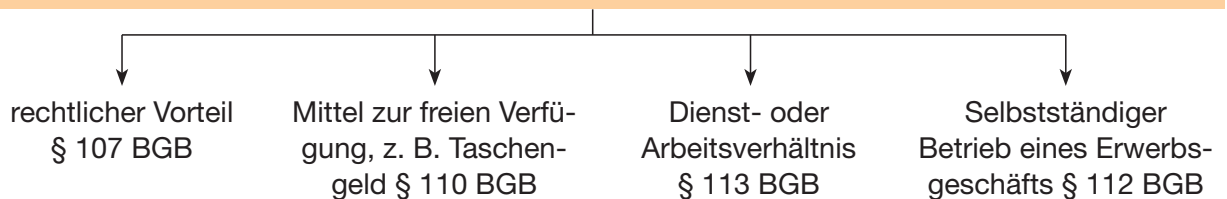
Geschäftsunfähig (§ 104 BGB):

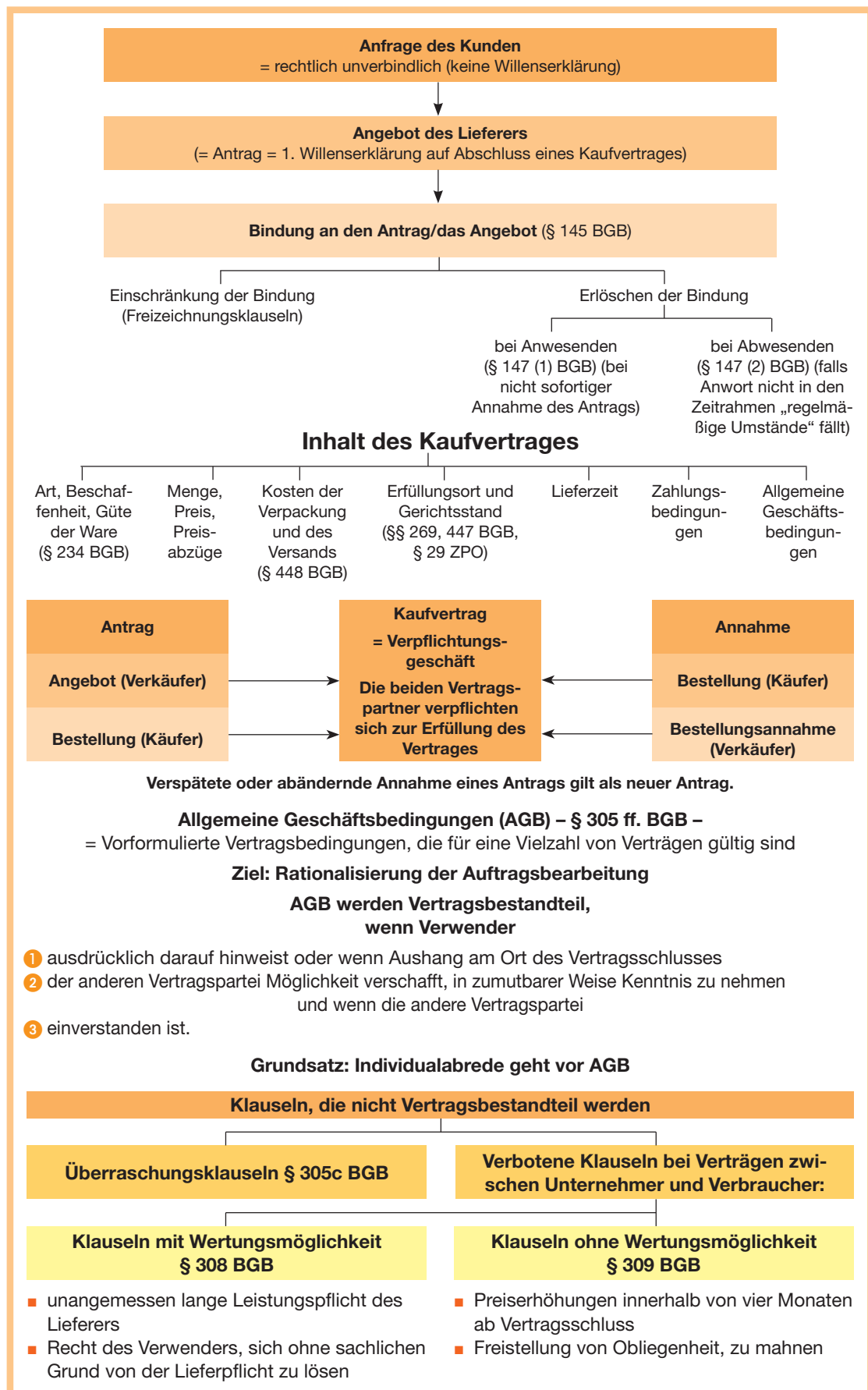
Kinder unter 7 Jahre, dauernd Geisteskranke

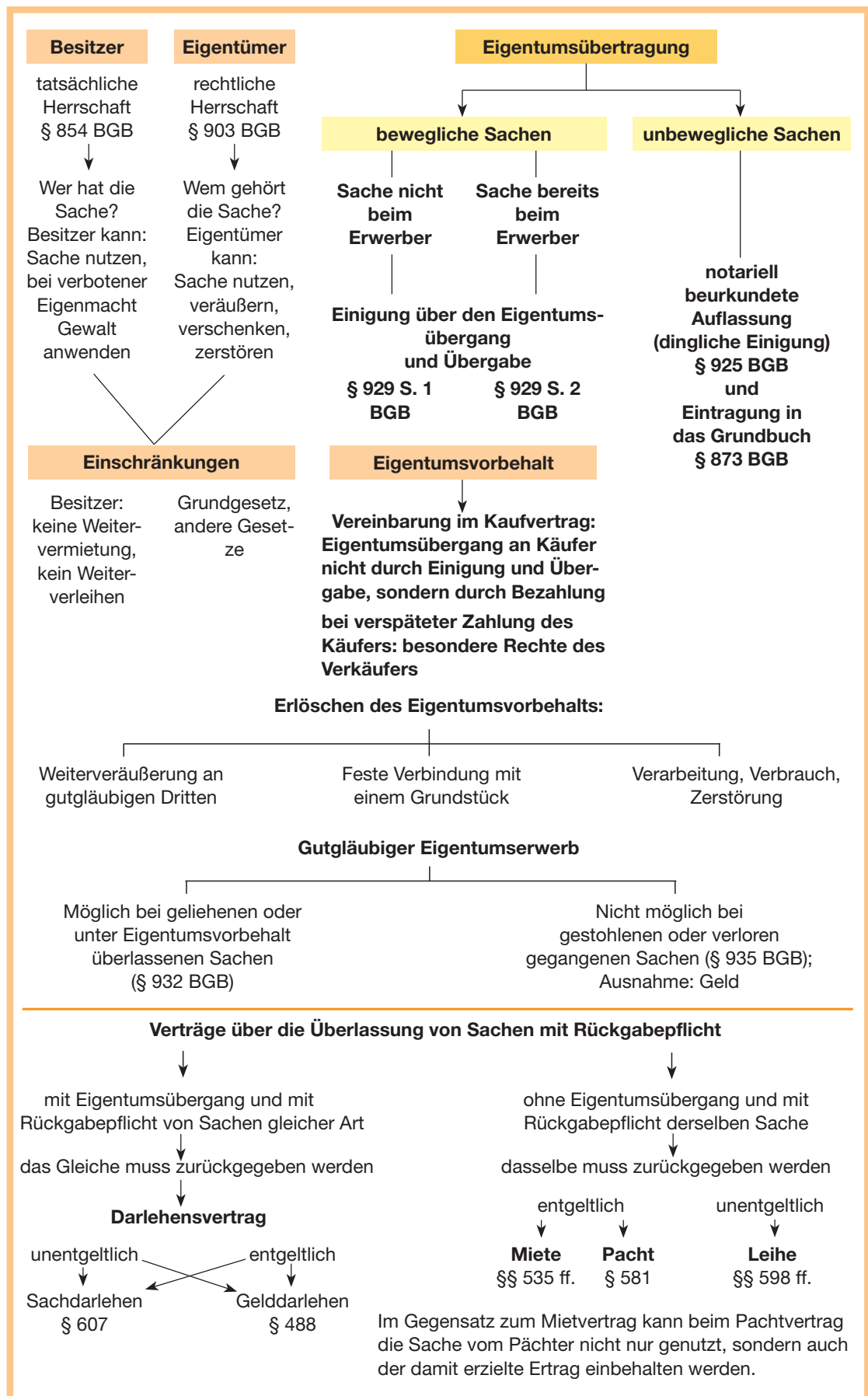
Einteilung der Geschäftsfähigkeit nach dem Lebensalter

Minderjährigkeit		Volljährigkeit
Geburt	vollendetes 7. Lebensjahr	vollendetes 18. Lebensjahr
		Tod
Geschäftsunfähigkeit § 104 BGB	beschränkte Geschäftsfähigkeit § 106 BGB	volle Geschäftsfähigkeit
Willenserklärung ist nichtig	Willenserklärung bedarf i. d. R. der Zustimmung (Einwilligung oder Genehmigung)	Willenserklärung ist voll wirksam
	↓ fehlende Einwilligung: Willenserklärung ist bis zur Genehmigung oder Ablehnung schwebend unwirksam	

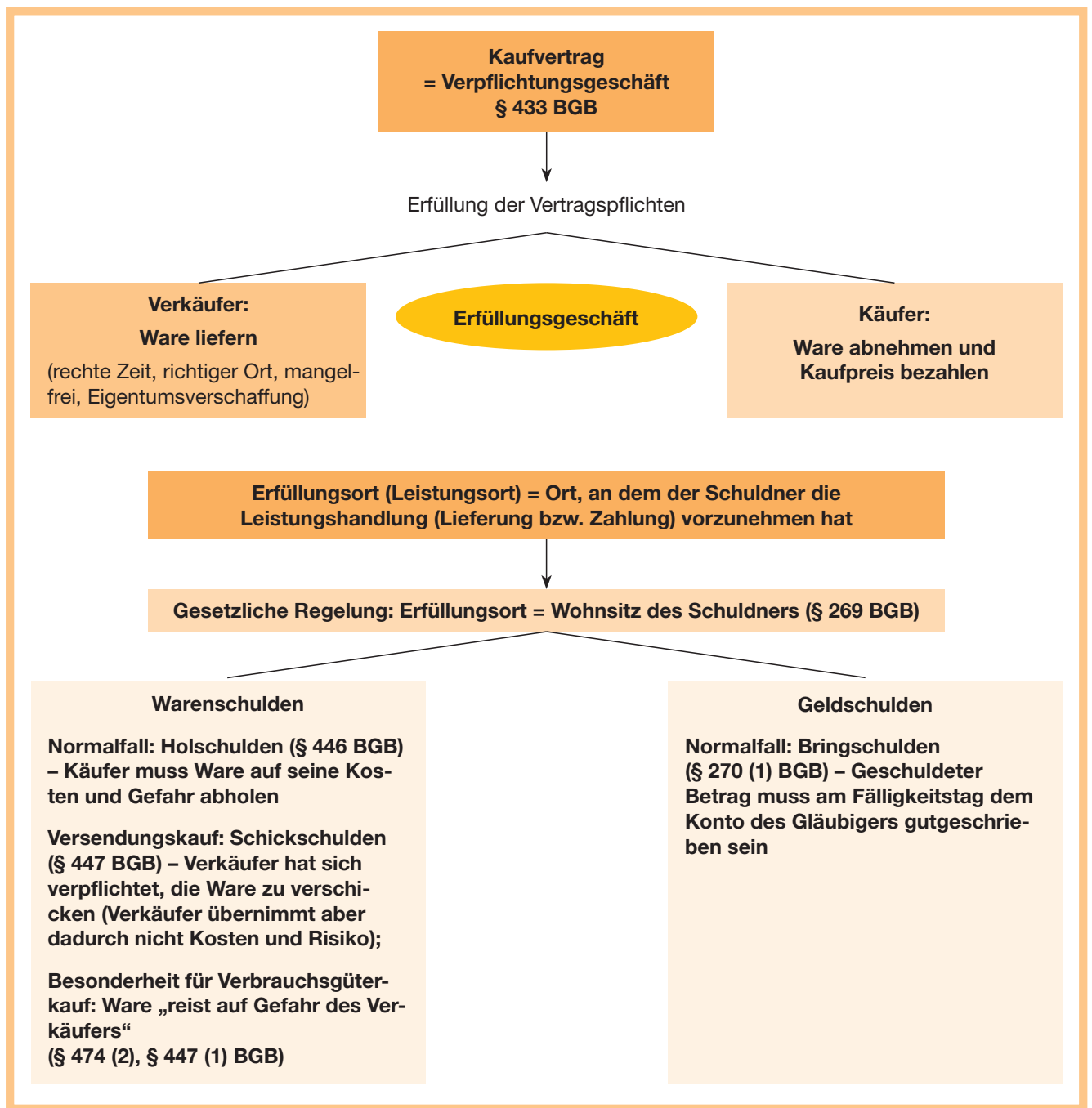
Wirksame Rechtsgeschäfte eines beschränkt Geschäftsfähigen trotz fehlender Zustimmung des gesetzlichen Vertreters

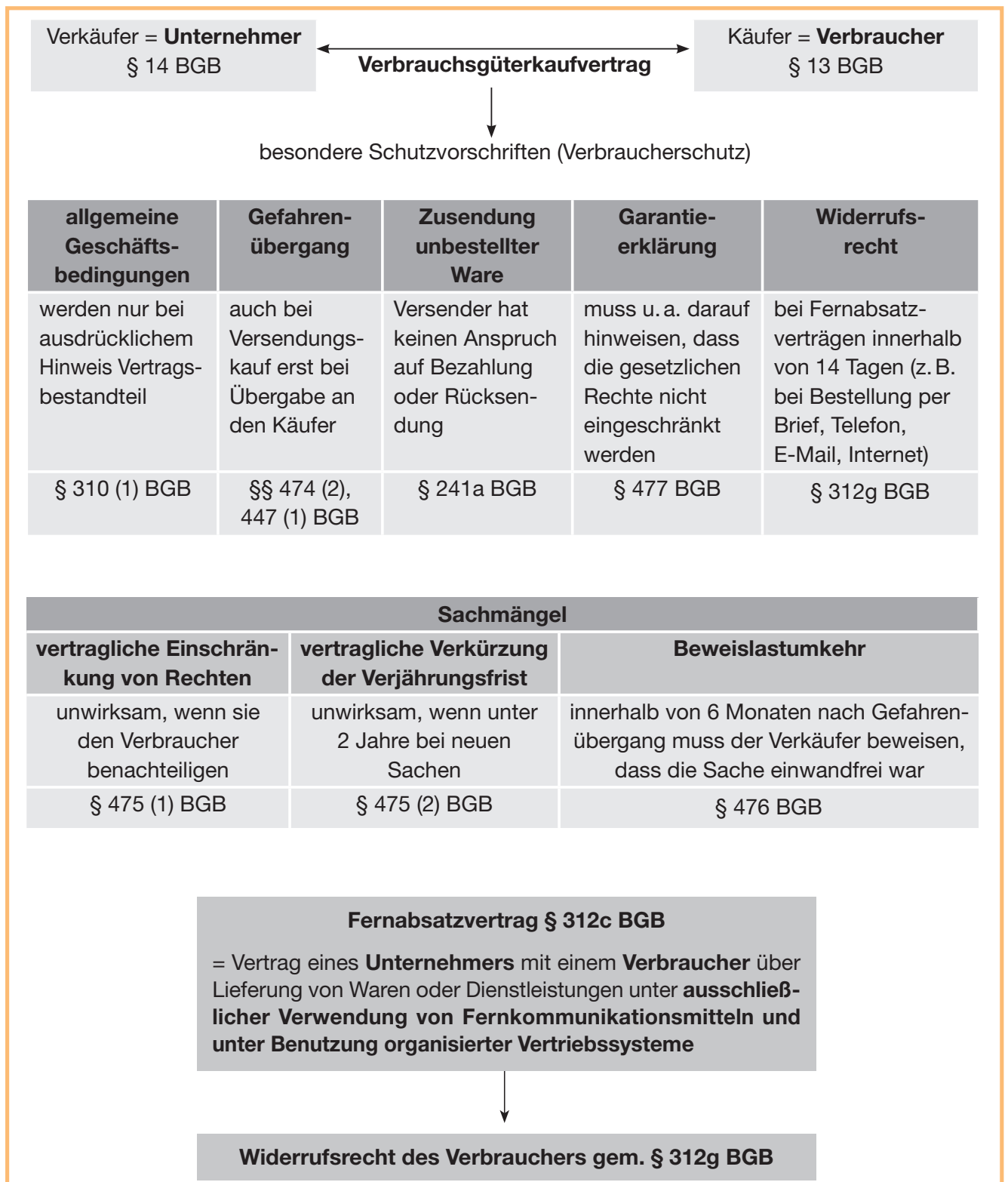






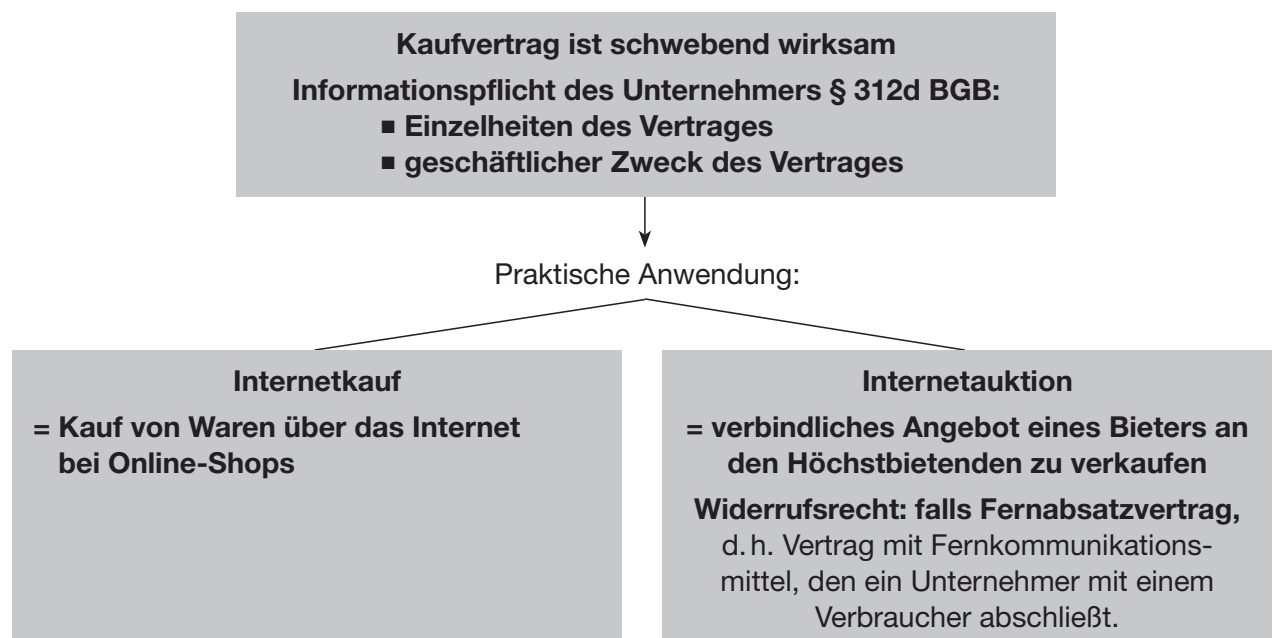
Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	8
2.6	Erfüllung des Kaufvertrages	1/1



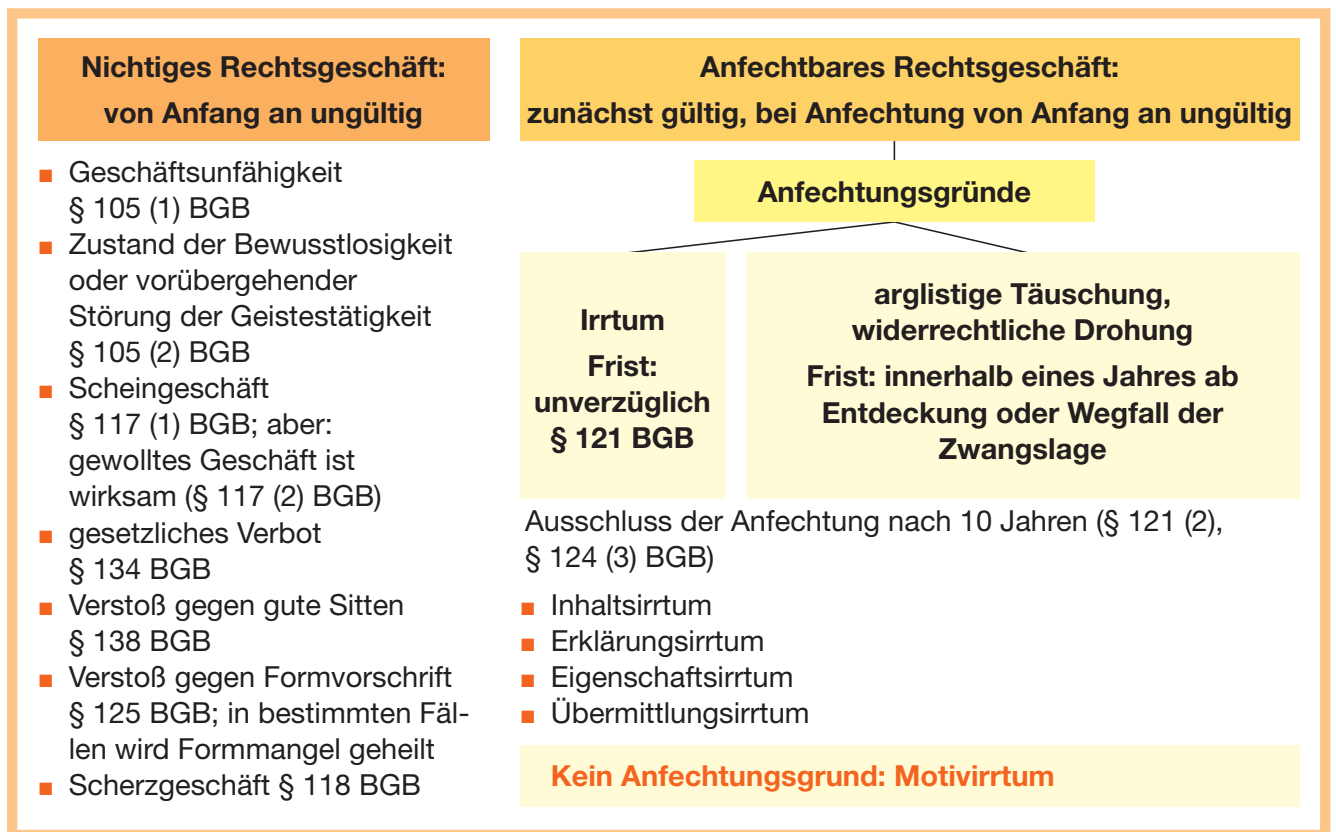


Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	10
2.7	Besondereheiten beim Abschluss von Kaufverträgen mit Verbrauchern	2/2

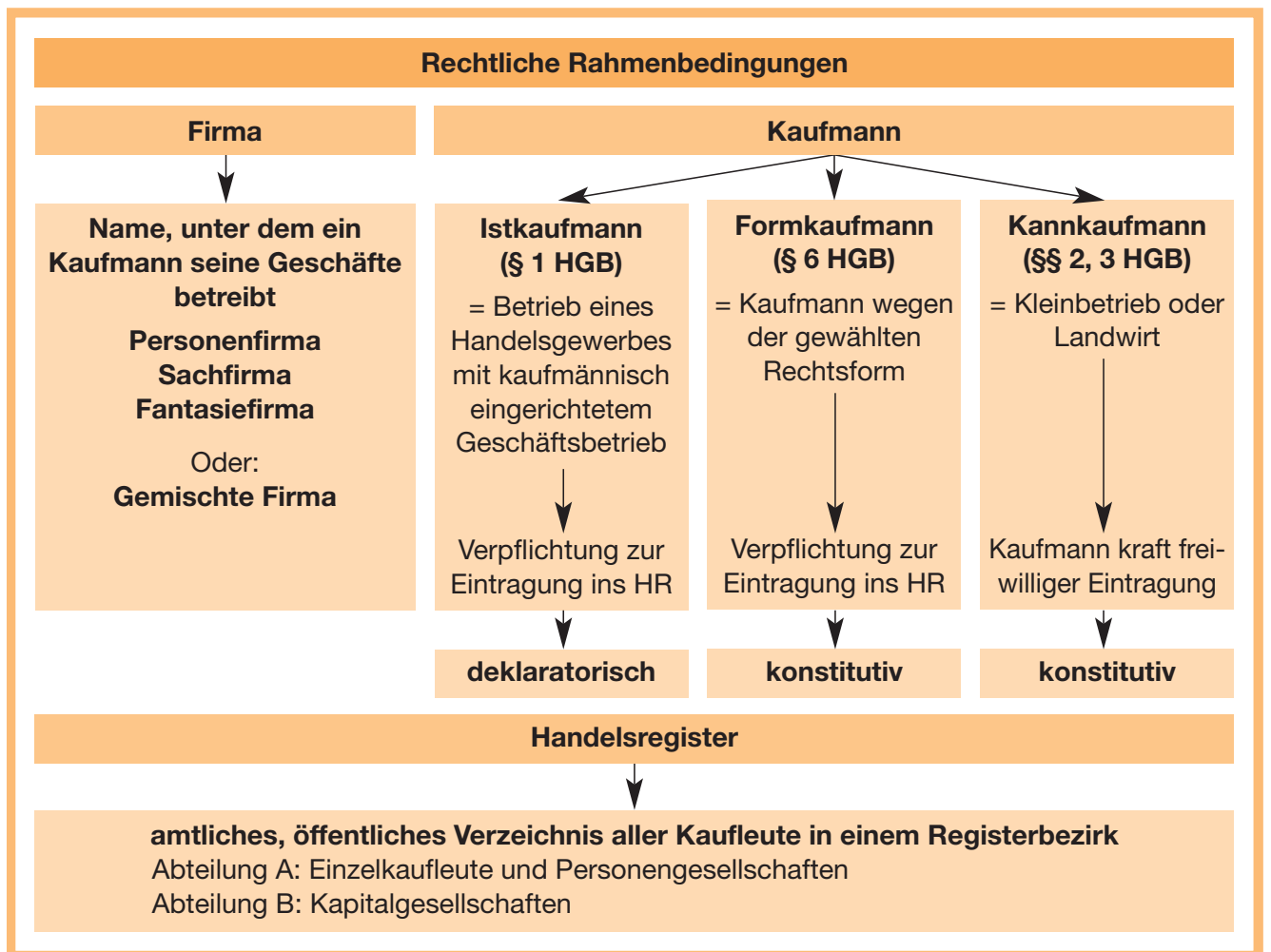
Fristen			
bei rechtzeitiger Belehrung über Rechte (Widerrufsbelehrung) (vor oder unverzüglich nach Vertragsabschluss) gem. § 356 BGB	bei Widerrufsbelehrung nicht vor oder unverzüglich nach Vertragsabschluss	bei einer fehlerhaften oder unterlassenen Information	Widerrufsbelehrung entspricht nicht den gesetzlichen Anforderungen von Art. 246a § 1 (2) S. 1 Nr. 1 BGBEG
14 Tage	spätestens zwölf Monate und 14 Tage (§ 356 (3) S. 2 (BGB))		



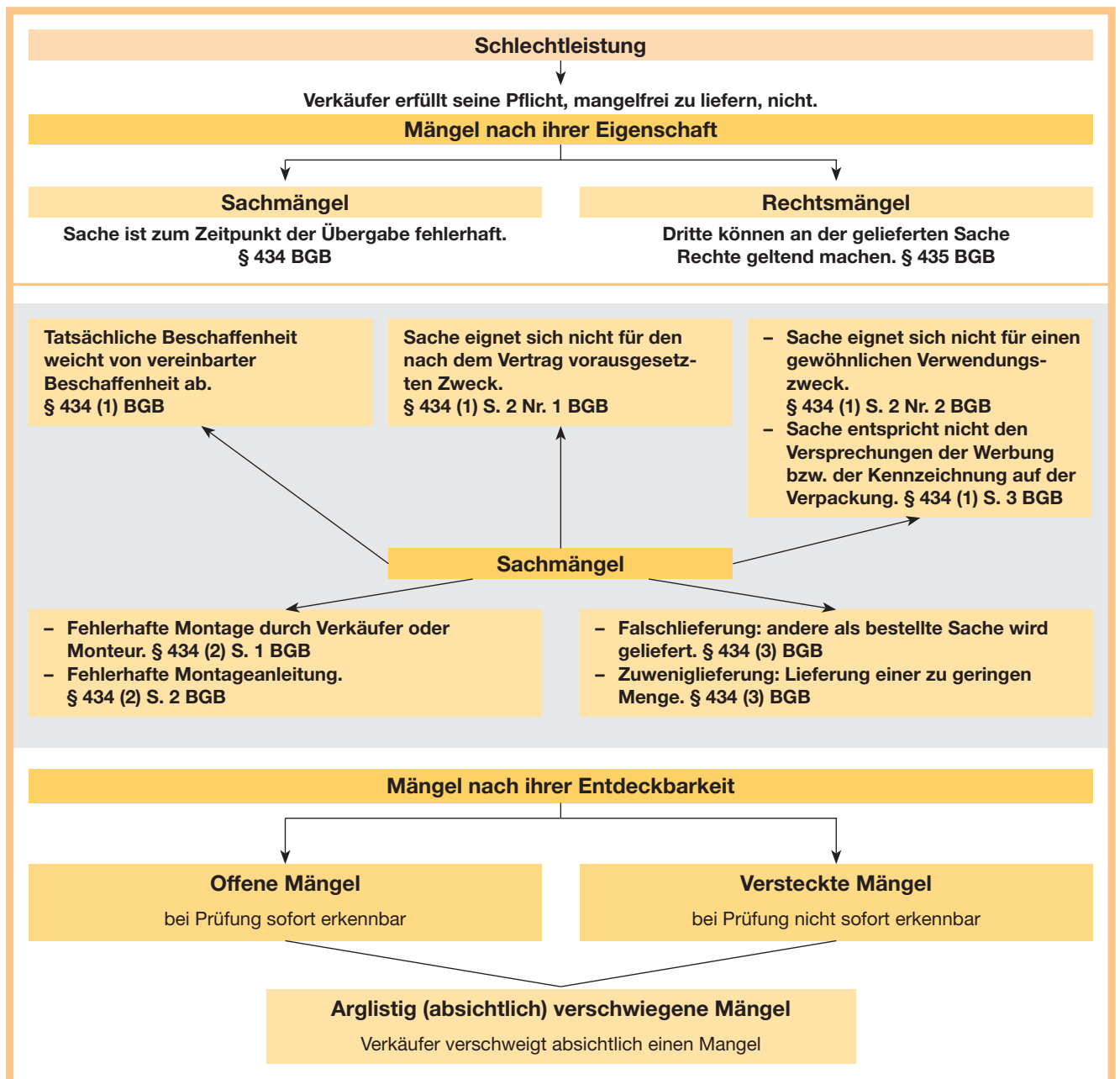
Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	11
2.8	Nichtigkeit und Anfechtbarkeit von Rechtsgeschäften und Willenserklärungen	1/1



Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	12
2.9	Rechtliche Rahmenbedingungen von Unternehmen	1/1



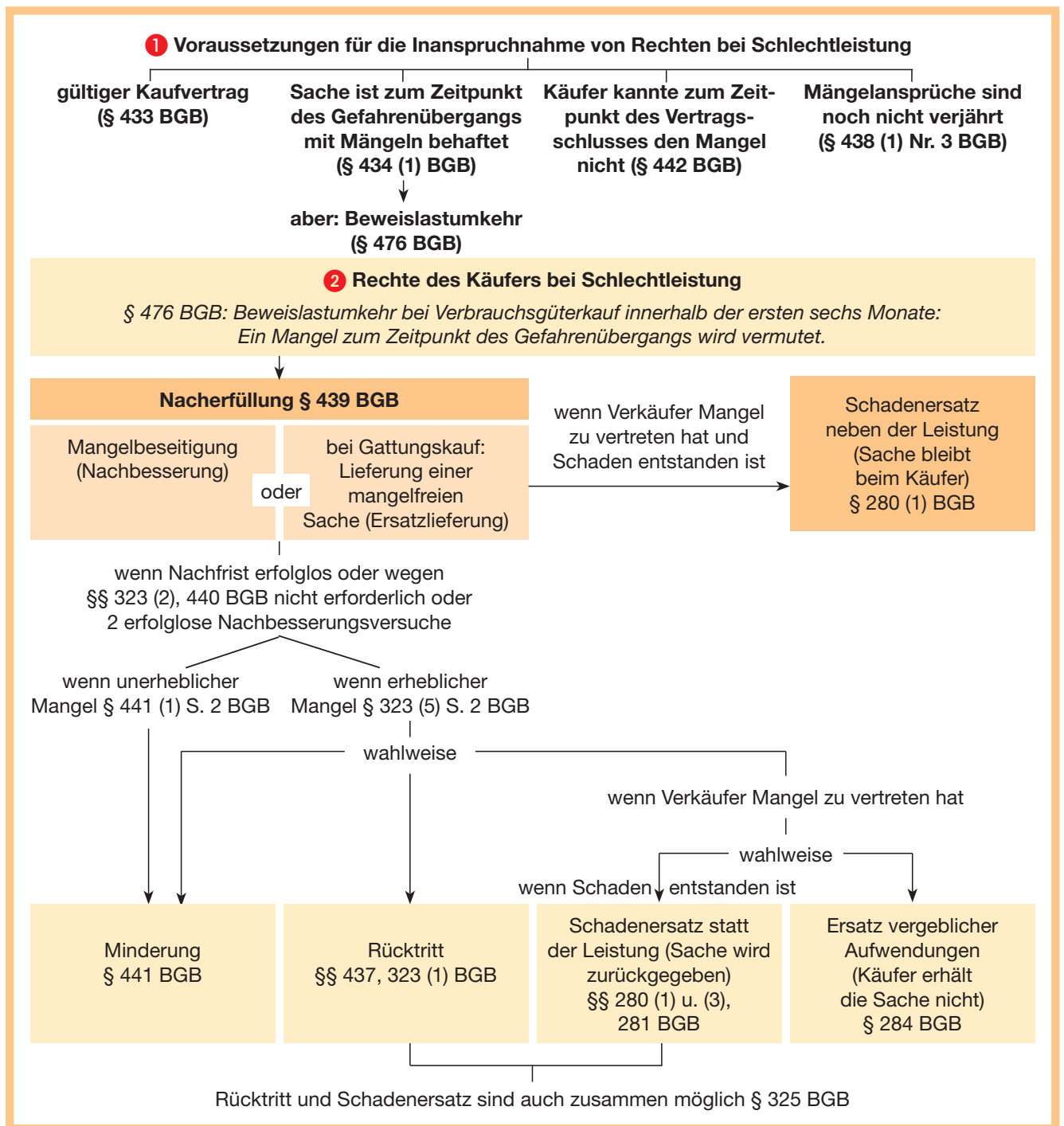
Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	13
2.10	Arten von Mängeln bei Schlechtleistung	1/1



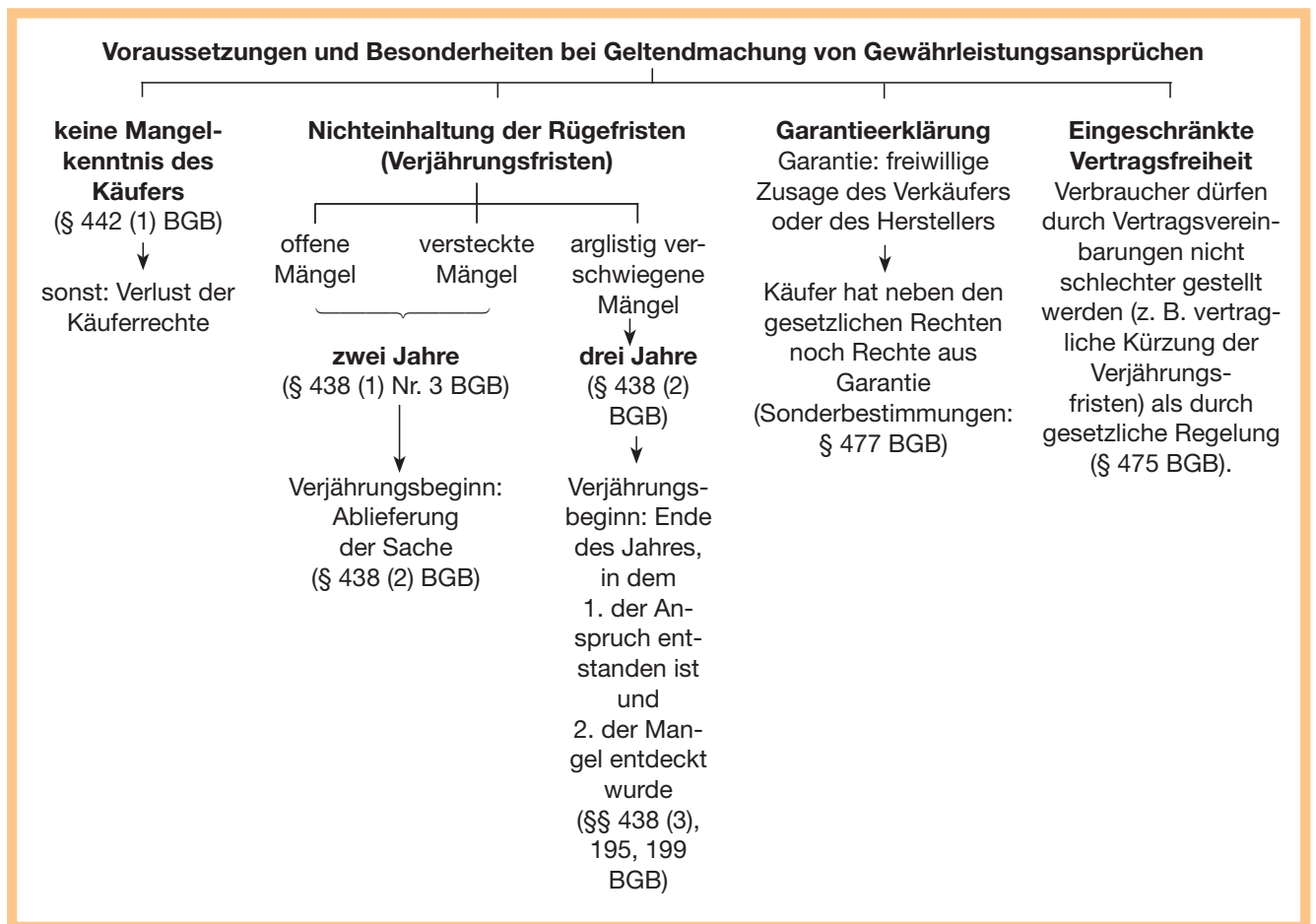
Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	14
2.11	Prüf- und Rügefristen bei Schlechtleistung (Verjährungsfristen)	1/1

Prüfpflicht	Rügepflicht bei		
keine gesetzliche Regelung	offenen Mängeln	versteckten Mängeln	arglistig verschwie- genen Mängeln
	innerhalb von zwei Jahren § 438 (1) Nr. 3 BGB Beginn: mit Ablieferung der Sache (§ 438 (2) BGB)		innerhalb von drei Jahren § 438 (3) BGB Beginn: am Ende des Jahres der Entdeckung des Mangels (§ 438 (3), § 195, § 199 BGB)

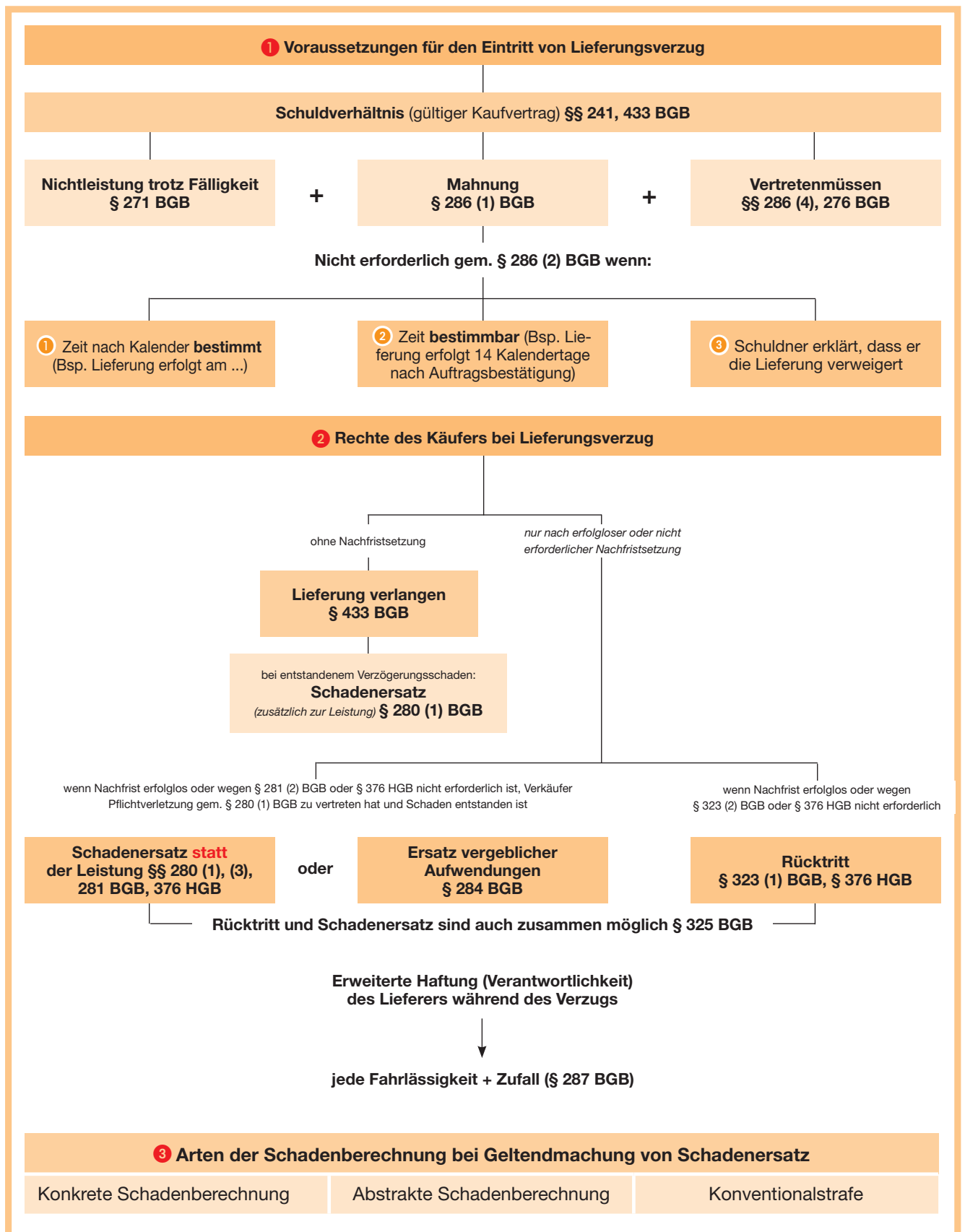
Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	15
2.12	Rechte des Käufers bei Schlechtleistung	1/1

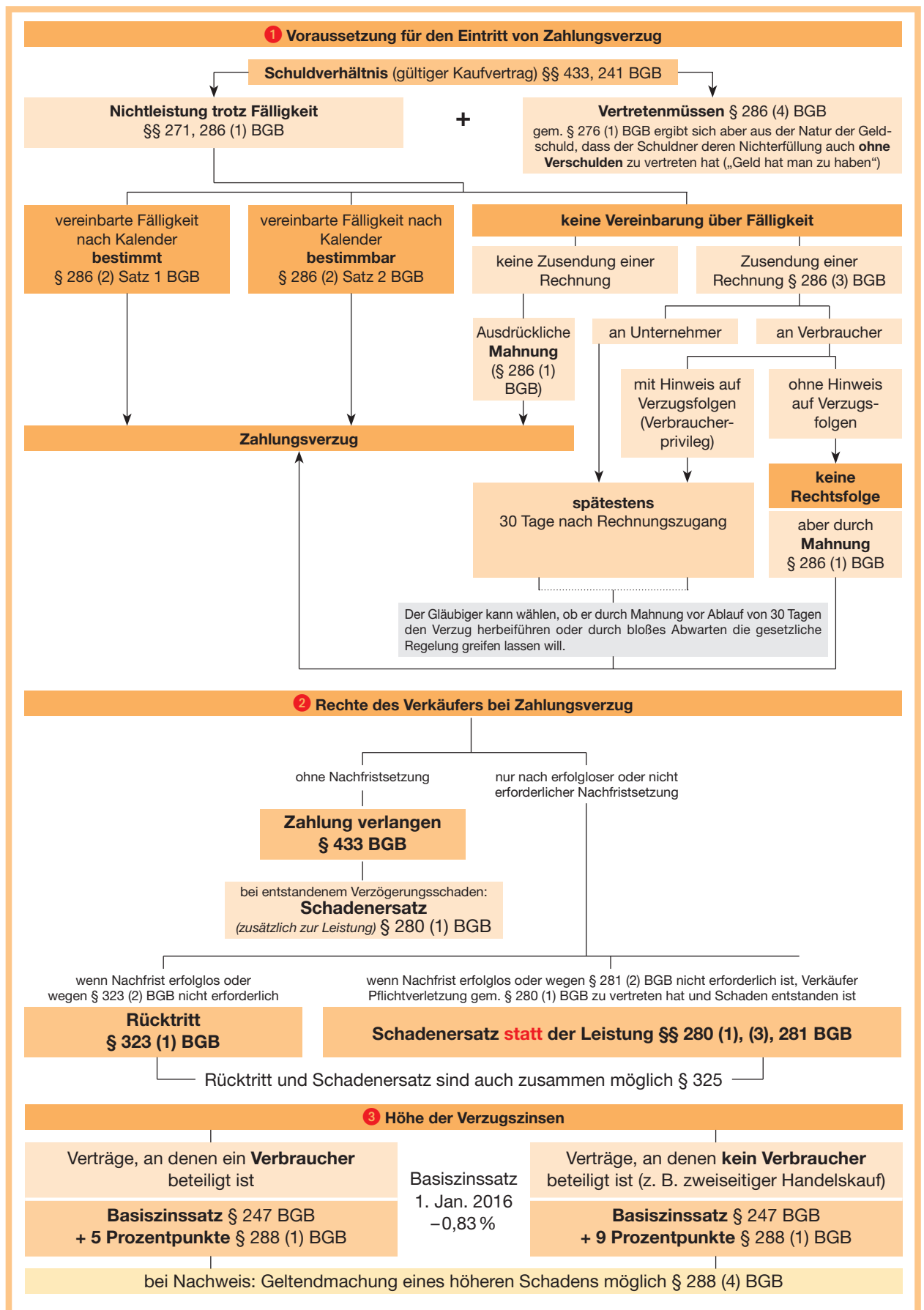


Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	16
2.13	Voraussetzungen und Besonderheiten bei der Geltendmachung von Gewährleistungsansprüchen	1/1

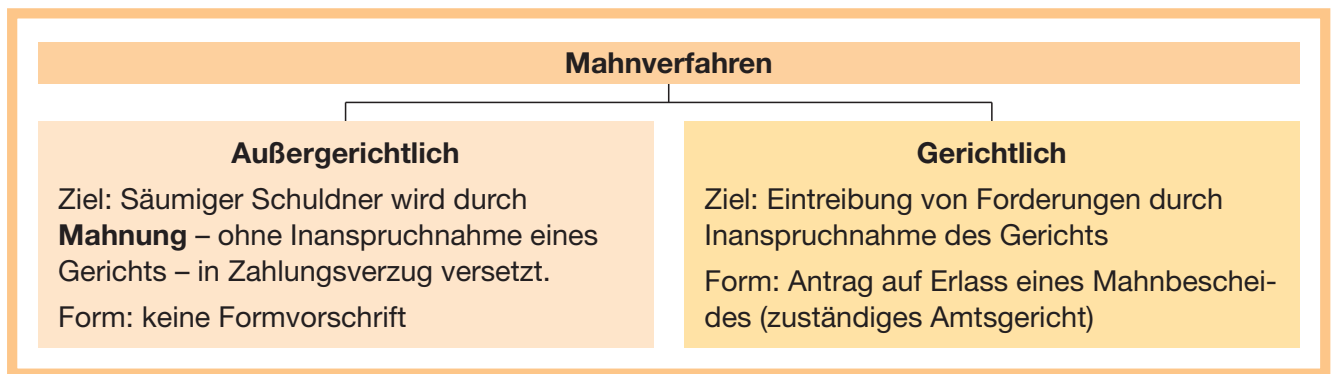


Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	17
2.14	Nicht rechtzeitige Lieferung und Lieferungsverzug	1/1





Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	19
2.16	Mahnverfahren	1/1



Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	20
2.17	Mahnverfahren und Zwangsvollstreckung	1/1



Verjährung

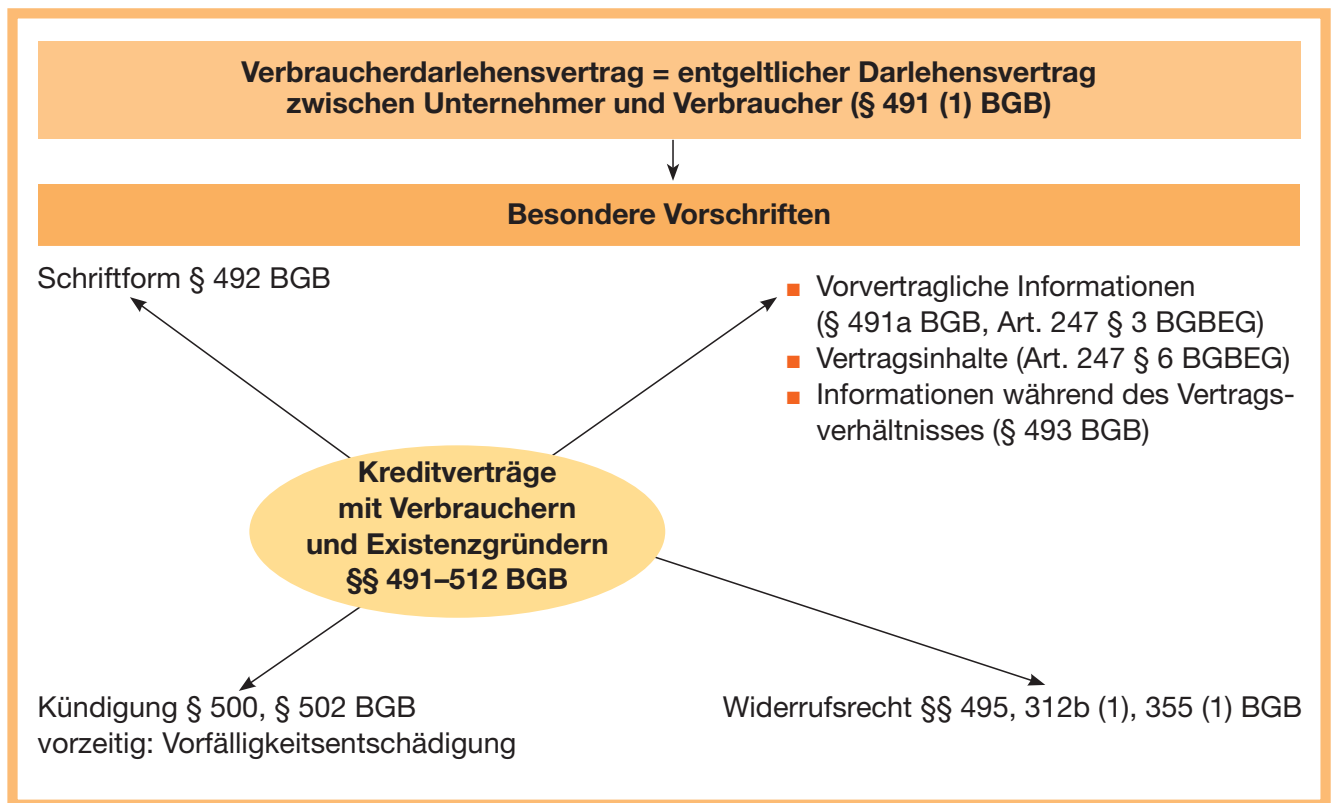
(Recht des Schuldners, Leistung zu verweigern, wenn ein Anspruch verjährt ist)

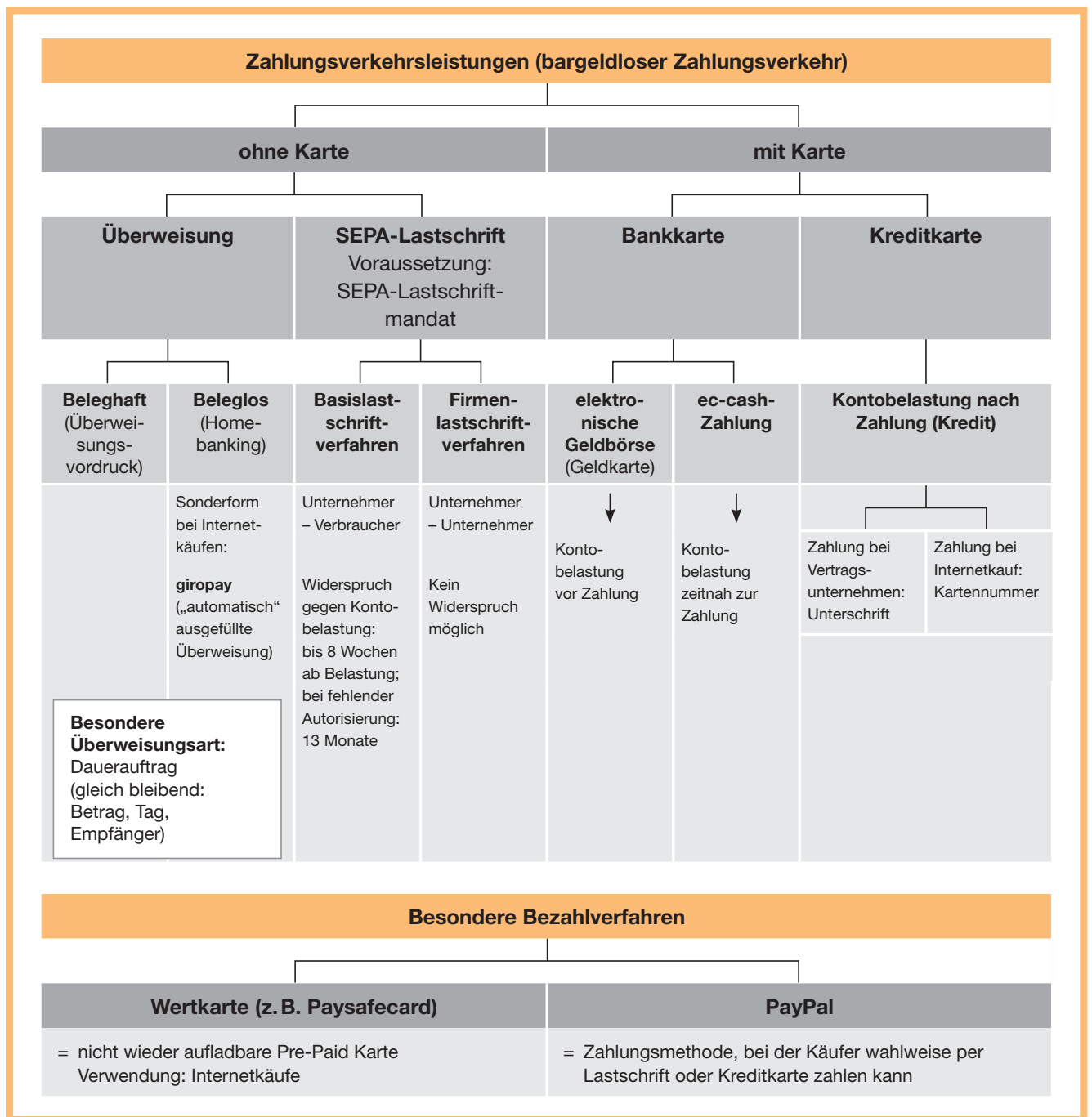
Verjährungsfristen	Verjährungsbeginn
Regelmäßige Verjährungsfrist: 3 Jahre (§ 195 BGB)	Schluss des Jahres, in dem der Anspruch entstanden ist (§ 199 (1) BGB).
Verlängerte Verjährungsfristen: 10 Jahre (§ 196 BGB) 30 Jahre (§ 197 BGB)	mit der Entstehung des Anspruchs (§ 200 BGB)
Verkürzte Verjährungsfrist: 2 Jahre (§ 438 (1) Nr. 3 BGB)	mit der Ablieferung der Sache (§ 438 (2) BGB)

Hemmung und Neubeginn der Verjährung (Bsp. Regelmäßige Verjährungsfrist: 3 Jahre)

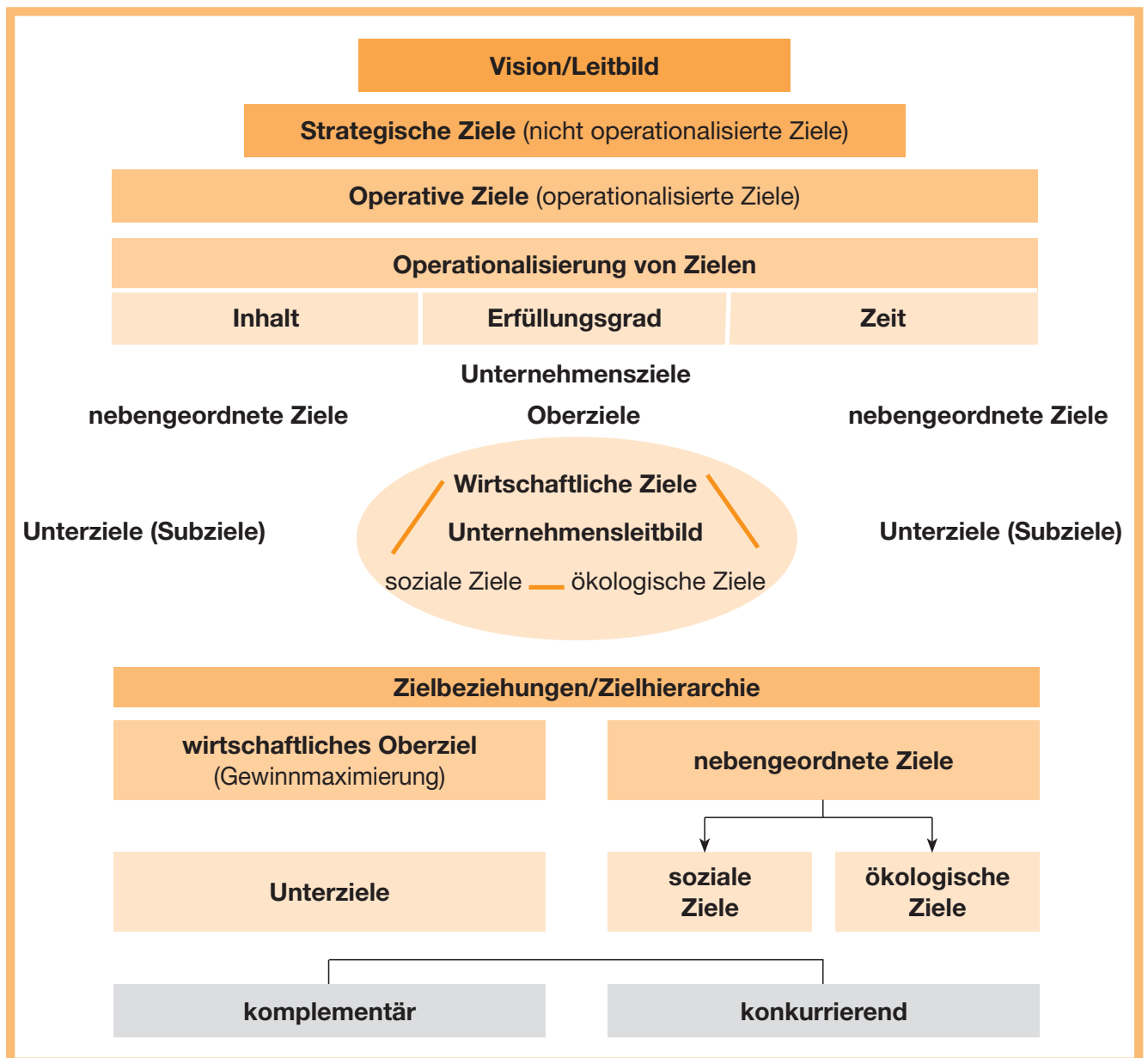
Fälligkeit des Anspruchs: 14. Nov. 08	Beginn der Verjährung: 31. Dez. 08	31. Dez. 09	31. Dez. 10	Ende der Verjährung 31. Dez. 11	
					(Eintritt der Verjährung am 01. Jan. 12)

Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	22
2.19	Verbraucherdarlehensvertrag	1/1

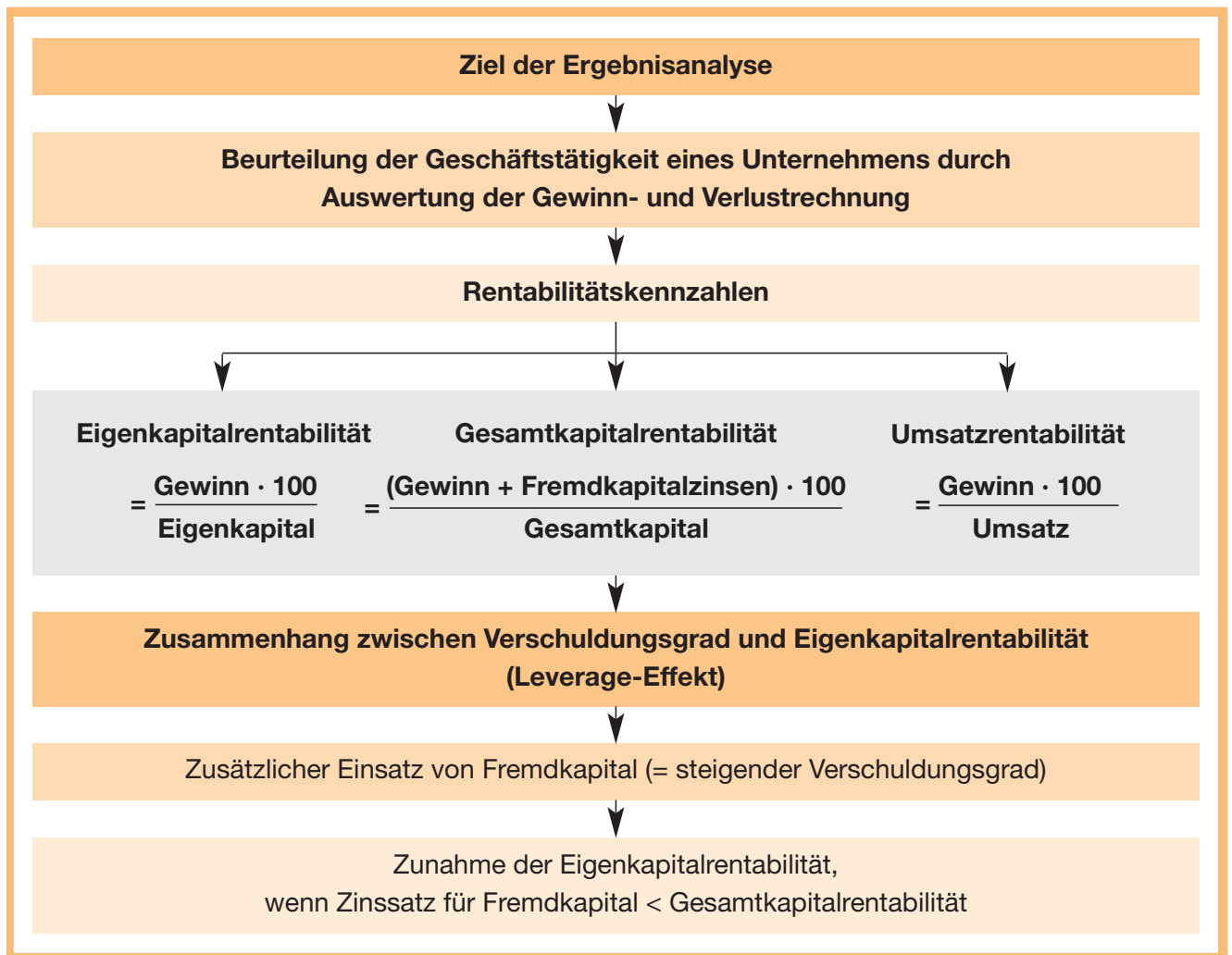




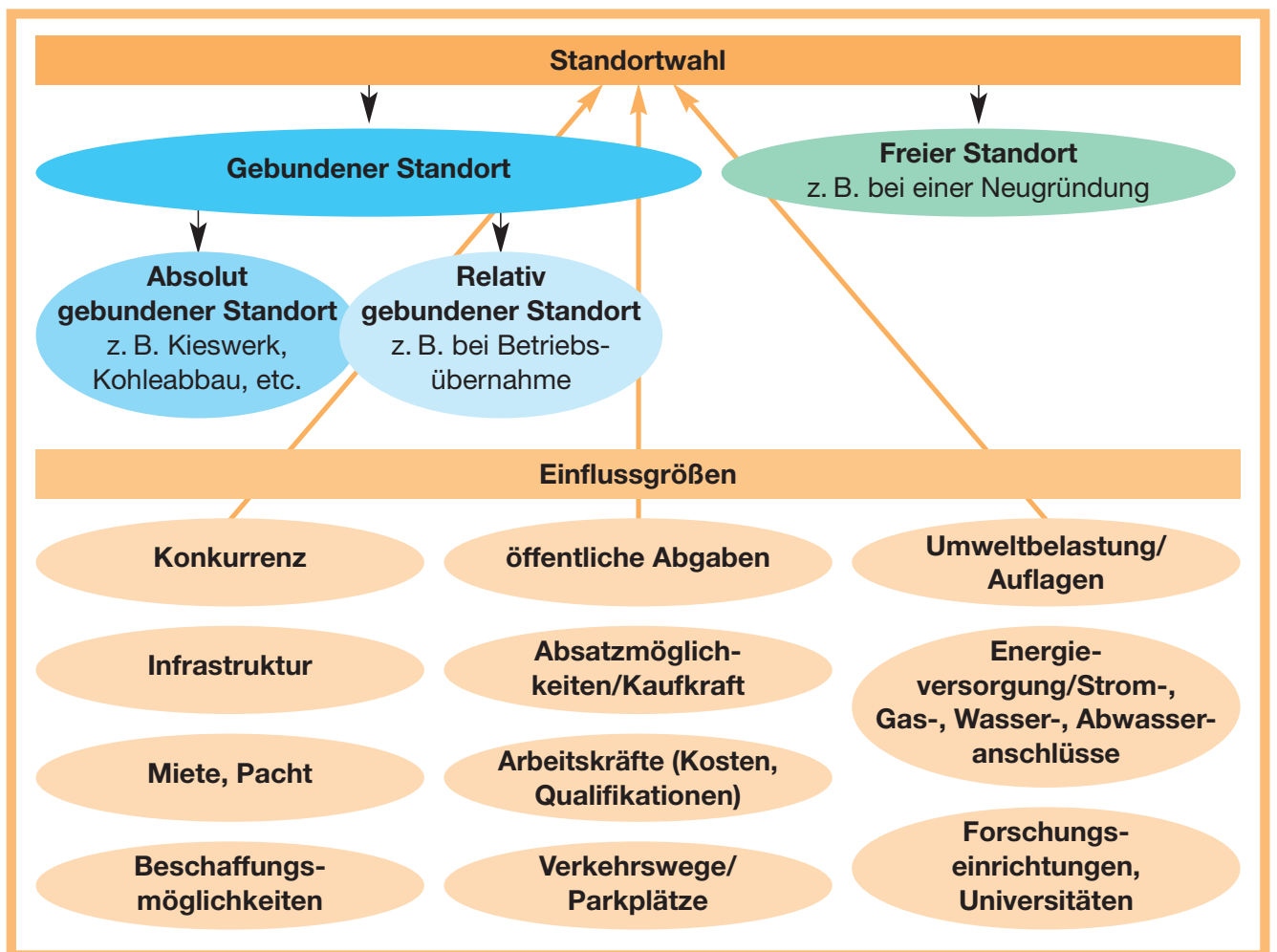
Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	24
4.1	Zielsysteme von Unternehmen	1/1



Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	25
4.2	Auswertung der Gewinn- und Verlustrechnung (Ergebnisanalyse)	1/1



Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	26
5.1	Standortwahl	1/1



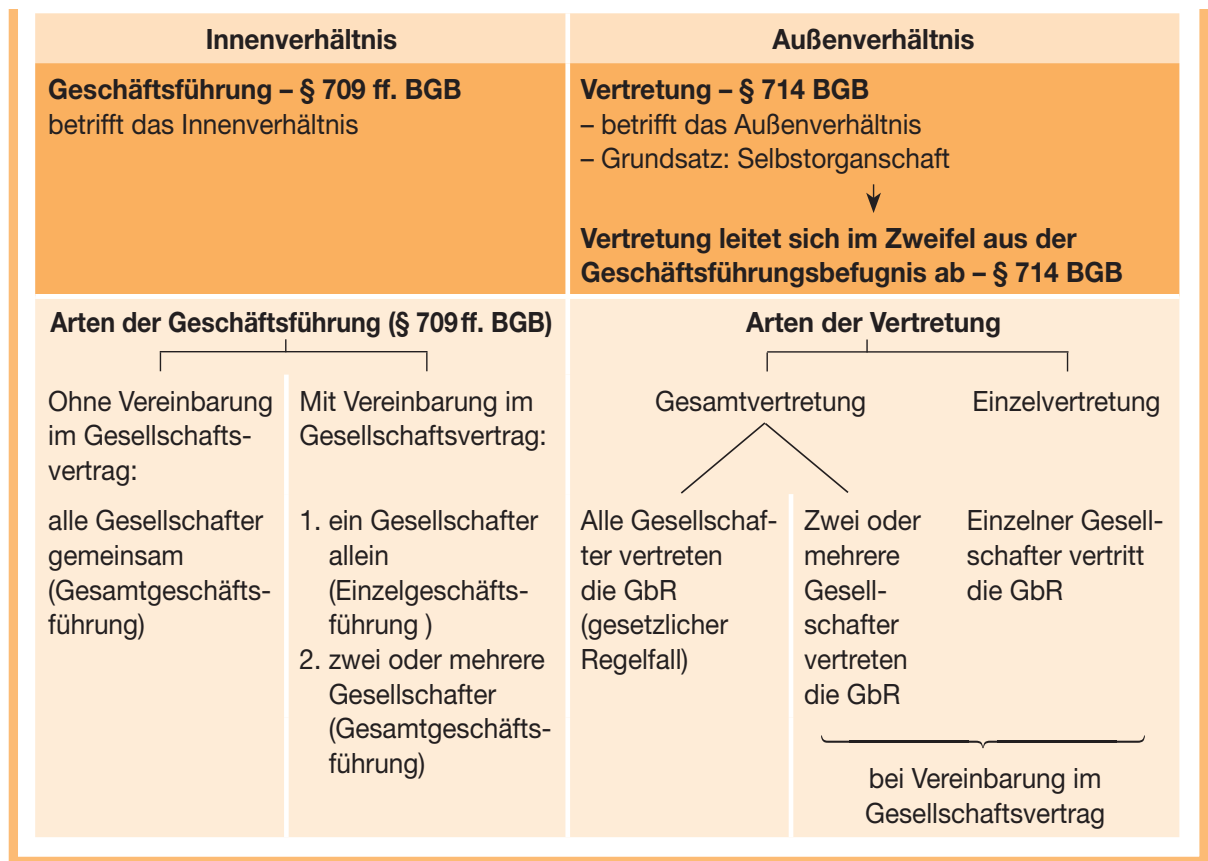
Begriff: Personengesellschaft (§§ 705 ff. BGB) mit mindestens zwei Gesellschaftern, die persönlich und gesamtschuldnerisch haften

Gründung	Firmierung	Merkmale	Auflösung
<ul style="list-style-type: none"> ■ Abschluss eines Gesellschaftsvertrags (notarielle Beurkundung, falls Grundstücke eingebracht werden) § 311b BGB ■ Leistung von Geld- oder Sacheinlagen lt. Gesellschaftsvertrag ■ Eingebraachte Einlagen werden Gesamthandsvermögen § 719 BGB 	<ul style="list-style-type: none"> ■ keine Firma, da keine Kaufmannseigenschaft; ■ Möglichkeit der Führung einer firmenähnlichen Bezeichnung (z. B. ARGE Schwarzes Ross) 	<ul style="list-style-type: none"> ■ vertraglicher Zusammenschluss von Personen (natürliche oder juristische Personen) ■ Förderung eines gemeinsamen Zwecks (zulässig: jeder gesetzlich erlaubte Zweck) 	Auflösungsgründe <ol style="list-style-type: none"> 1. vertragliche Vereinbarung 2. Kündigung durch einen Gesellschafter – § 723 BGB 3. Kündigung durch einen Privatgläubiger – § 725 BGB 4. Tod eines Gesellschafters – § 727 (Ausnahme: Fortsetzungsklausel im Gesellschaftsvertrag) 5. Erreichen oder Unmöglichwerden des Gesellschaftszwecks – § 726 BGB 6. Eröffnung eines Insolvenzverfahrens – § 728 BGB 7. Zeitablauf – § 723 BGB

Pflichten und Rechte der Gesellschafter

Innenverhältnis		Außenverhältnis		
Pflichten	Rechte	Pflichten		Rechte
<ul style="list-style-type: none">■ Beitragspflicht – § 706 BGB■ Arbeitsleistung (Geschäftsführung) – § 709 BGB■ Verlustbeteiligung – 722 (1) BGB■ Treuepflicht	<ul style="list-style-type: none">■ Geschäftsführung – § 709 (1) BGB■ Kontrollrecht – § 716 BGB■ Gewinnbeteiligung – § 722 BGB■ Kündigung – § 723 BGB■ Liquidationserlös – § 730 ff. BGB■ Stimmrecht	<div><div>■ Haftung – § 421 BGB</div><div><div><div>Unbeschränkt</div><div>Geschäfts- u. Privatvermögen</div></div><div><div>Unmittelbar</div><div>Direkte Inanspruchnahme durch Gläubiger</div></div><div><div>Solidarisch</div><div>Für alle Schulden der GbR</div></div></div><div><div>= persönlich</div><div>= gesamtschuldnerisch</div></div></div>		<ul style="list-style-type: none">■ Vertretung – § 714 BGB

Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	28
5.2	Gesellschaft des bürgerlichen Rechts (GbR)	2/2



Begriff: Personenhandelsgesellschaft (§§ 105 ff. HGB) mit mindestens zwei Gesellschaftern, die persönlich und gesamtschuldnerisch haften

Gründung	Firmierung	Beginn	Auflösung
<ul style="list-style-type: none"> ■ Abschluss eines Gesellschaftsvertrags (notarielle Beurkundung, falls Grundstücke eingebracht werden § 311 b BGB) ■ Leistung von Geld- oder Sacheinlagen lt. Gesellschaftsvertrag ■ Eingebrachte Einlagen werden Gesamthandsvermögen § 719 BGB ■ Eigenkapital = Summe der Einlagen in Euro 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Sach-, Personen- oder Fantasiefirma mit dem Zusatz „Offene Handelsgesellschaft“ oder „OHG“ § 19 (1) Nr. 2 HGB 	<p>Im Innenverhältnis: Mit Abschluss des Gesellschaftsvertrages oder mit dem im Gesellschaftsvertrag festgelegten Termin</p> <p>Außenverhältnis: (1) bei Handelsgewerbe mit kaufmännischem Geschäftsbetrieb nach § 1 HGB: mit Aufnahme der Geschäftstätigkeit; HR-Eintragung ist deklaratorisch § 123 (2) HGB</p> <p>(2) OHG betreibt Klein- gewerbe (§§ 1, 2, 6 HGB): mit Eintragung ins HR; HR-Eintragung ist konstitutiv § 123 (1) HGB</p>	<p>Auflösungsgründe § 131, § 133 HGB:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Zeitablauf lt. Gesellschaftsvertrag 2. Gesellschafterbeschluss 3. Eröffnung eines Insolvenzverfahrens 4. Gerichtliche Entscheidung

Pflichten und Rechte der Gesellschafter

Innenverhältnis		Außenverhältnis	
Pflichten	Rechte	Pflichten	Rechte
<ul style="list-style-type: none"> ■ Kapitaleinlage ■ Arbeitsleistung (Geschäftsführung) § 114 (1) HGB ■ Treuepflicht und Wettbewerbsverbot § 112 f. HGB ■ Verlustbeteiligung § 121 (3) HGB 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Geschäftsführung § 114 ff. HGB ■ Stimmrecht § 119 HGB ■ Kontrollrecht § 118 HGB ■ Gewinnbeteiligung § 120 f. HGB ■ Privatentnahme § 122 HGB ■ Kündigung § 132 HGB ■ Liquidationserlös § 155 HGB 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Haftung §§ 128–130 HGB <div style="display: flex; justify-content: space-around; align-items: center;"> <div style="text-align: center;"> <p>unbeschränkt</p> <p>Geschäfts- u. Privatvermögen</p> </div> <div style="text-align: center;"> <p>unmittelbar</p> <p>direkte Inanspruchnahme durch Gläubiger</p> </div> <div style="text-align: center;"> <p>solidarisch</p> <p>für alle Schulden der OHG</p> </div> </div> <p>= persönliche Haftung § 105 HGB</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Vertretung § 125 ff. HGB

Geschäftsführung § 114 ff. HGB
betrifft das Innenverhältnis

gewöhnliche Geschäfts- führungsmaßnahmen:	außergewöhnliche Geschäftsführungs- maßnahmen:
Widerspruchsrecht der zur Geschäftsführung befugten Gesellschafter § 115 (1) HGB	Beschluss aller Gesellschafter erforderlich § 116 (2) HGB

Vertretung § 125 ff. HGB
betrifft das Außenverhältnis
(Grundsatz: Selbstorganschaft)

Gewöhnliche Geschäfte	Außergewöhnliche Geschäfte
Keine Beschränkung Ausgenommen: Grundlagengeschäfte	
Arten der Vertretung Grundsatz: Umfang nicht beschränkbar § 126 HGB	
Einzelvertretung	Gesamtvertretung
Einzelne Gesellschafter vertreten die OHG	zwei oder mehr Gesellschafter vertreten die OHG gemeinsam
Anmeldung von allen Gesellschaftern zur Eintragung ins Handelsregister – §§ 125, 106, 108 HGB	

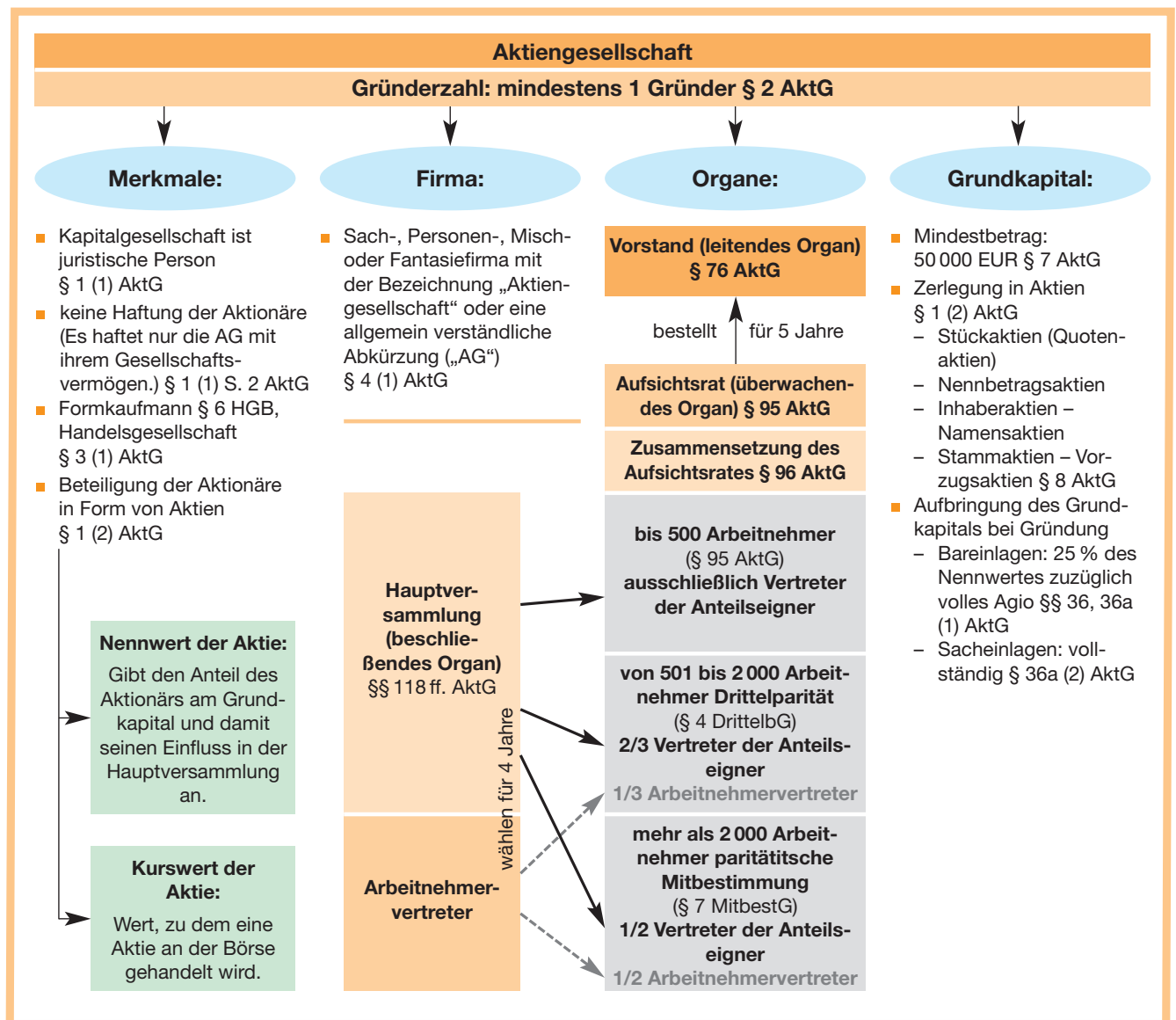
Arten der Geschäftsführung	
Einzelgeschäftsführung: jeder Gesellschafter allein	Gesamtgeschäftsführung: zwei oder mehrere Gesellschafter gemeinsam
gilt, falls im Gesellschaftsvertrag keine andere Vereinbarung getroffen wurde	Vereinbarung im Gesellschaftsvertrag erforderlich

Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	30
5.4	Kommanditgesellschaft (KG)	1/1

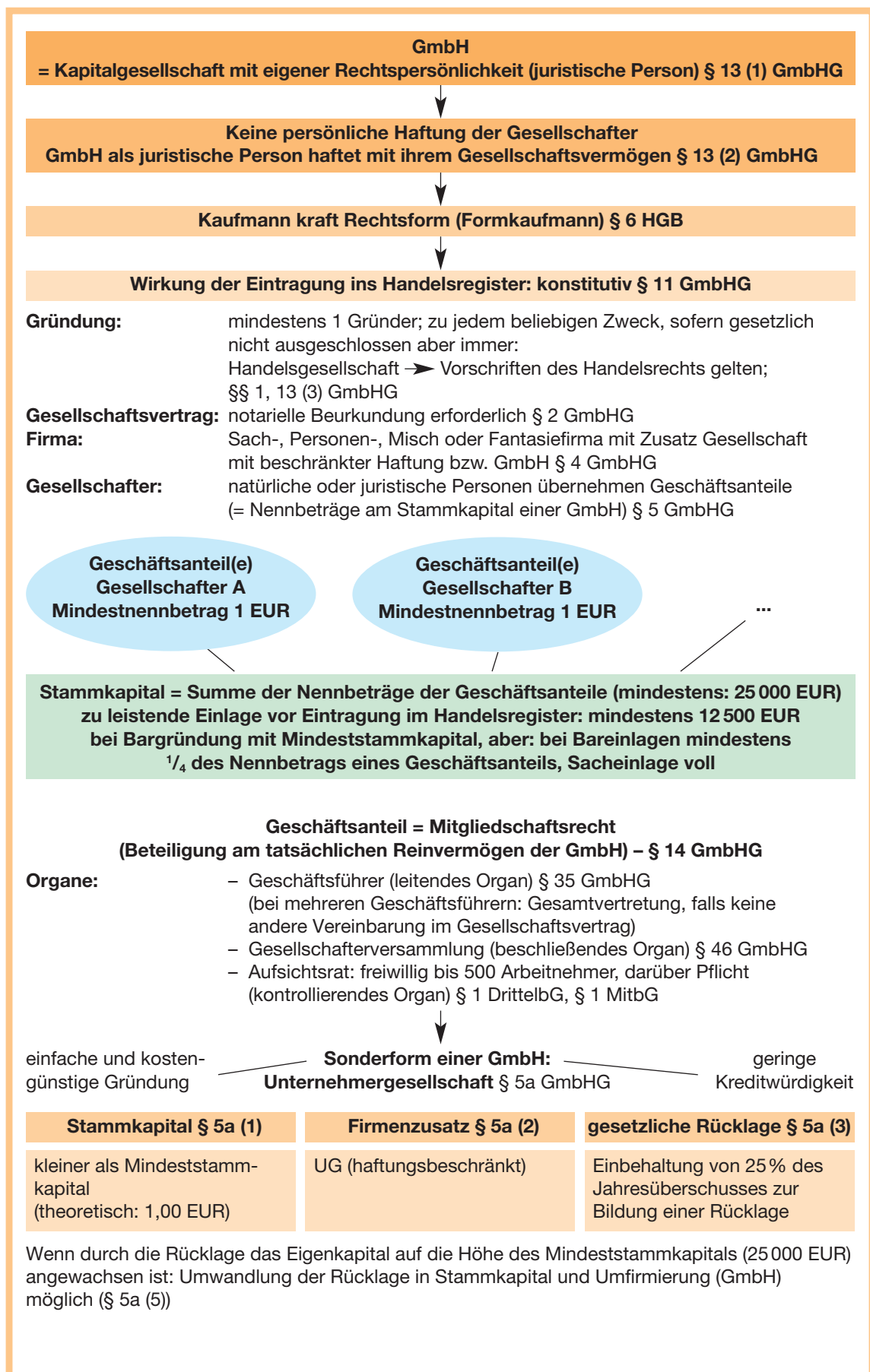
Begriff: Personenhandelsgesellschaft (§§ 162 ff. HGB) mit mindestens zwei Gesellschaftern:
mindestens ein Gesellschafter haftet beschränkt (Teilhafter, Kommanditist)
mindestens ein Gesellschafter haftet voll (Vollhafter, Komplementär)

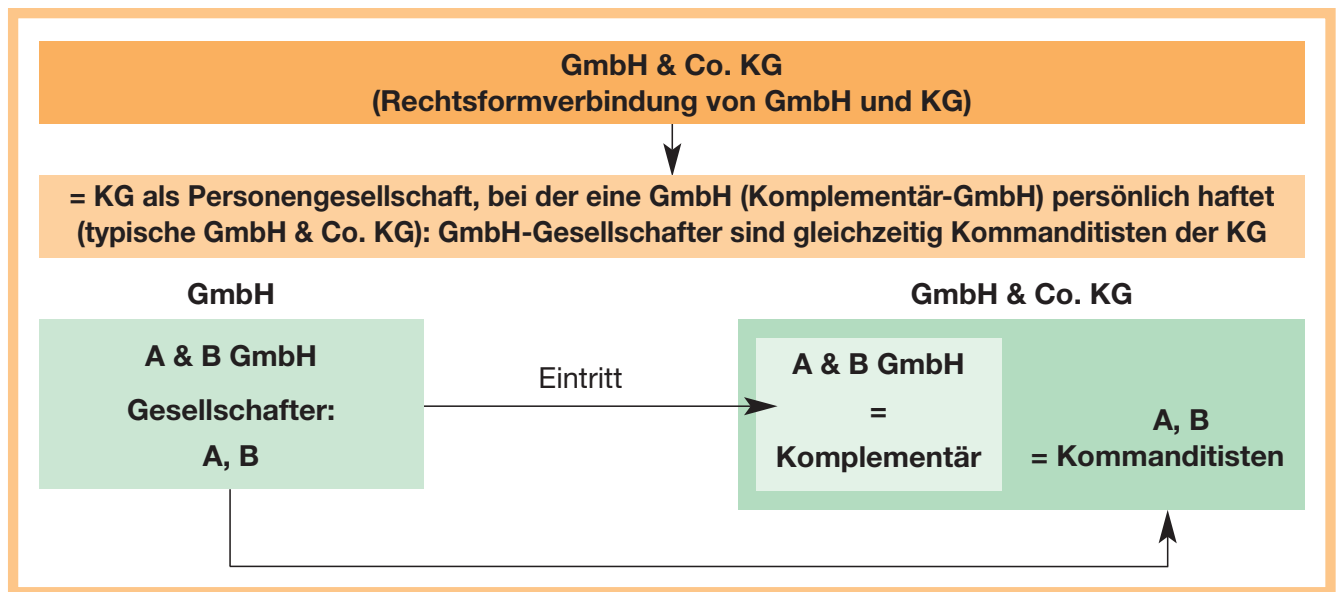
Gründung	Firmierung	Beginn	Auflösung
<ul style="list-style-type: none"> ■ Abschluss eines Gesellschaftsvertrags (notarielle Beurkundung, falls Grundstücke eingebracht werden § 311b BGB) ■ Leistung von Geld- oder Sacheinlagen lt. Gesellschaftsvertrag ■ Eingebrachte Einlagen werden Gesamt-handtsvermögen § 719 BGB ■ Eigenkapital = Summe der Einlagen in Euro 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Sach-, Personen- oder Fantasiefirma mit dem Zusatz „Kommanditgesellschaft“ oder „KG“ § 19 (1) Nr. 3 HGB 	<p>Im Innenverhältnis: Mit Abschluss des Gesellschaftsvertrages oder mit dem im Gesellschaftsvertrag festgelegten Termin</p> <p>Außenverhältnis: (1) bei Handelsgewerbe mit kaufmännischem Geschäftsbetrieb nach § 1 HGB: mit Aufnahme der Geschäftstätigkeit spätestens aber mit Eintragung § 123 (1) u. (2) HGB (2) KG betreibt Kleingewerbe (§§ 1, 2, 6 HGB): mit Eintragung ins HR § 123 (1) HGB</p>	<p>Auflösungsgründe wie bei der OHG § 131, § 133 HGB:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Zeitablauf lt. Gesellschaftsvertrag 2. Gesellschafterbeschluss 3. Eröffnung eines Insolvenzverfahrens 4. Gerichtliche Entscheidung <p>Bei Tod eines Kommanditisten: Fortsetzung der KG mit den Erben, falls keine anders lautende Vereinbarung im Gesellschaftsvertrag § 177 HGB</p>

Pflichten und Rechte der Gesellschafter			
Vollhafter (Komplementär)		Teilhafter (Kommanditist)	
Pflichten	Rechte	Pflichten	Rechte
<ul style="list-style-type: none"> ■ Kapitaleinlage ■ Arbeitsleistung (Geschäftsführung) § 114 (1) HGB ■ Treuepflicht und Wettbewerbsverbot § 112 f. HGB ■ Verlustbeteiligung § 168 (2) HGB ■ Haftung §§ 128–130 HGB 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Geschäftsführung § 114 ff. HGB ■ Stimmrecht § 119 HGB ■ Kontrollrecht § 118 HGB ■ Gewinnbeteiligung § 168 HGB ■ Privatentnahme § 122 HGB ■ Kündigung § 132 HGB ■ Liquidationserlös § 155 HGB ■ Vertretung § 125 ff. HGB 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Kapitaleinlage ■ falls vereinbart: Erbringung von Dienstleistungen ■ Verlustbeteiligung § 167 (3), § 168 (2) HGB ■ falls gesonderte Vereinbarung: Vertretung § 170 HGB (andernfalls sind Willenserklärungen schwebend unwirksam) ■ Haftung § 171 HGB ■ Treuepflicht § 112 HGB i.V.m. § 165 HGB 	<ul style="list-style-type: none"> ■ falls gesonderte Vereinbarung: Geschäftsführung § 164 HGB; ■ Widerspruchsrecht bei außergewöhnlichen Handlungen § 164 HGB ■ Kontrollrecht § 166 HGB ■ Gewinnbeteiligung § 168 HGB (aber keine Privatentnahmen) ■ Kündigung § 132 i.V.m. § 161 (2) HGB ■ Befreiung vom Wettbewerbsverbot § 165 HGB ■ falls gesonderte Vereinbarung: Vertretung § 170 HGB

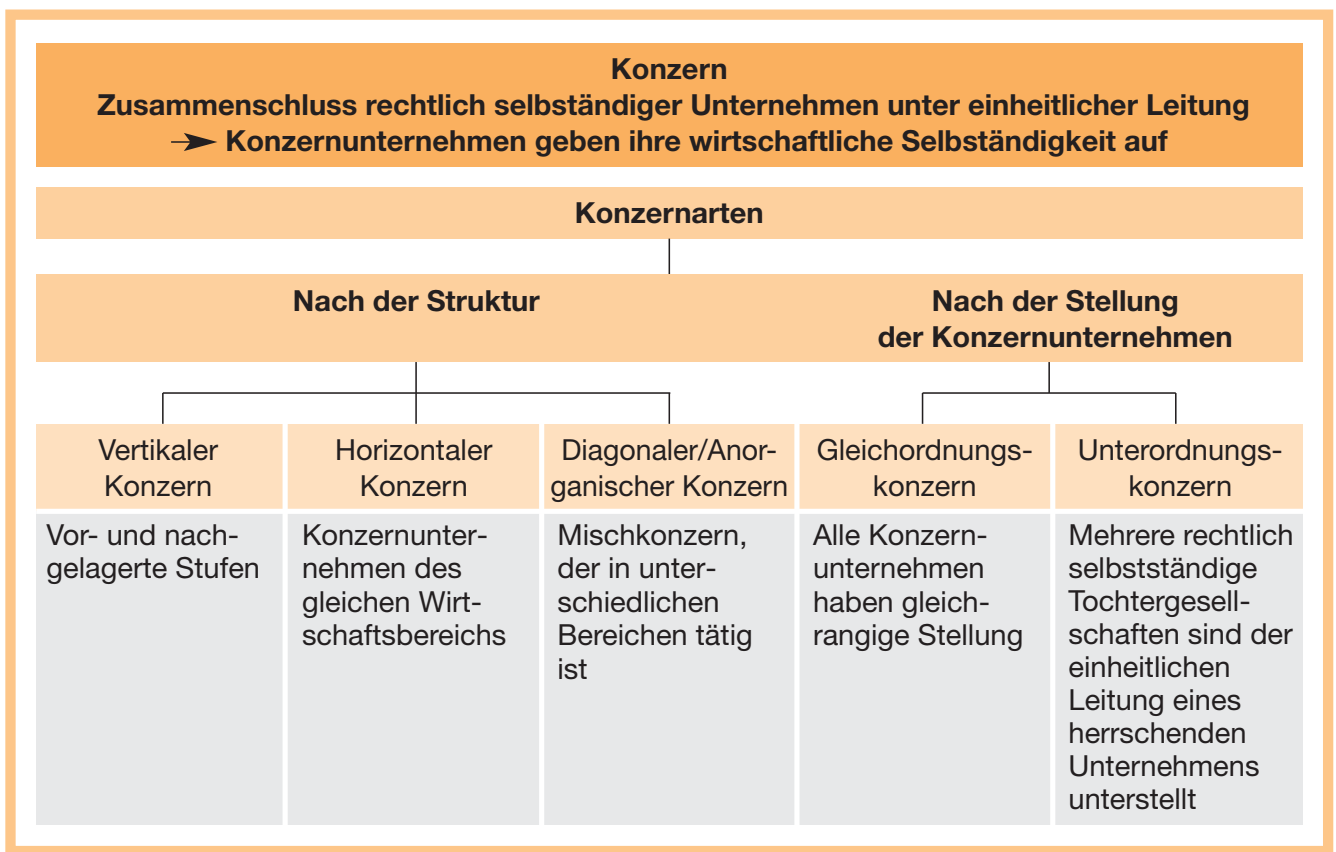


Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	32
5.6	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	1/1





Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	34
5.8	Konzern am Beispiel eines Unternehmenszusammenschlusses	1/1



Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	35
5.9	Verbraucherinsolvenz	1/1

Verbraucherinsolvenz

Ziel: Weg zu einem Neuanfang für überschuldete Haushalte (Stufen):

1. Stufe: Außergerichtlicher Einigungsversuch

(Schuldenbereinigungsplan, außergerichtliche Einigung)

2. Stufe: Gerichtliche Schuldenbereinigung

Antrag auf Insolvenzverfahren



Zustellung des Schuldenbereinigungsplanes an Gläubiger

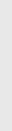
Keine Einwendungen der Gläubiger oder evtl. Ersatz
von Gläubigereinwendungen durch Insolvenzgericht



Verfahren beendet

Schuldner zahlt entsprechend der Abmachung im
Schuldenbereinigungsplan

Einwendungen der Gläubiger
(keine Einigung über
Schuldenbereinigungsplan)



3. Stufe: Vereinfachtes Insolvenzverfahren



Verfügungsbefugnis über das Vermögen des Schuldners geht auf Treuhänder über



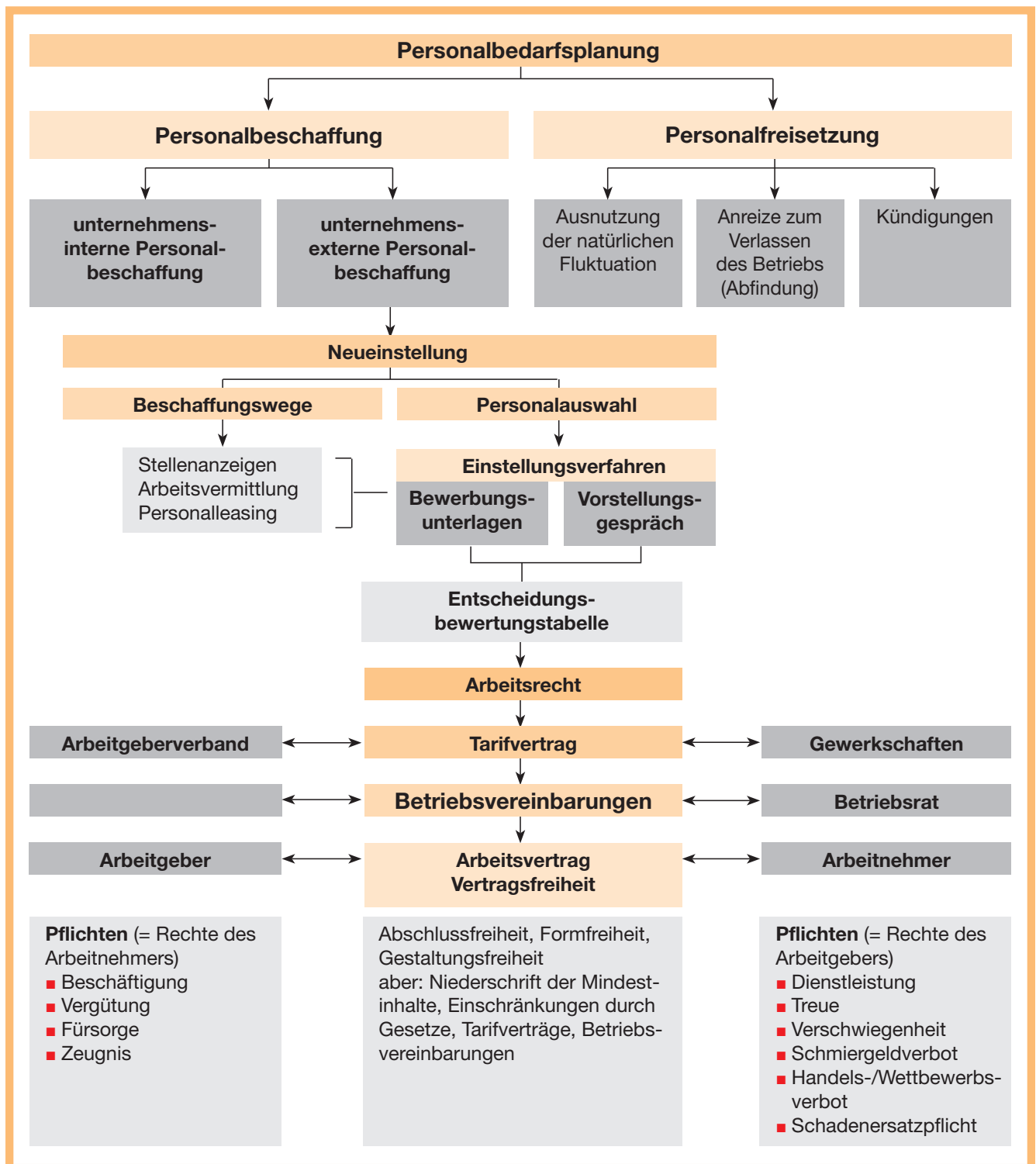
Verteilung/Veräußerung des pfändbaren Vermögens des Schuldners an Gläubiger;
Pfändung von Teilen des Arbeitseinkommens



Restschuldbefreiung



Schuldenfreiheit nach Ablauf der Wohlverhaltensperiode (spätestens sechs Jahre,
unter bestimmten Voraussetzungen drei bzw. fünf Jahre)

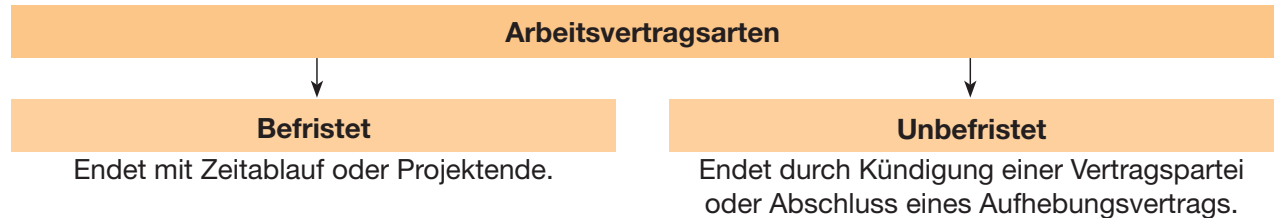


Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	37
6.2	Arbeitsvertrag	1/1

Einstellung und Einführung neuer Mitarbeiter

Erforderliche Arbeiten bei der Einstellung neuer Mitarbeiter:

1. Zustimmung des Betriebsrats einholen (§ 99 BetrVG)
2. Abschluss eines Arbeitsvertrags (§ 611 BGB)



Abschluss des Arbeitsvertrags:

Grundsätzlich gilt Vertragsfreiheit, aber spätestens einen Monat nach Beginn des Arbeitsverhältnisses ist die Niederschrift der Mindestinhalte erforderlich.

Pflichten des Arbeitnehmers

= Rechte des Arbeitgebers:

Hauptpflicht: Dienstleistungspflicht

Nebenpflichten:

- Treuepflicht
- Schweigepflicht
- gesetzliches Wettbewerbsverbot
- vertragliches Wettbewerbsverbot
- Schadensersatzpflicht bei grober Fahrlässigkeit und Vorsatz.

Pflichten des Arbeitgebers

= Rechte des Arbeitnehmers:

Hauptpflicht: Beschäftigungs-/Vergütungspflicht

Nebenpflichten:

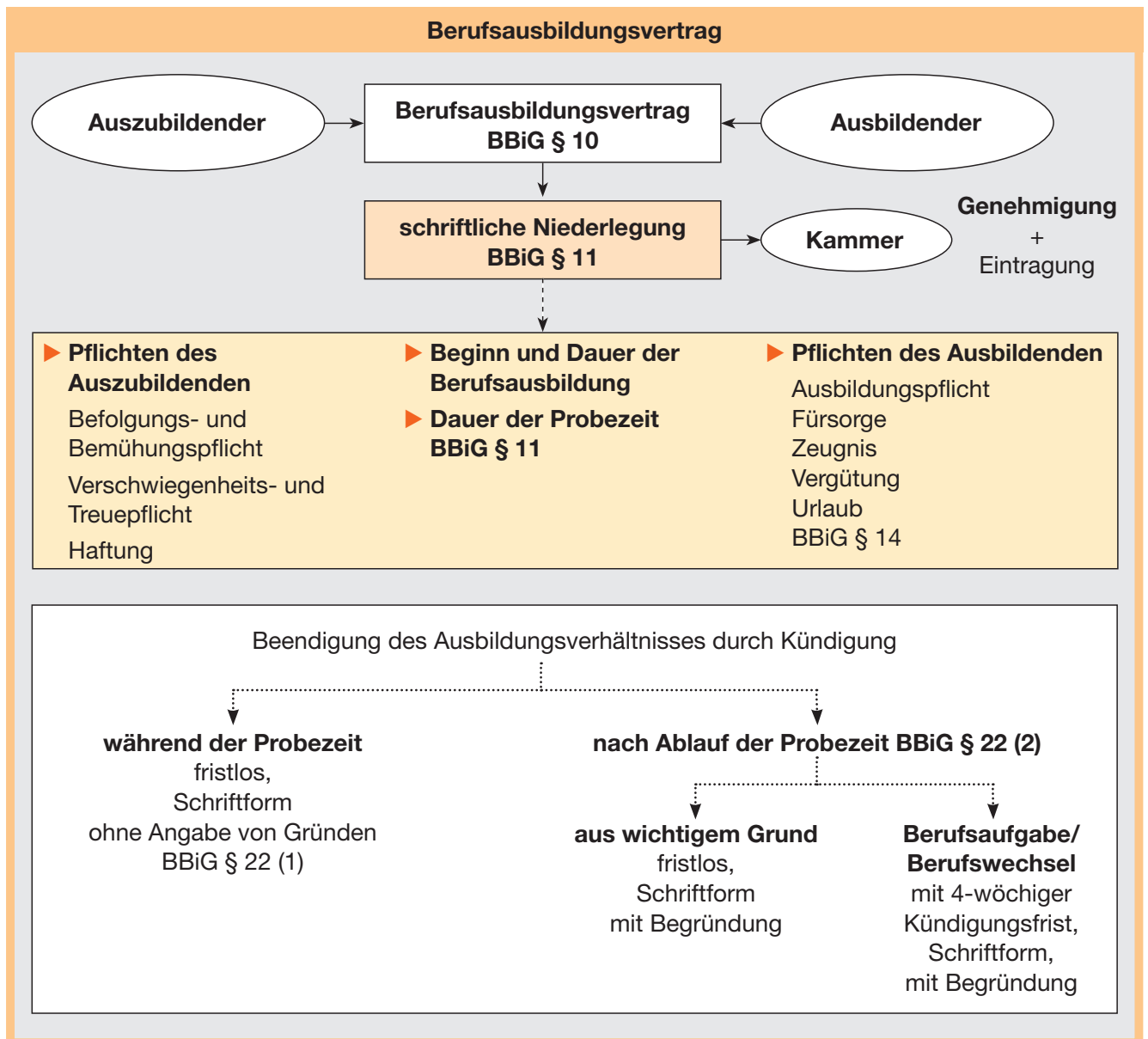
- Fürsorgepflichten
- Informations- und Anhörungspflicht
- Zeugnispflicht

Weitere notwendige Personalverwaltungsmaßnahmen bei der Einstellung neuer Mitarbeiter

- Anmeldung bei Sozialversicherung, Berufsgenossenschaft, Finanzamt
- Anlegen einer Personalakte

Wichtig: Zur Einarbeitung neuer Mitarbeiter einen **Einarbeitungsplan** erstellen.

Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	38
6.3	Berufsausbildungsvertrag	1/1

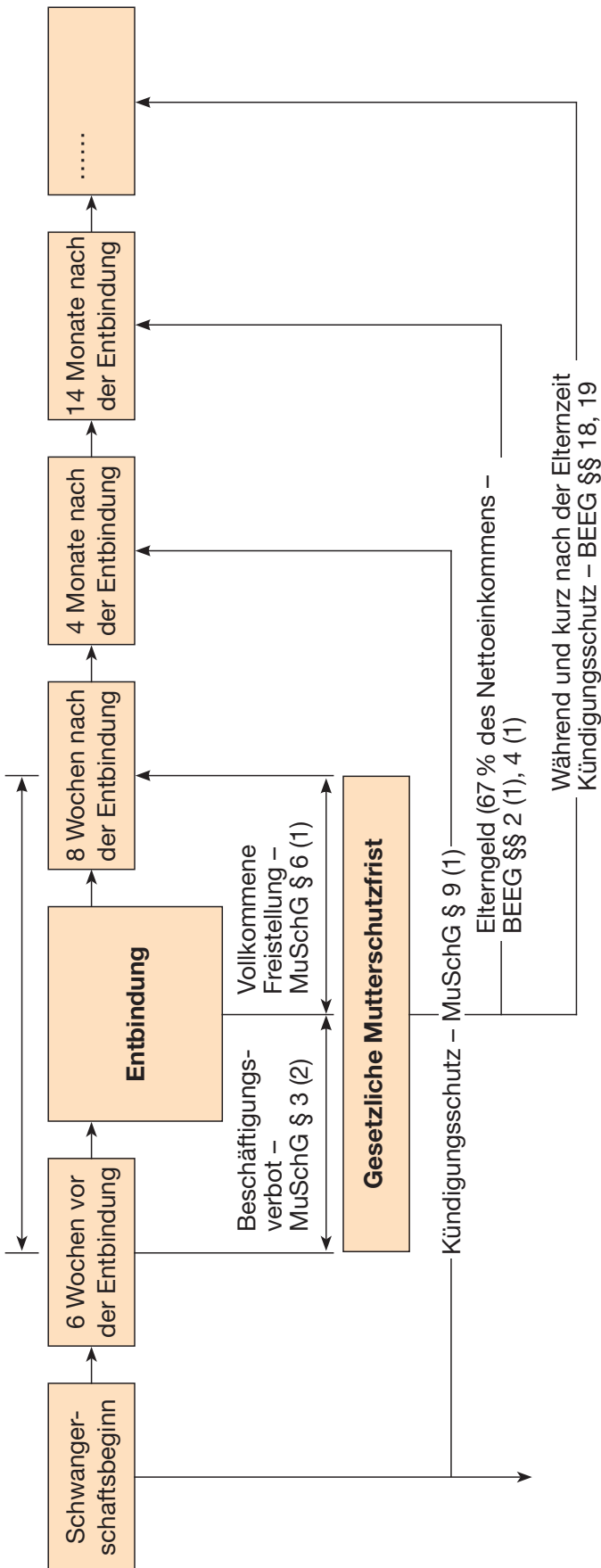


Mutterschutz

gesetzliche Grundlagen: Mutterschutzgesetz (MuSchG), Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG), Reichsversicherungsordnung (RVO)

Ziel: Schutz von Mutter und Kind am Arbeitsplatz vor gesundheitlichen Gefahren
Geltungsbereich: gilt für schwangere Frauen, die in einem Arbeitsverhältnis stehen

Mutterschaftsgeld (bis 13 EUR pro Arbeitstag durch
 Krankenkasse, eventuell Aufstockung durch Arbeitgeber
 bis zur Höhe des Nettoeinkalts (RVO § 200)



Beschäftigungsverbot

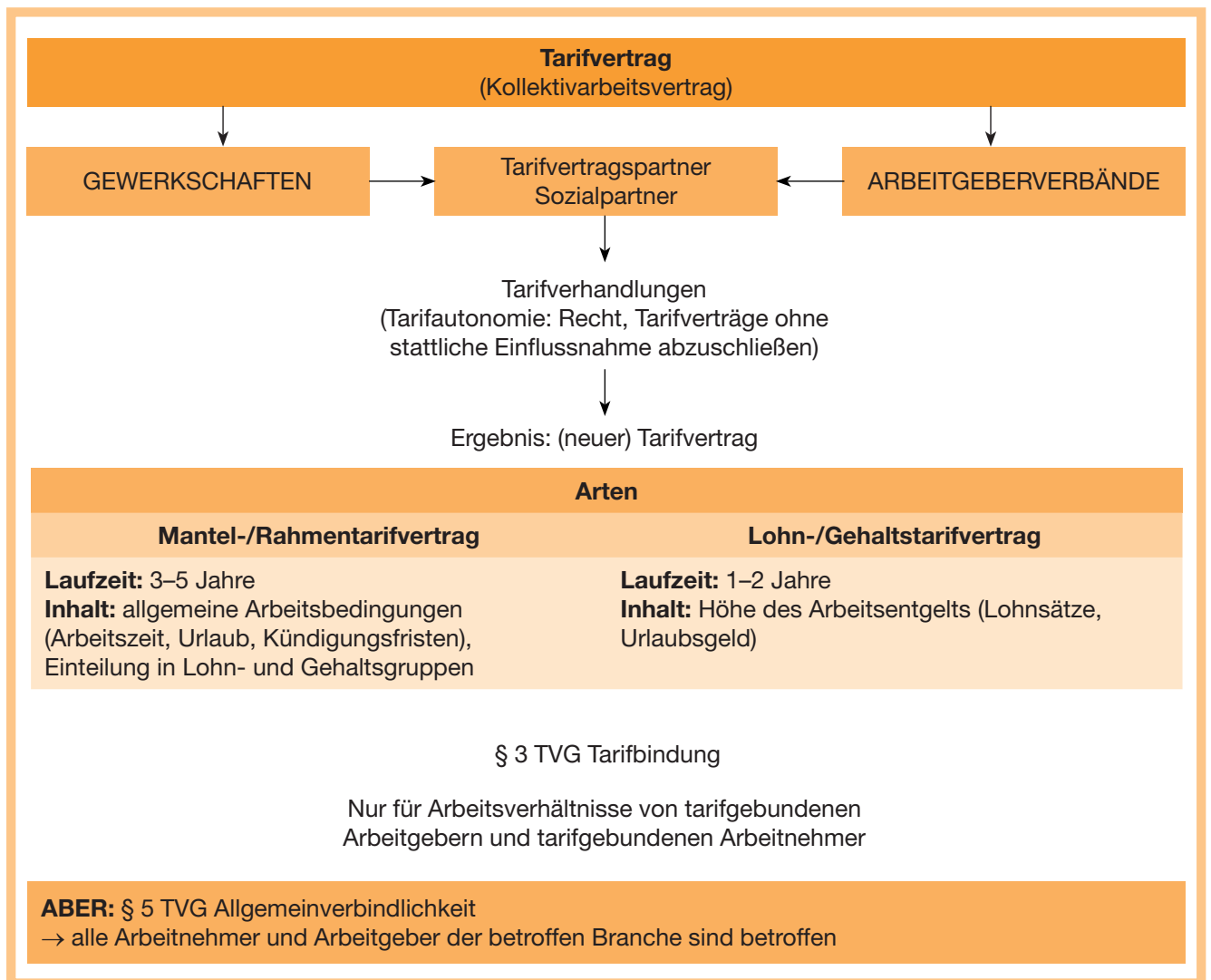
- Individuell:** § 3 (1) MuSchG (ärztliche Verordnung)
Generell:
- 6 Wochen vor Entbindung – § 3 (2) MuSchG
 - schwere u. gesundheitsschädigende Arbeit – § 4 (1) MuSchG
 - Akkord- und Fließbandarbeit – § 4 (3) MuSchG
 - Mehr-, Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit – § 8 MuSchG

Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	40
6.5	Personalwirtschaft: Personalpolitische Entscheidungen und rechtliche Rahmenbedingungen	1/1

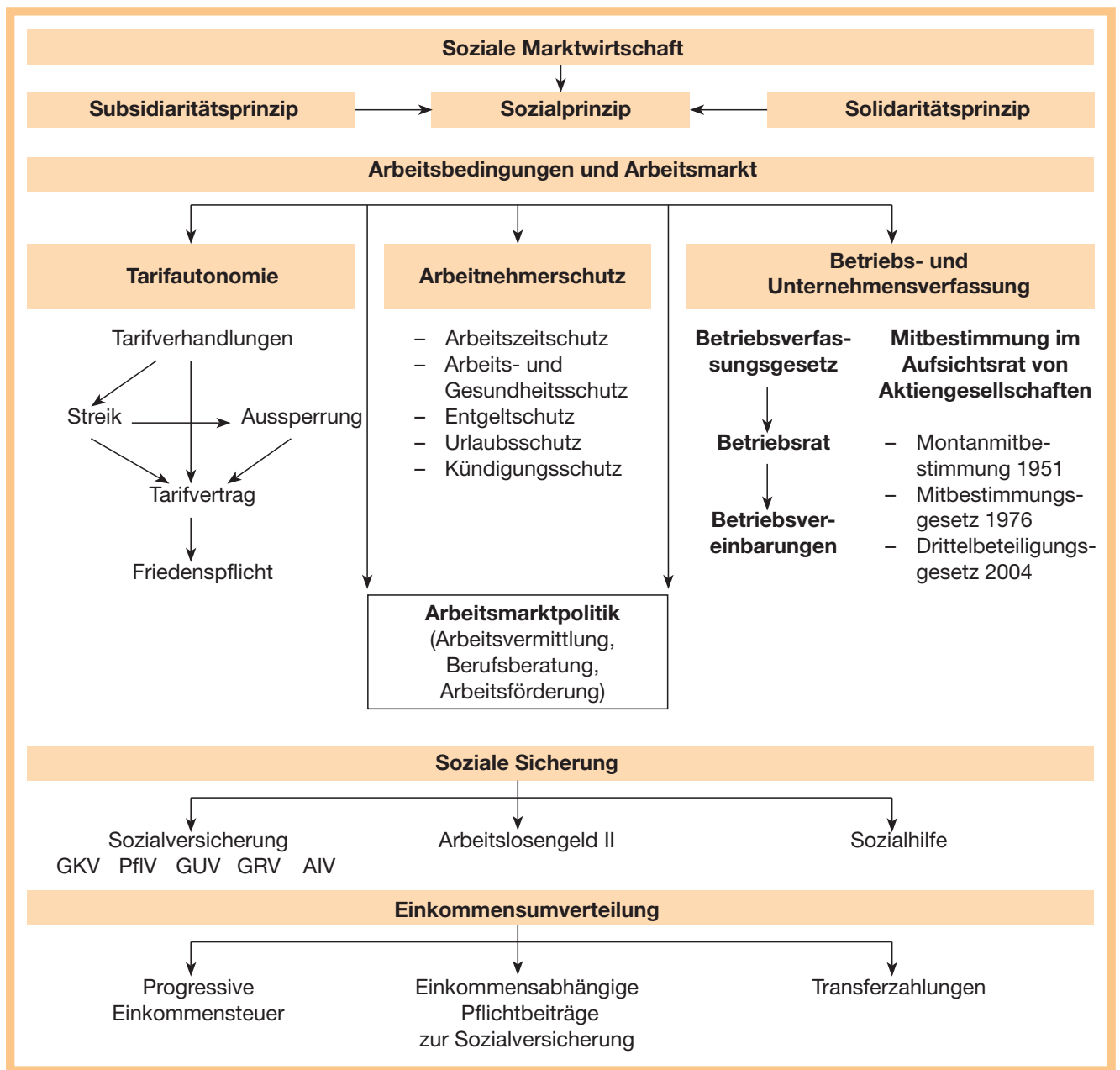
Betriebsrat, Jugend- und Auszubildendenvertretung

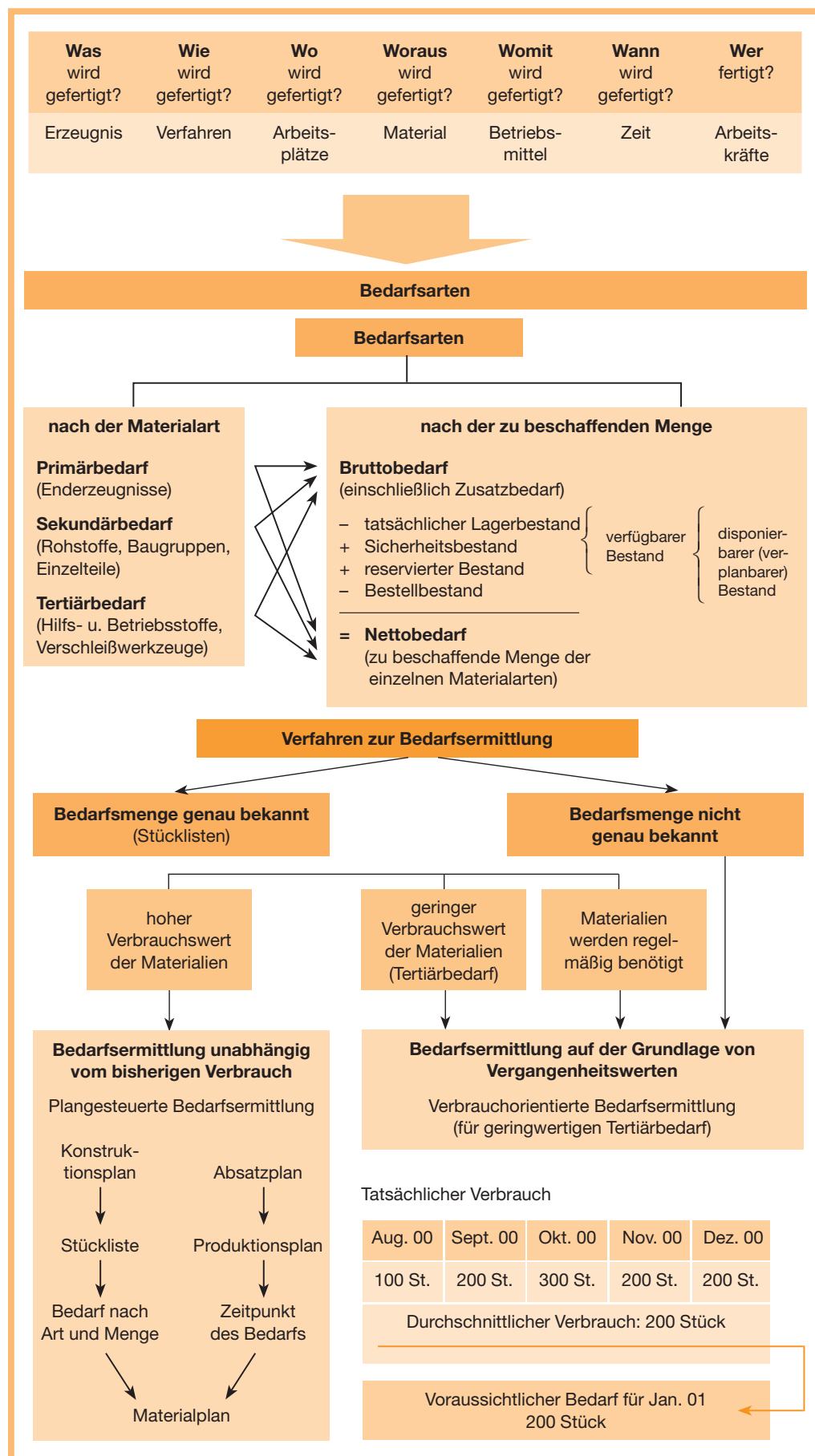
Zahl der Vertreter	Jugend- und Auszubildendenvertretung BetrVG § 60 ff.	Betriebsrat BetrVG § 1 ff.
	abhängig von der Zahl der Wahlberechtigten, max. 15 Mitglieder BetrVG § 62	abhängig von der Zahl der Wahlberechtigten BetrVG § 9
	Wahl für zwei Jahre	Wahl für vier Jahre
	Betriebsgröße mindestens fünf Wahlberechtigte BetrVG §§ 1, 60	
aktives Wahlrecht	jugendliche Arbeitnehmer < 18 Jahre Auszubildende < 25 Jahre BetrVG § 61	volljährige Arbeitnehmer (einschließlich Auszubildende) BetrVG § 7
passives Wahlrecht	jugendliche Arbeitnehmer und Auszubildende < 25 Jahre BetrVG § 61	volljährige Arbeitnehmer, mindestens sechs Monate im Betrieb BetrVG § 8
	<p>BetrVG § 62</p> <p>Zahl der jugendlichen Arbeitnehmer und Auszubildenden</p> <p>Zahl der Jugendvertreter</p> <p>...</p>	<p>* Betriebsobmann</p> <p>Zahl der Arbeit- nehmer</p> <p>Zahl der Betriebs- räte</p> <p>...</p>

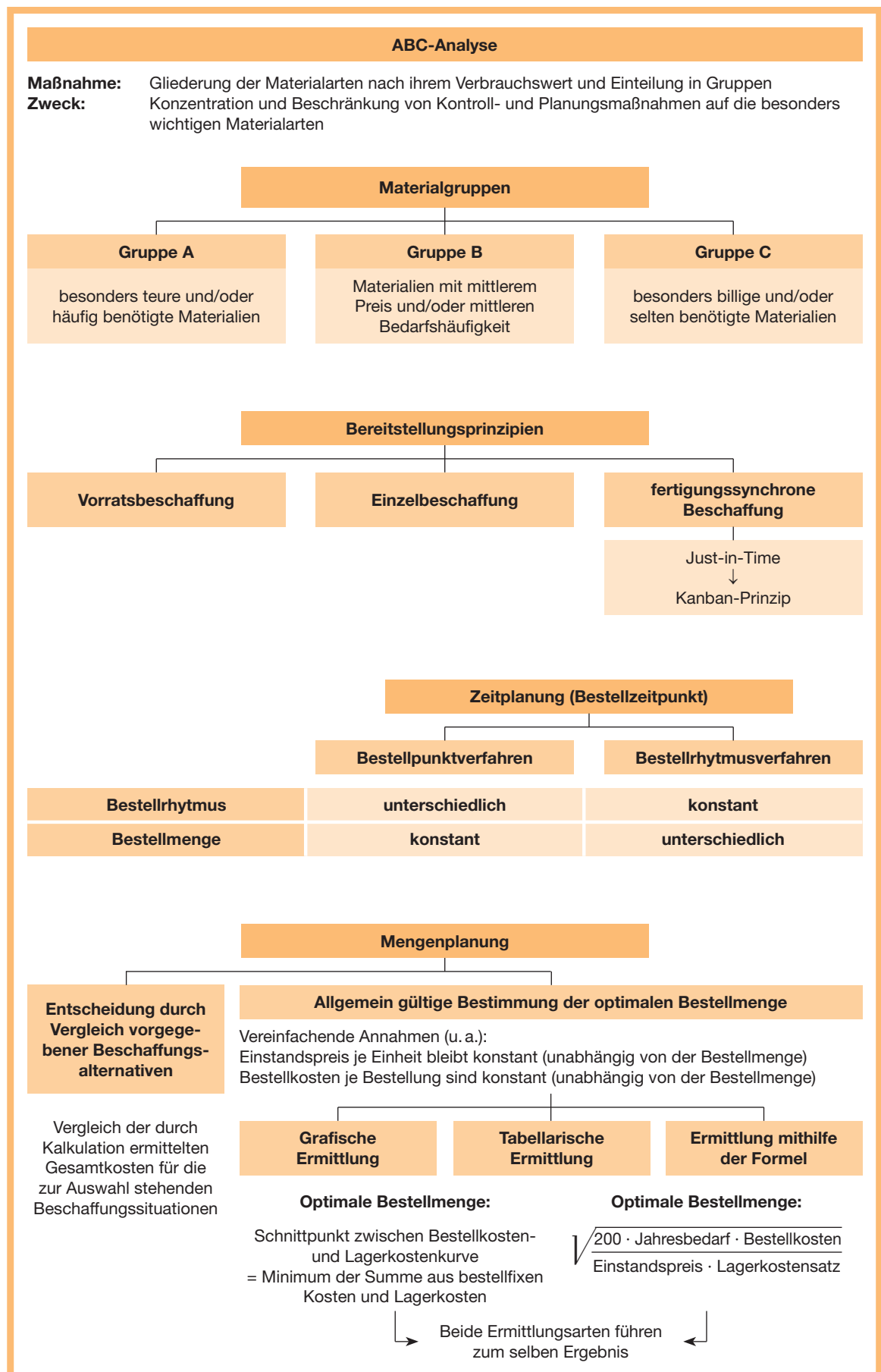
Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	41
6.6	Tarifvertrag	1/1



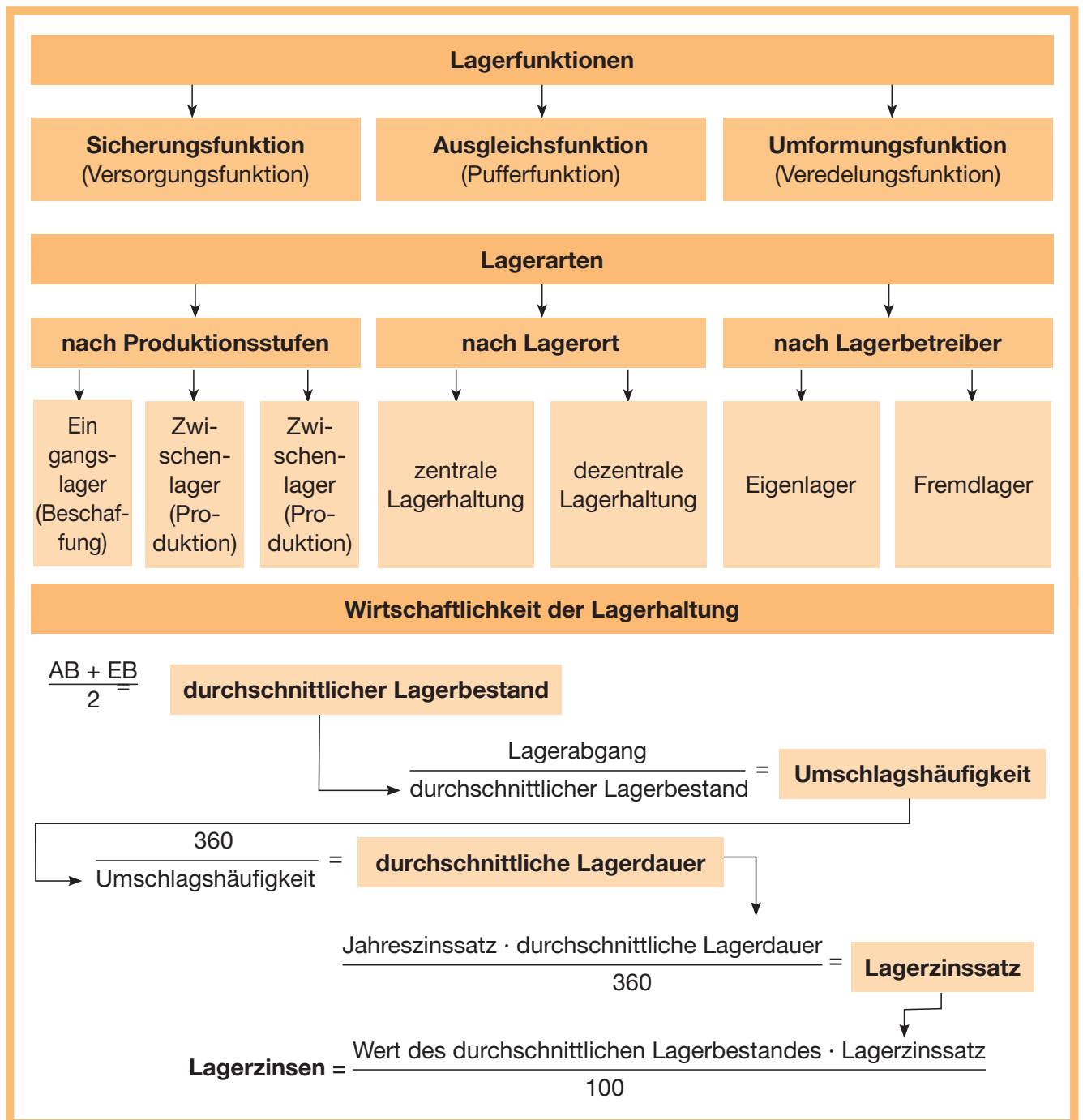
Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	42
6.7	Arbeits- und Sozialordnung	1/1

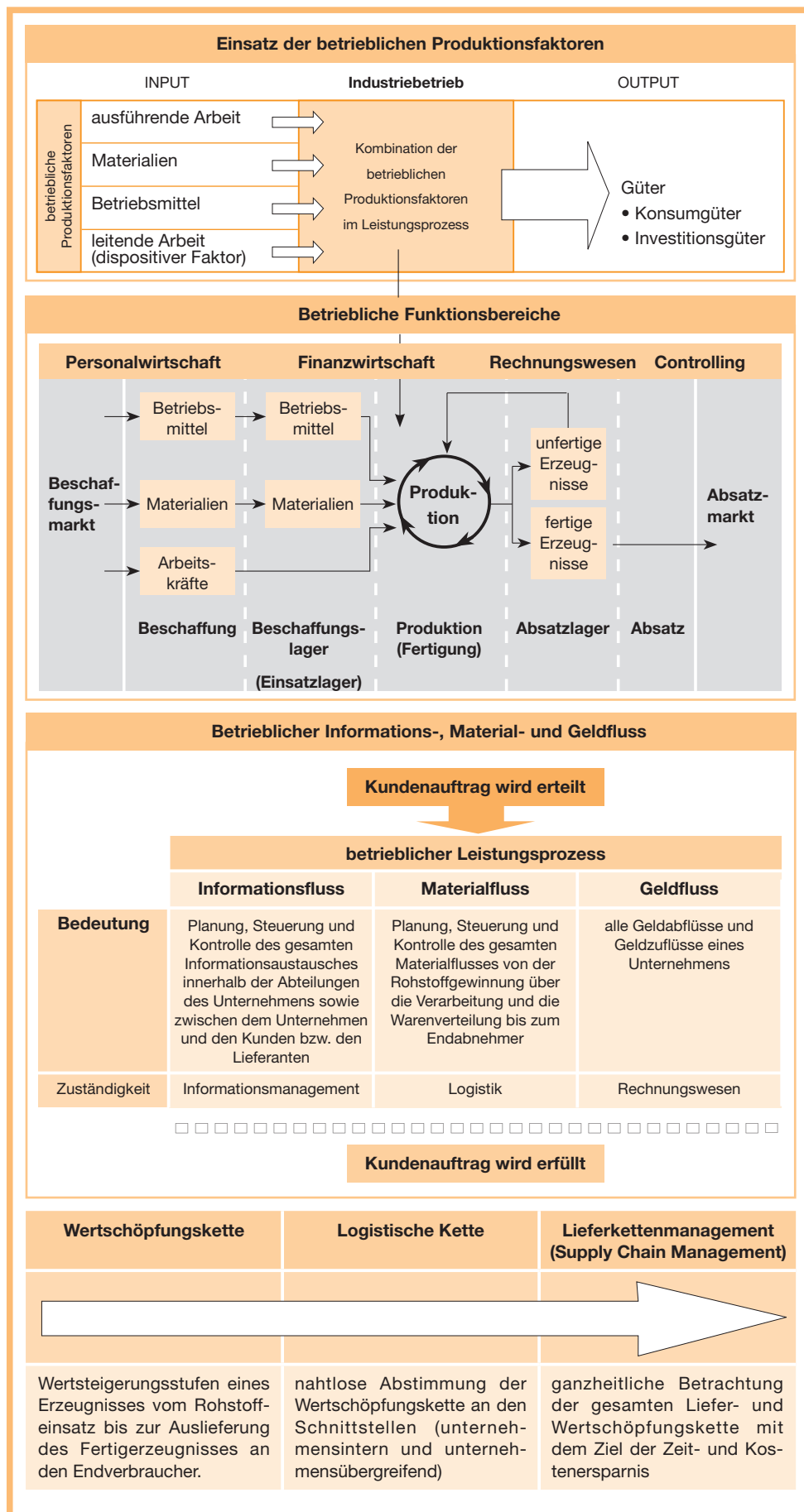






Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	45
7.3	Lagerhaltung	1/1

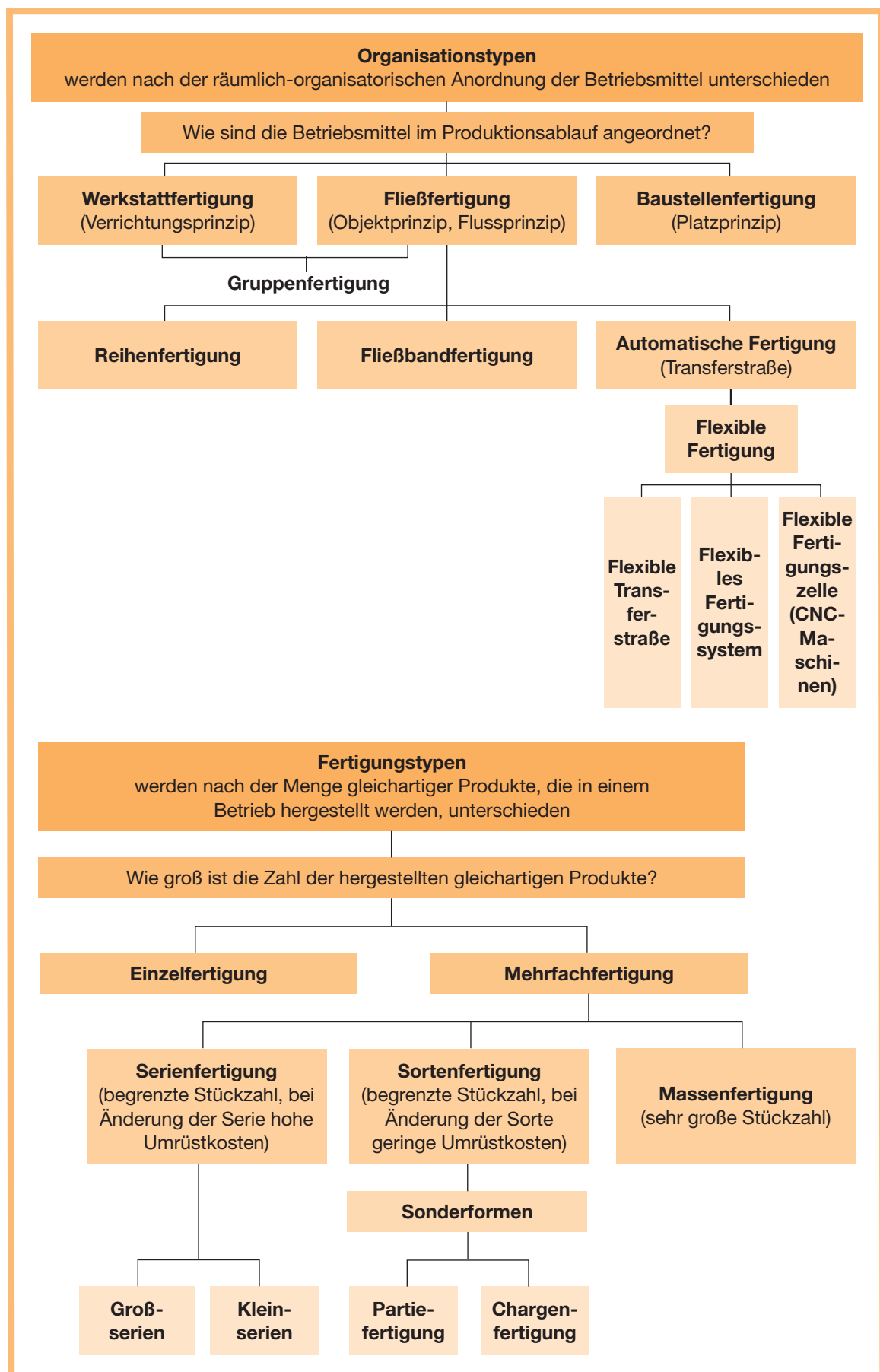




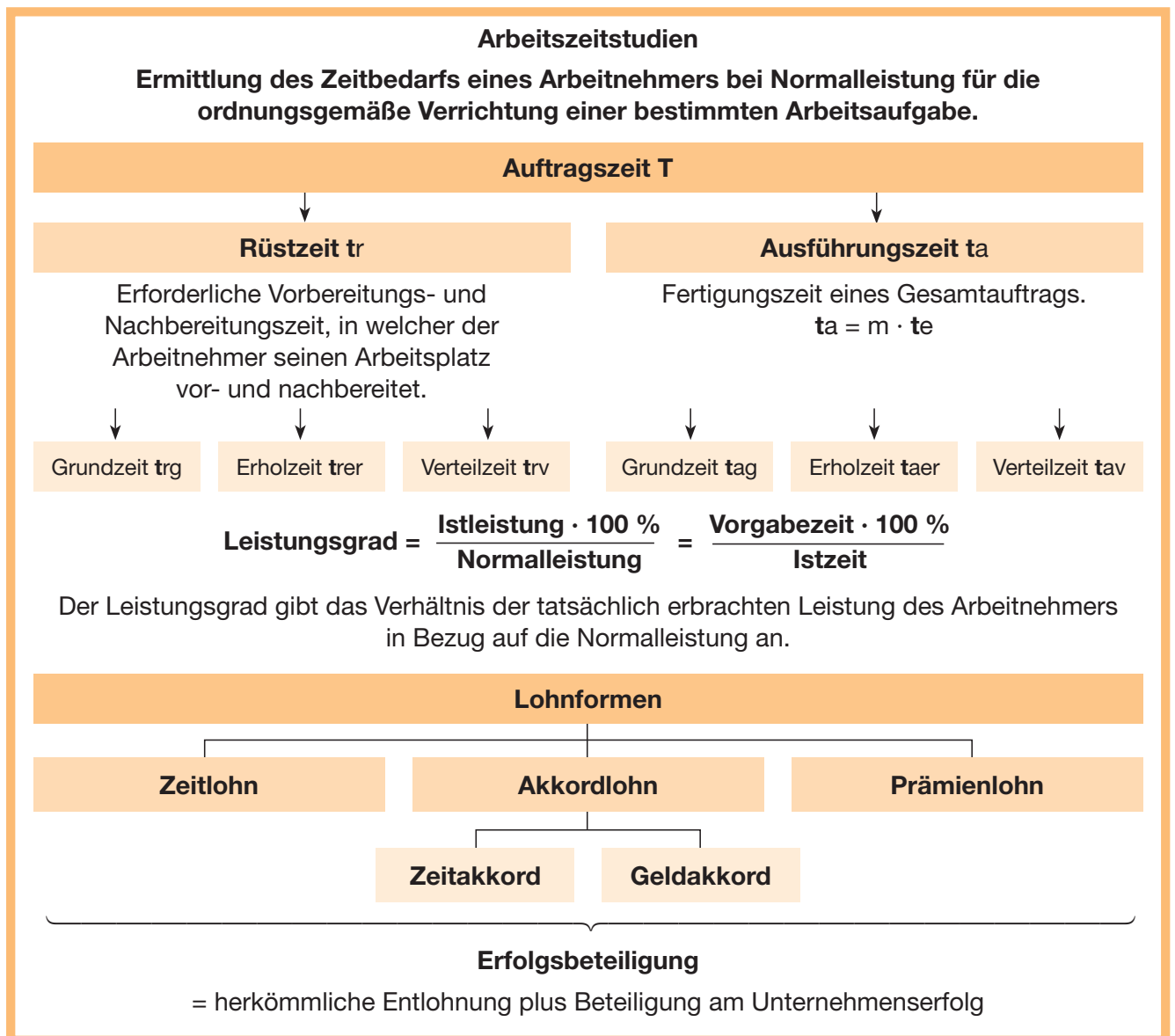
Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	47
8.2	Elementarfaktoren	1/1

Elementarfaktoren	■ ausführende Arbeit	Arbeiten in Verwaltung und Produktion	Beteiligte Produktionsfaktoren bei der Herstellung eines Autos <ul style="list-style-type: none"> ■ ausführende Arbeit: Materialien einkaufen, Blech zuschneiden ■ Materialien: Blech, Schrauben, Autoreifen, Motor, Strom für Maschinen ■ Betriebsmittel: Stanzmaschine, Industrieroboter, Förderband ■ leitende Arbeit: Autotyp festlegen, Produktionsfolge festlegen
	■ Materialien	Produktmaterial (Werkstoffe): <ul style="list-style-type: none"> — Rohstoffe — Hilfsstoffe — Fremdbauteile Betriebsmaterial: <ul style="list-style-type: none"> — Betriebsstoffe — Reparaturmaterialien 	
	■ Betriebsmittel	z. B. Gebäude Maschinen Werkzeuge	
	■ leitende Arbeit (dispositiver Faktor)	Planung Organisation Kontrolle	

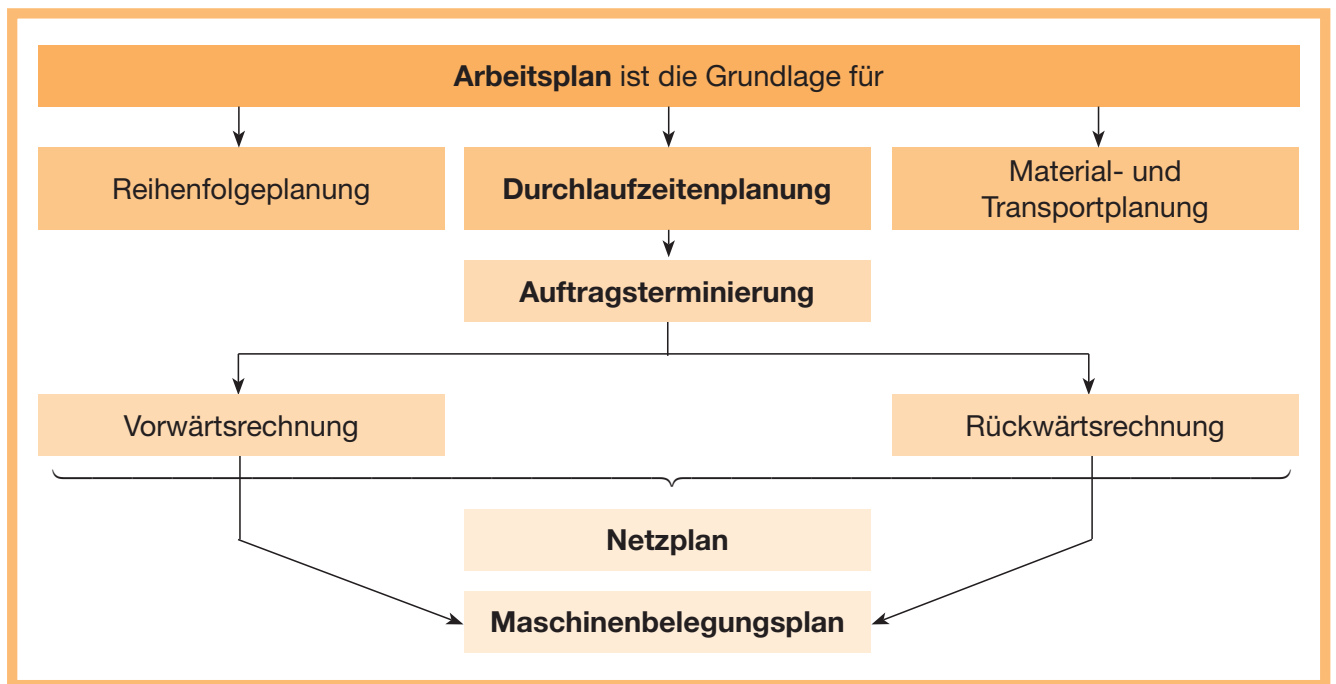
Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	48
8.3	Organisationstypen und Produktionstypen der Fertigung	1/1



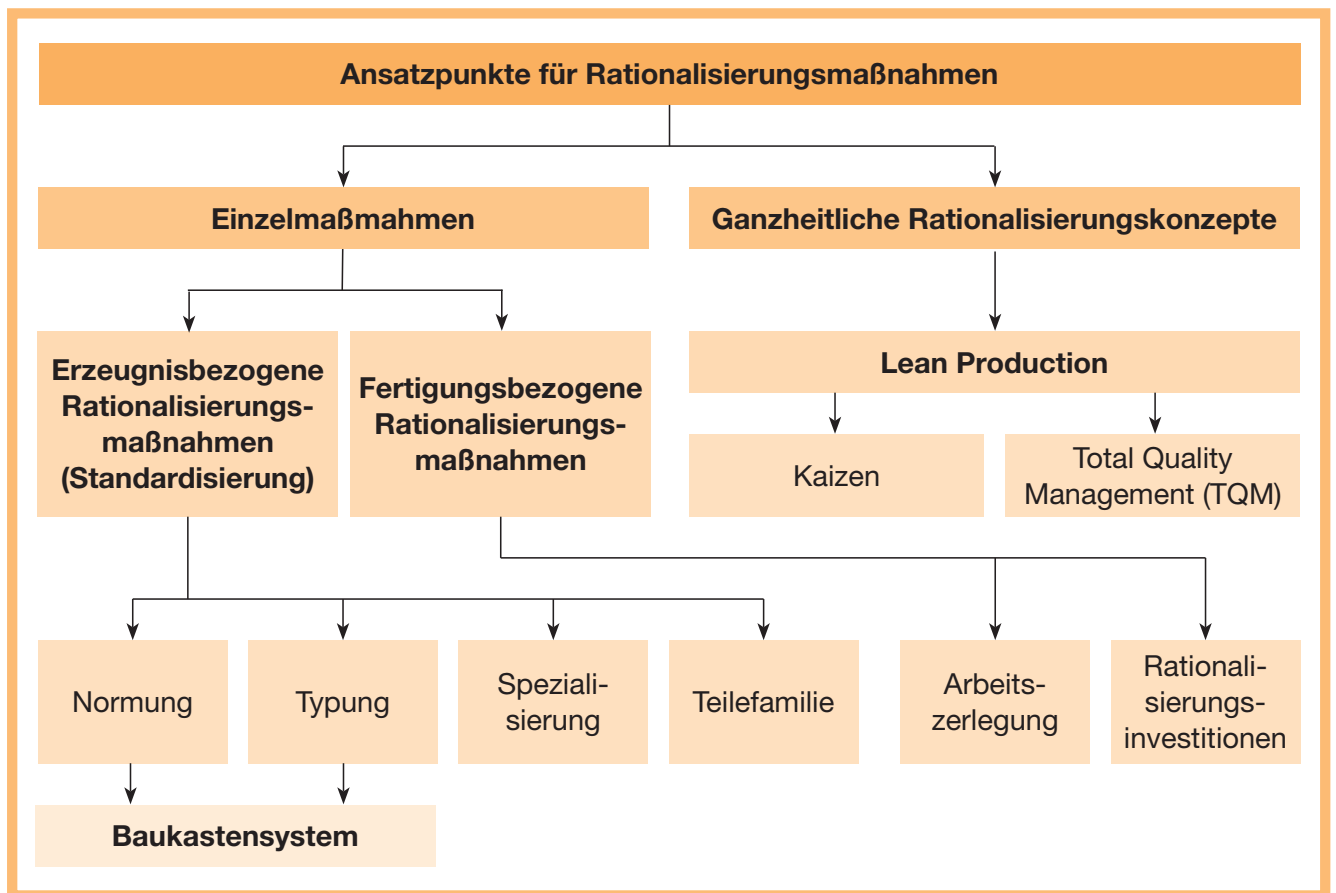
Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	49
8.4	Arbeitszeitstudien und Arbeitsentlohnung	1/1



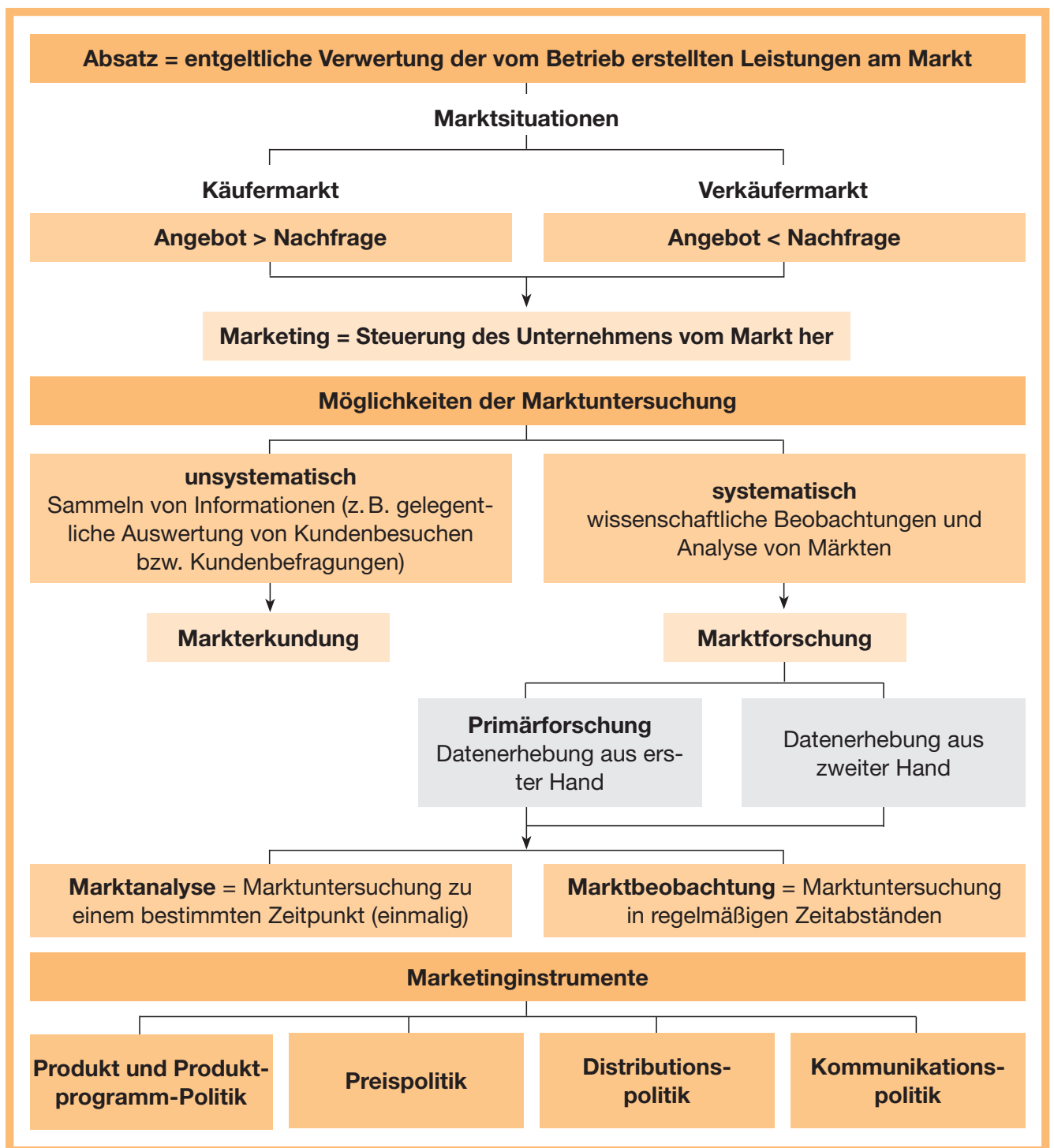
Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	50
8.5	Auftragsterminierung	1/1



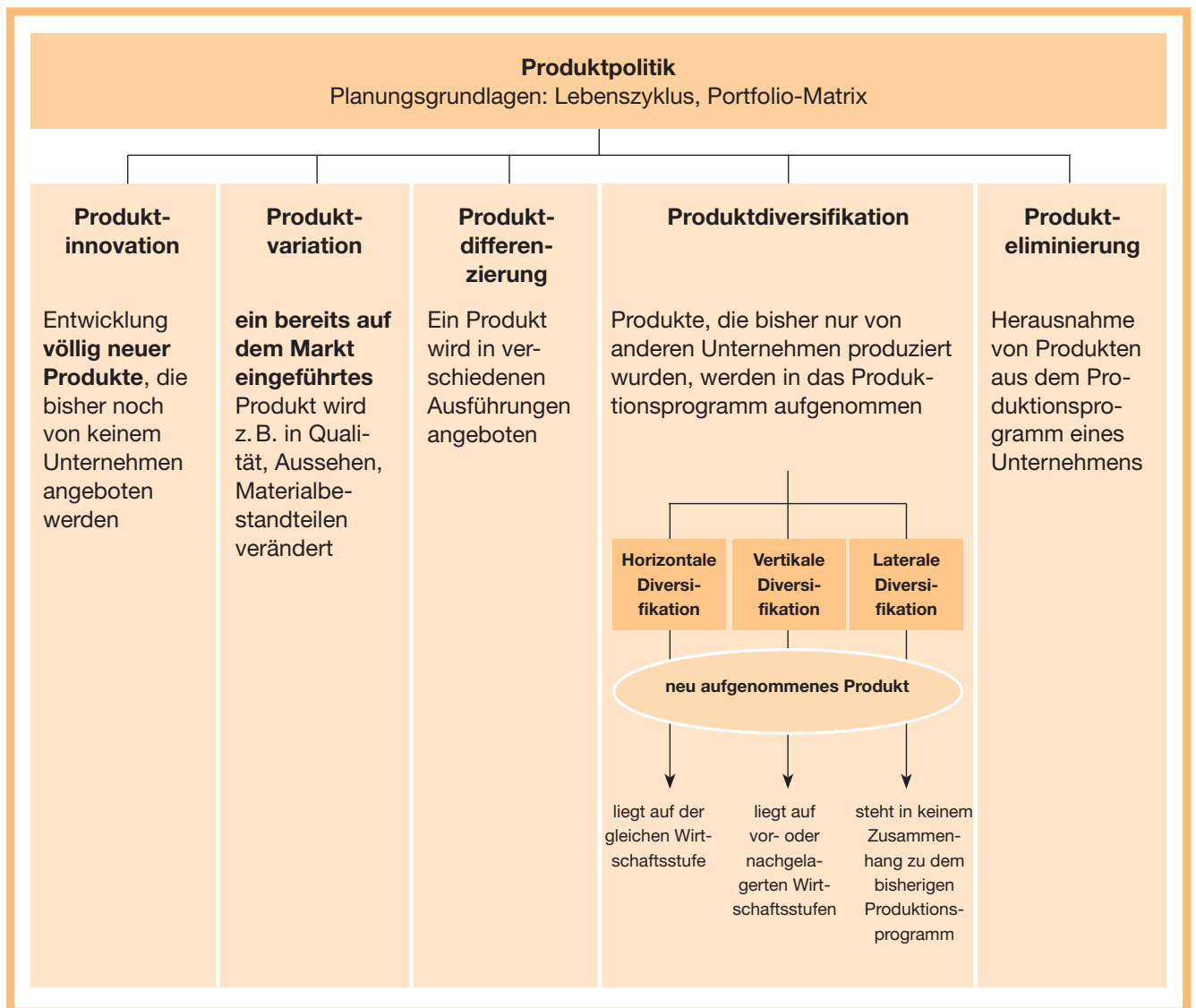
Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	51
8.6	Rationalisierung	1/1



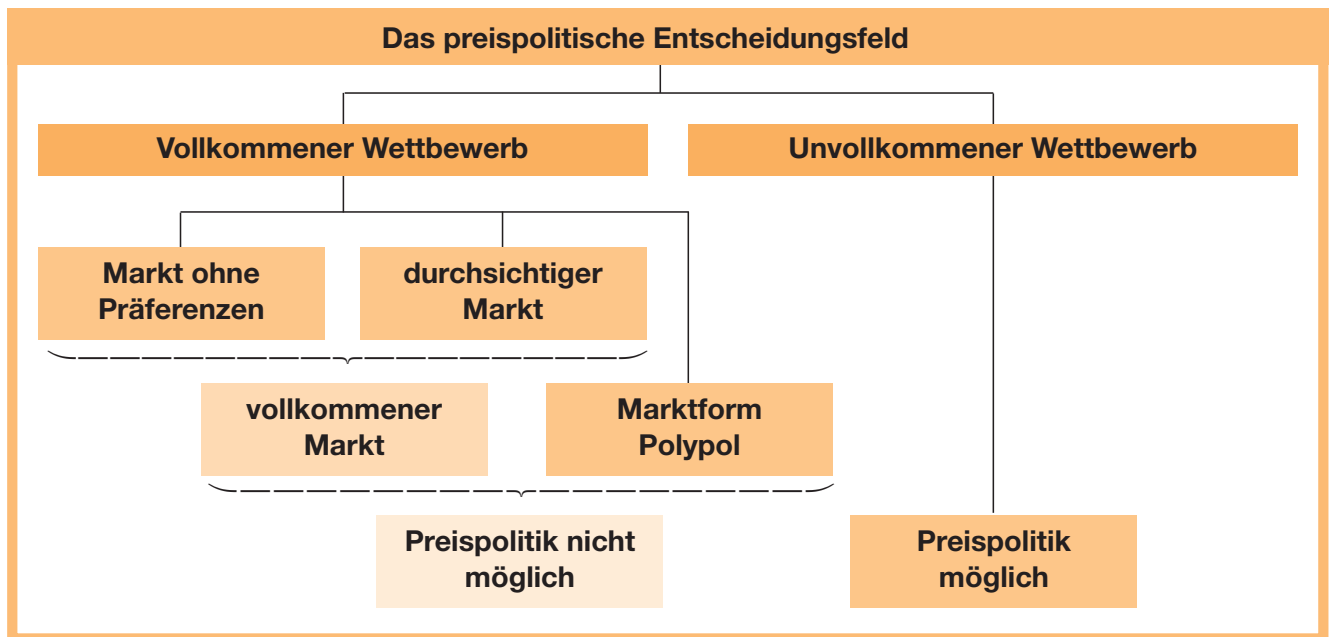
Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	52
9.1	Grundlagen des Marketing	1/1



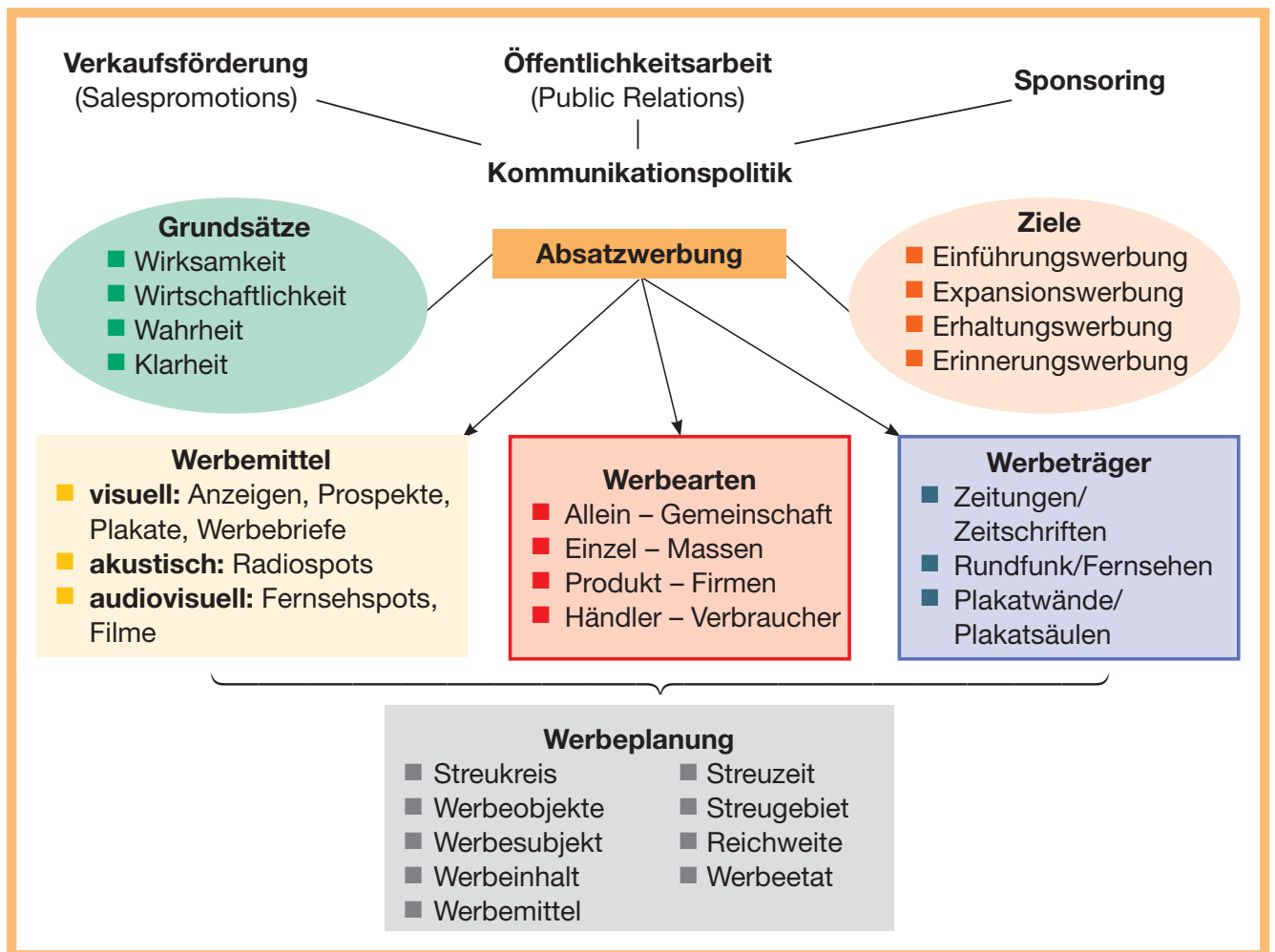
Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	53
9.2	Produkt- und Produktprogrammpolitik	1/1



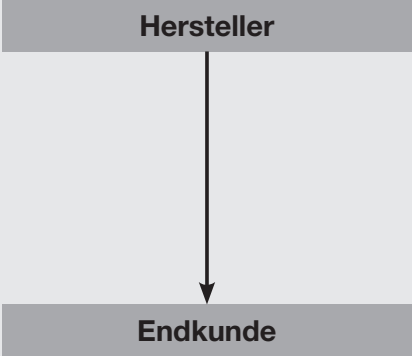
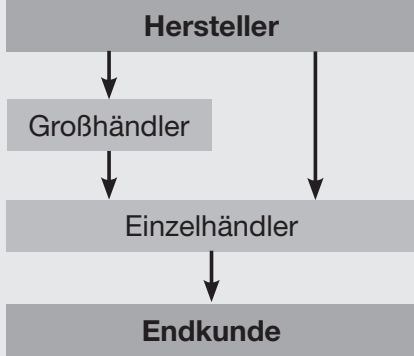
Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	54
9.3	Das preispolitische Entscheidungsfeld	1/1



Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	55
9.4	Kommunikationspolitik	1/1



Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	56
9.5	Absatzwege	1/1

Absatzwege	
direkter Absatz	indirekter Absatz
Der Hersteller verkauft seine Produkte unmittelbar an den Verbraucher oder Weiterverarbeiter. Es werden keine Absatzmittler (z. B. Zwischenhändler) eingeschaltet.	Der Hersteller schaltet für die Verteilung seiner Produkte an die Verbraucher bzw. Weiterverarbeiter Absatzmittler (z. B. Groß- und Einzelhandel) ein.
 <pre> graph TD Hersteller[Hersteller] --> Endkunde[Endkunde] </pre>	 <pre> graph TD Hersteller[Hersteller] --> Großhändler[Großhändler] Großhändler --> Einzelhändler[Einzelhändler] Hersteller --> Einzelhändler Einzelhändler --> Endkunde[Endkunde] </pre>
Vorteile für Hersteller	Vorteile für Hersteller
unmittelbarer Kundenkontakt, Unabhängigkeit von Groß- und Einzelhändlern, Hersteller kann alle absatzpolitischen Maßnahmen selbst festlegen	Funktionen des Handels (Raumüberbrückung, Zeitüberbrückung, Sortimentsbildung, Beratung usw.) werden genutzt
Nachteile für Hersteller	Nachteile für Hersteller
hohe Absatz- und Lagerkosten, Hersteller muss die Funktionen des Handels selbst übernehmen, Markt wird nicht vollständig abgedeckt	geringer Kundenkontakt, geringer Einfluss auf absatzpolitische Maßnahmen, hohe Abhängigkeit von Groß- und Einzelhändlern

Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	57
10.1	Stufen einer Investitionsplanung	1/1

Stufen einer Investitionsplanung

**Feststellung und Begründung
des Investitionsbedarfs**



**Investitionsuntersuchung/
Investitionsvergleich**



Investitionsentscheidung



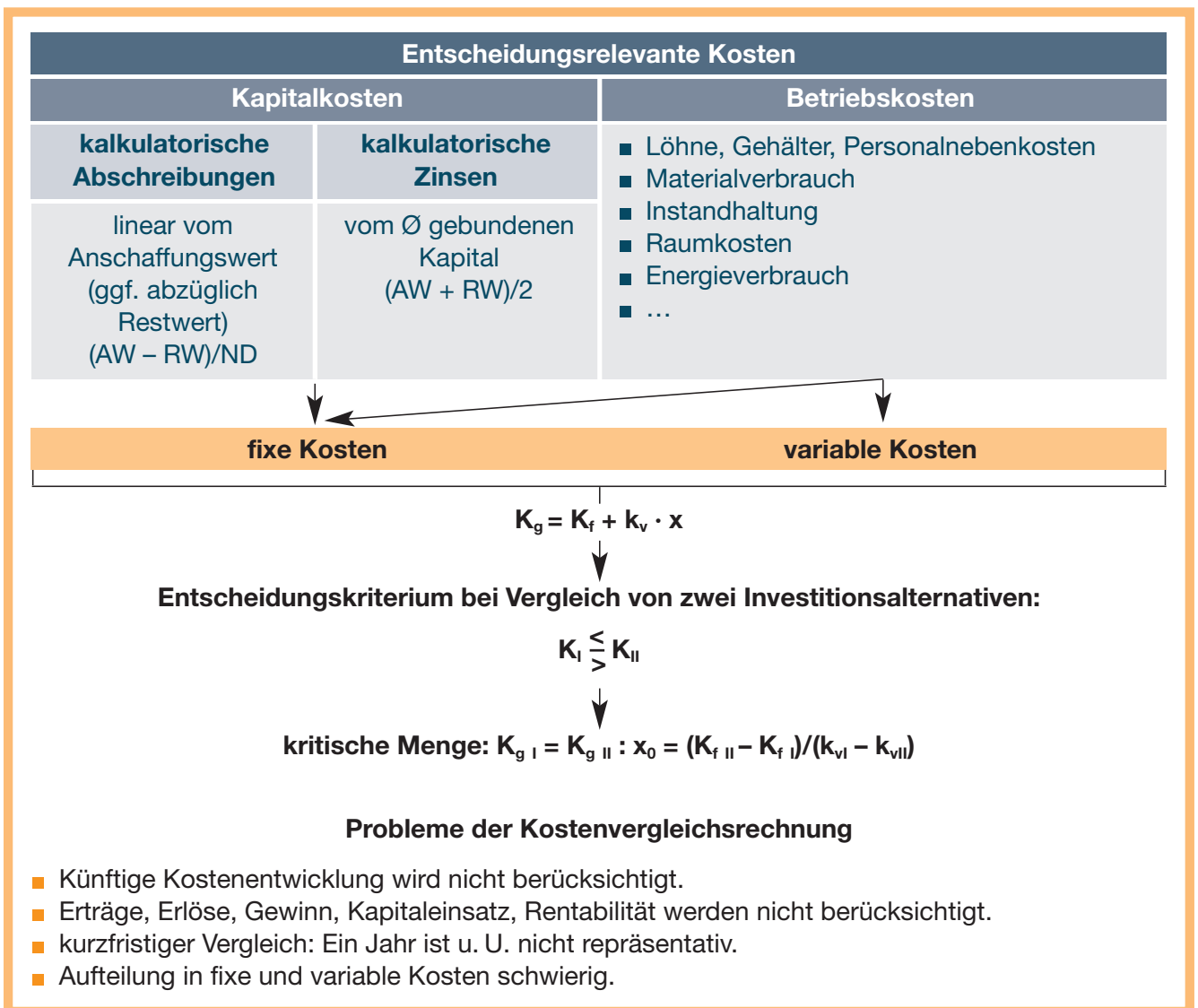
Investitionsdurchführung

Mögliche Investitionsgründe:

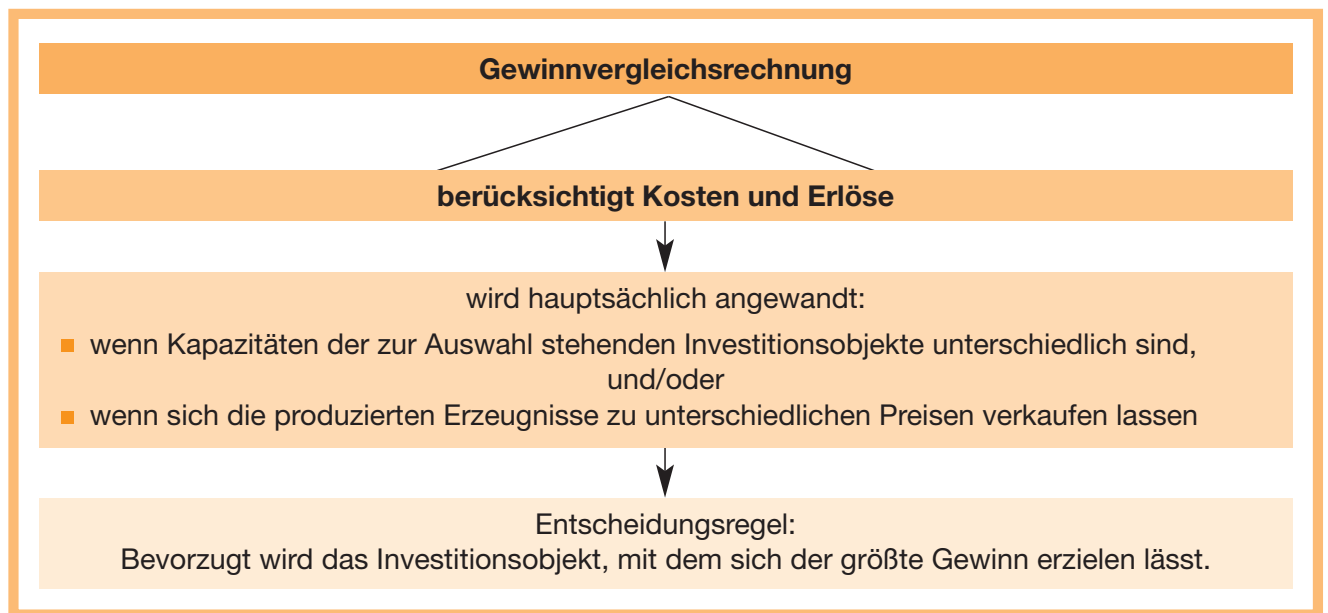
- hohe Kosten bei Produktion mit den vorhandenen Anlagen,
- Veraltete Anlagen (Technischer Fortschritt),
- Fehlkapazitäten wegen steigender Nachfrage
- *Wirtschaftlichkeit* (Anschaffungskosten, laufende Kosten, betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer, erzielbare Einnahmeüberschüsse).
- *Vorteilhaftigkeit* (Festlegung einer Rangfolge bei mehreren Alternativen)
- *Liquiditätsbelastung* (Mittelbedarf für die Anschaffung, Höhe und Zeitpunkt künftiger Einnahmen und Ausgaben).
- *Technischer Stand* (Anpassungsfähigkeit an künftige Rahmenbedingungen, Bedienerfreundlichkeit).
- *Service/Betreuung/Beratung* durch den Hersteller und Lieferer
- *besondere Faktoren* (Umweltbelastung, Auflagen einer Gemeinde oder Behörde).

Abstimmung mit den betrieblichen Teilplänen (insbesondere Finanzplan)

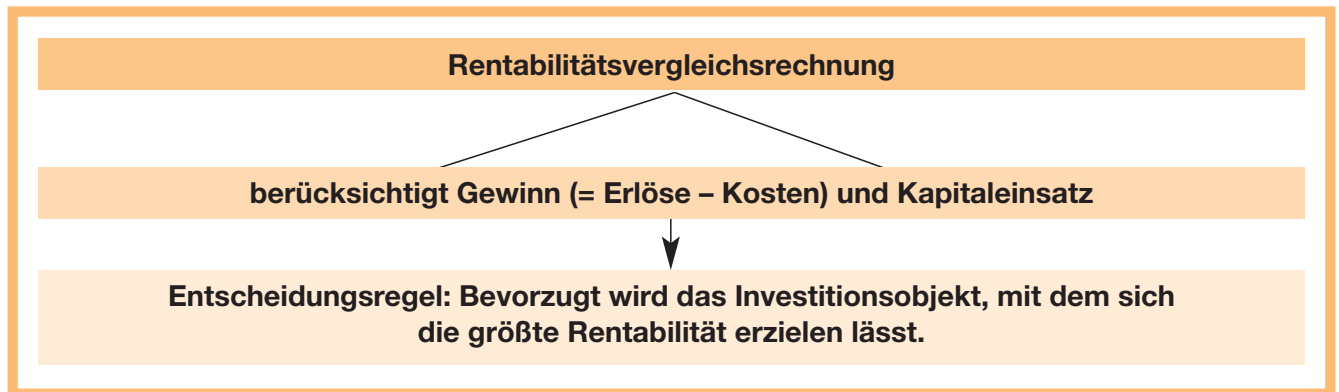
Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	58
10.2	Kostenvergleichsrechnung	1/1



Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	59
10.3	Gewinnvergleichsrechnung	1/1



Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	60
10.4	Rentabilitätsvergleichsrechnung	1/1



Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	61
10.5	Amortisationsrechnung	1/1

Ermittlung der Amortisationszeit (Wiedergewinnungszeit)



Umrechnung von Erlösen und Kosten in Einzahlungen und Auszahlungen

Einzahlungsüberschuss = Ø Gewinn + nicht ausgabewirksame Kosten = Ø Kapitalrückfluss

$$\text{Amortisationszeit } t_w = \frac{\text{Anschaffungswert (Kapitaleinsatz)}}{\text{Ø Kapitalrückfluss pro Jahr}}$$

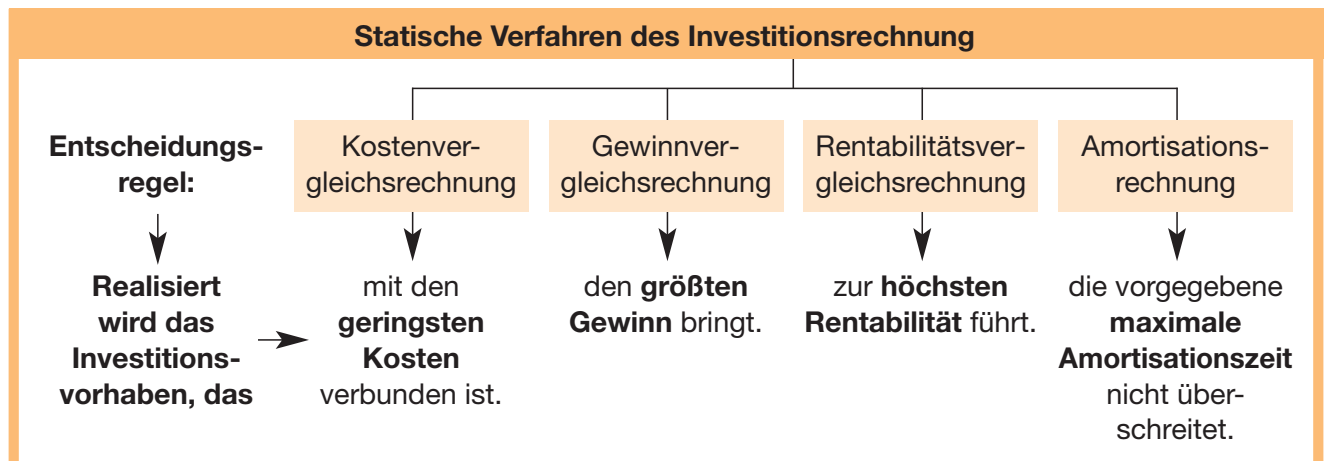
Vergleich von Investitionsalternativen: Entscheidungskriterium $t_{w \text{ I}} \leq t_{w \text{ II}}$

Einzelinvestition	Rationalisierungsinvestition
Entscheidungskriterium $t_w \leq t_{w \text{ max}}$	zusätzlicher Kapitaleinsatz Amortisationszeit $t_w = \frac{(\text{Anschaffungswert}_{\text{neu}} - \text{Restwert}_{\text{alt}})}{\text{Ø Auszahlungsminderung pro Jahr}}$ Entscheidungskriterium: $t_w \leq t_{w \text{ max}}$

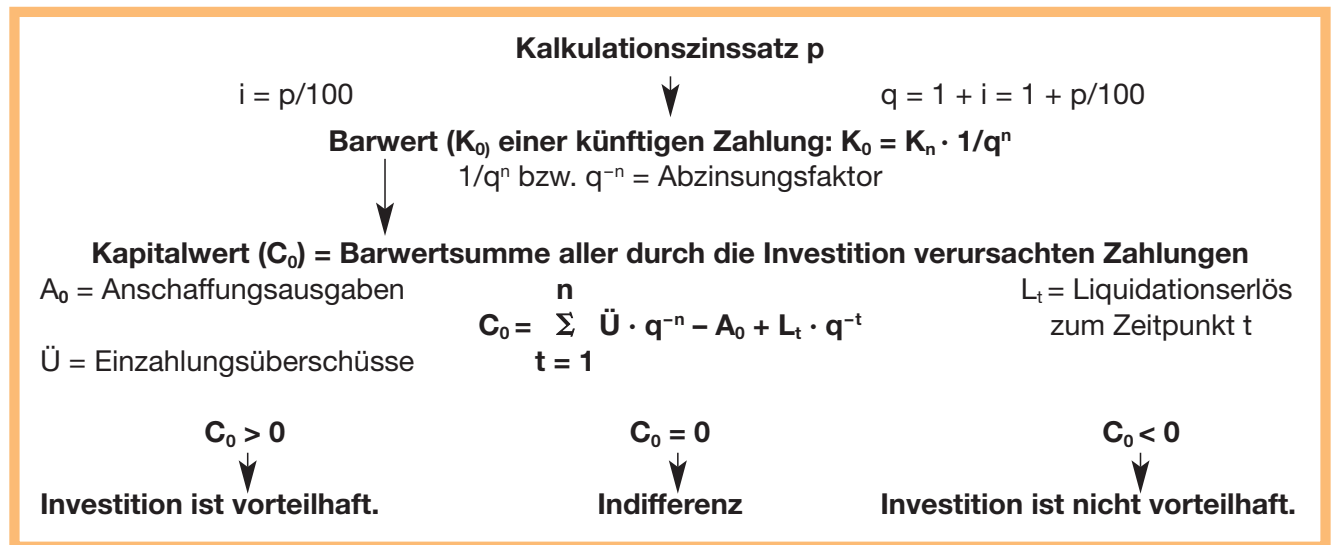
Probleme der statischen Amortisationsrechnung

- | | |
|--|---|
| <ul style="list-style-type: none"> ■ Schätzung der künftigen Kapitalrückflüsse schwierig ■ Zurechenbarkeit von Erlösen und Gewinnen auf ein Investitionsobjekt schwierig ■ Gewünschte Amortisationszeit $t_{w \text{ max}}$ wird oft willkürlich und zu kurz festgelegt. | <ul style="list-style-type: none"> ■ Rentabilität nicht berücksichtigt. Eine Investition kann trotz kurzer Amortisationszeit unrentabel sein. ■ Investitionen mit kurzer Laufzeit werden gegenüber Investitionen mit langer Laufzeit (u. U. ungerechtfertigt) begünstigt. |
|--|---|

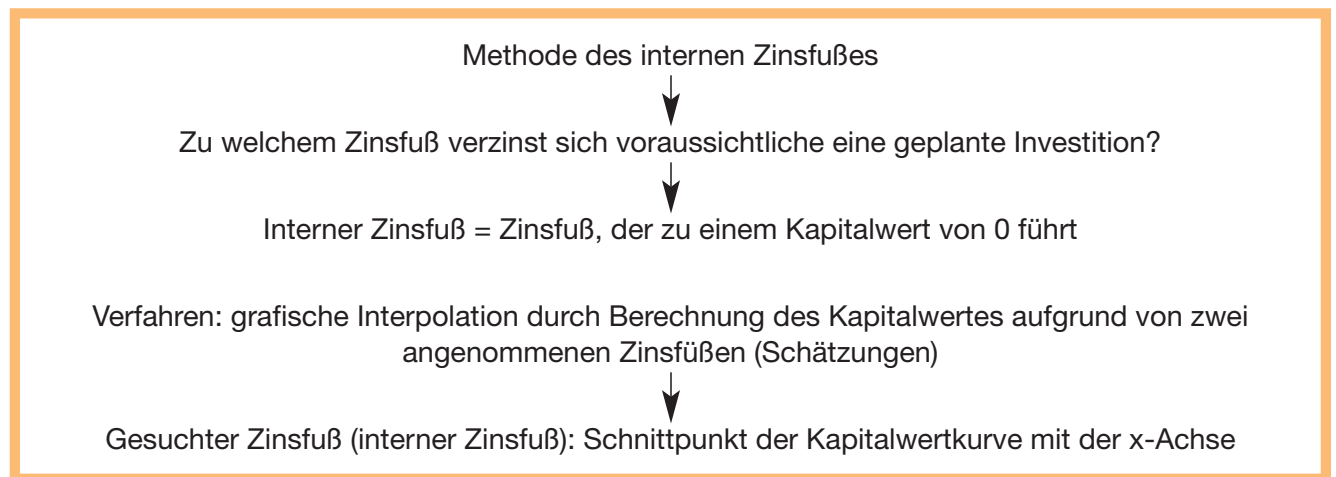
Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	62
10.6	Statische Verfahren der Investitionsrechnung	1/1



Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	63
10.7	Kapitalwertmethode	1/1



Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	64
10.8	Methode des internen Zinsfußes	1/1



Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	65
10.9	Dynamische Verfahren der Investitionsrechnung	1/1

Kapitalwertmethode

Kapitalwert: Barwertsumme aller durch eine Investition verursachten Zahlungen bei einem gegebenen Kalkulationszinsfuß.

$$\text{Kapitalwert } C_0 = -A_0 + \frac{\ddot{U}_1}{q^1} + \frac{\ddot{U}_2}{q^2} + \frac{\ddot{U}_3}{q^3} + \dots + \frac{\ddot{U}_n}{q^n}$$

wobei $q = 1 + p/100$

Ermittlung:

- Abzinsen der Überschüsse auf den Zeitpunkt t_0
- Kapitalwert errechnet sich aus der Summe der abgezinnten Überschüsse abzüglich Anschaffungsausgaben

Methode des internen Zinsfußes

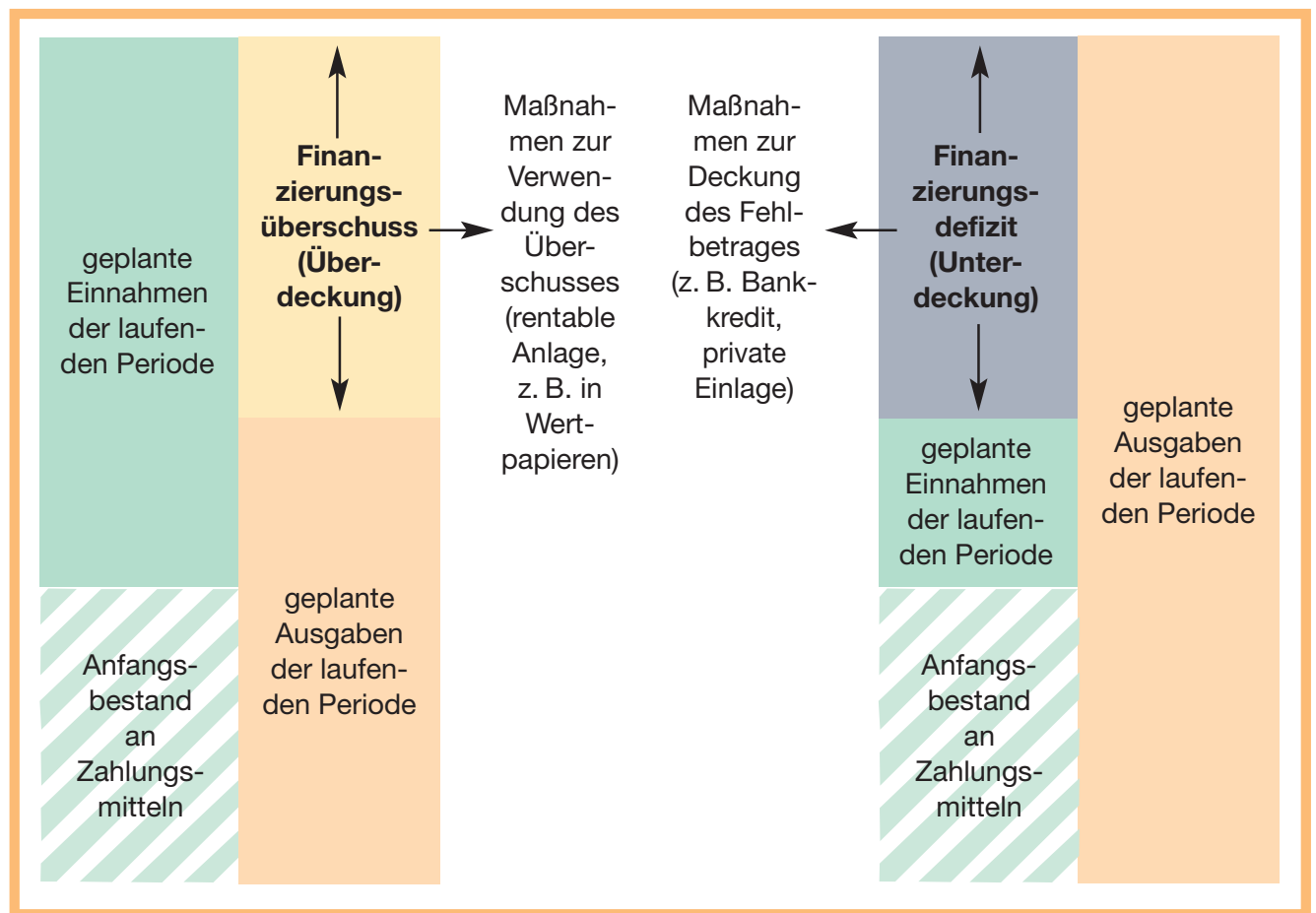
Interner Zinsfuß: Zinsfuß, bei dem der Kapitalwert einer Investition = 0

$$\text{Interner Zinsfuß } 0 = -A_0 + \frac{\ddot{U}_1}{q^1} + \frac{\ddot{U}_2}{q^2} + \frac{\ddot{U}_3}{q^3} + \dots + \frac{\ddot{U}_n}{q^n}$$

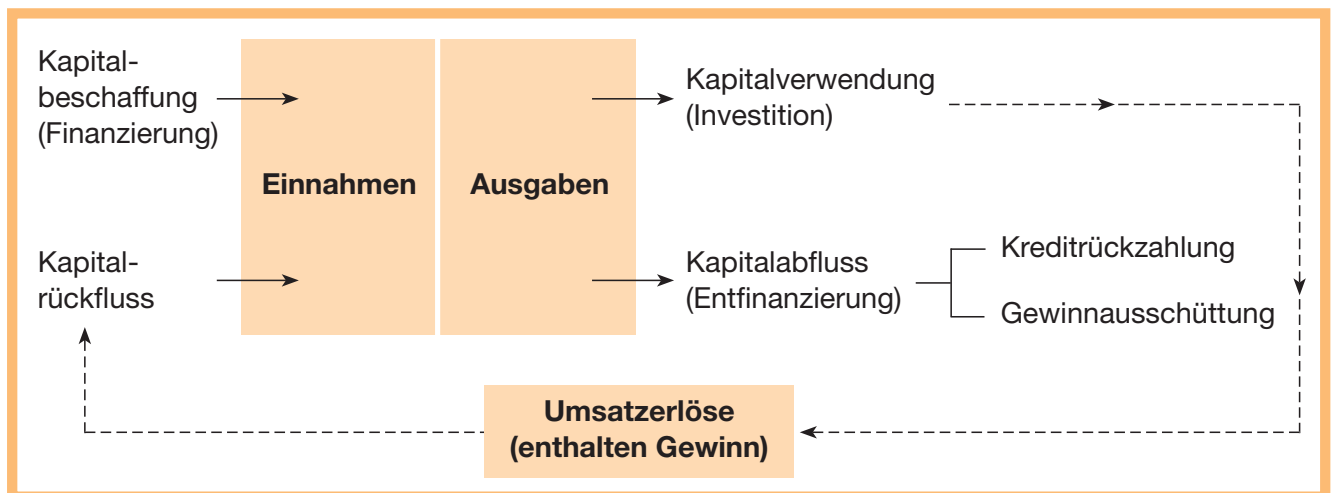
Ermittlung: grafische Interpolation (Näherungsverfahren)

- Ermittlung von zwei Kapitalwerten auf der Grundlage von zwei angenommenen gewünschten Mindestverzinsungen
- Eintragung der gefundenen Ergebnisse in ein Koordinatensystem
- Schnittpunkt der Kapitalwertkurve mit der Abszisse = gesuchter interner Zinsfuß

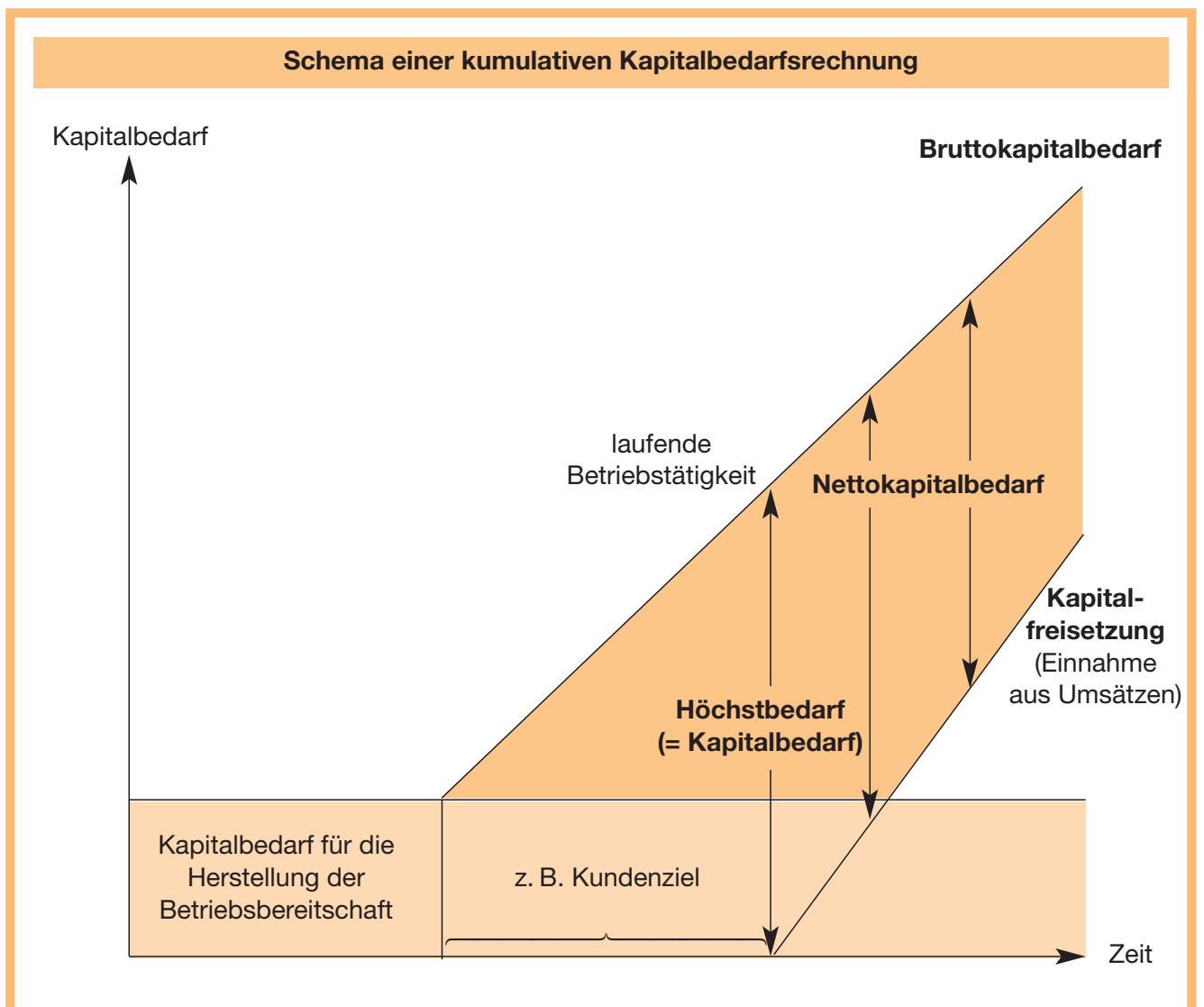
Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	66
10.10	Finanzplanung (Liquiditätsplanung)	1/1



Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	67
10.11	Zusammenhang zwischen Investierung und Finanzierung	1/1



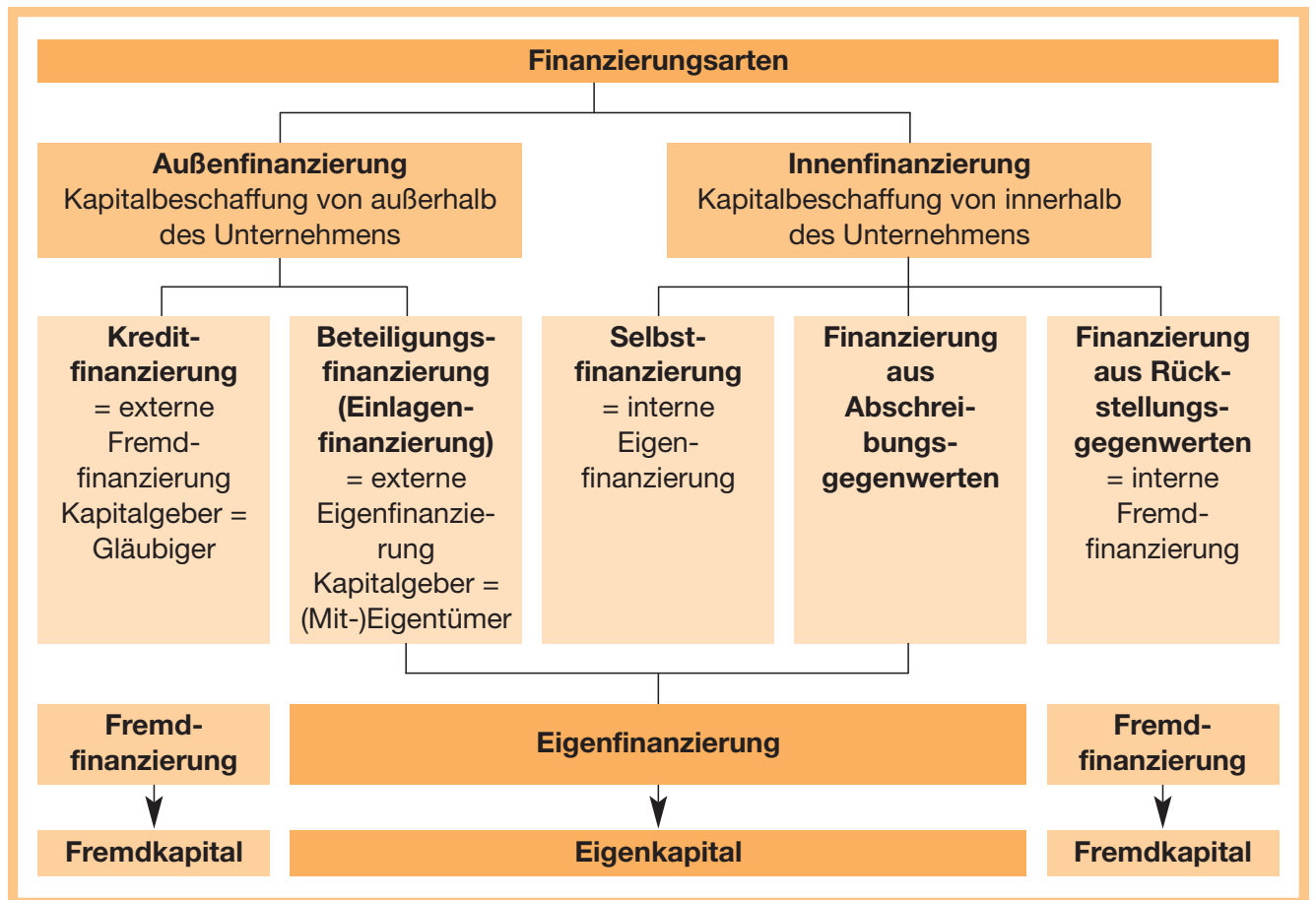
Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	68
10.12	Ermittlung des Kapitalbedarfs (Kapitalbedarfsrechnung)	1/1



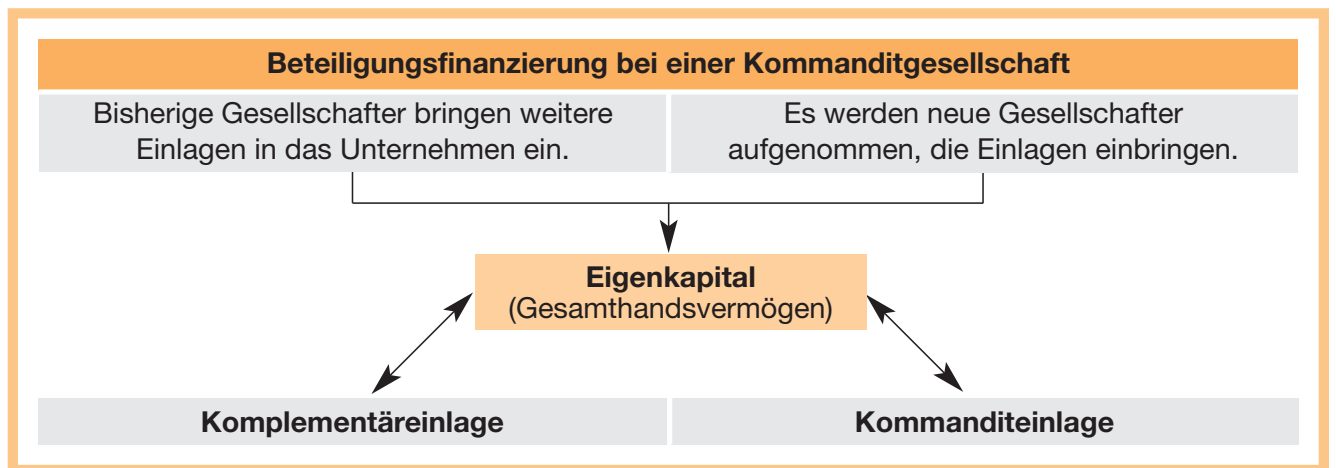
Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	69
10.13	Cashflow-Berechnung (Praktikerformel)	1/1

Cashflow-Berechnung (Praktikerformel)
Gewinn nach Steuern (Jahresüberschuss)
+ Abschreibungen
– Zuschreibungen
+ Erhöhung der langfristigen Rückstellungen
– Verminderung der langfristigen Rückstellungen
= Brutto-Cashflow
– Gewinnausschüttung
= Netto-Cashflow

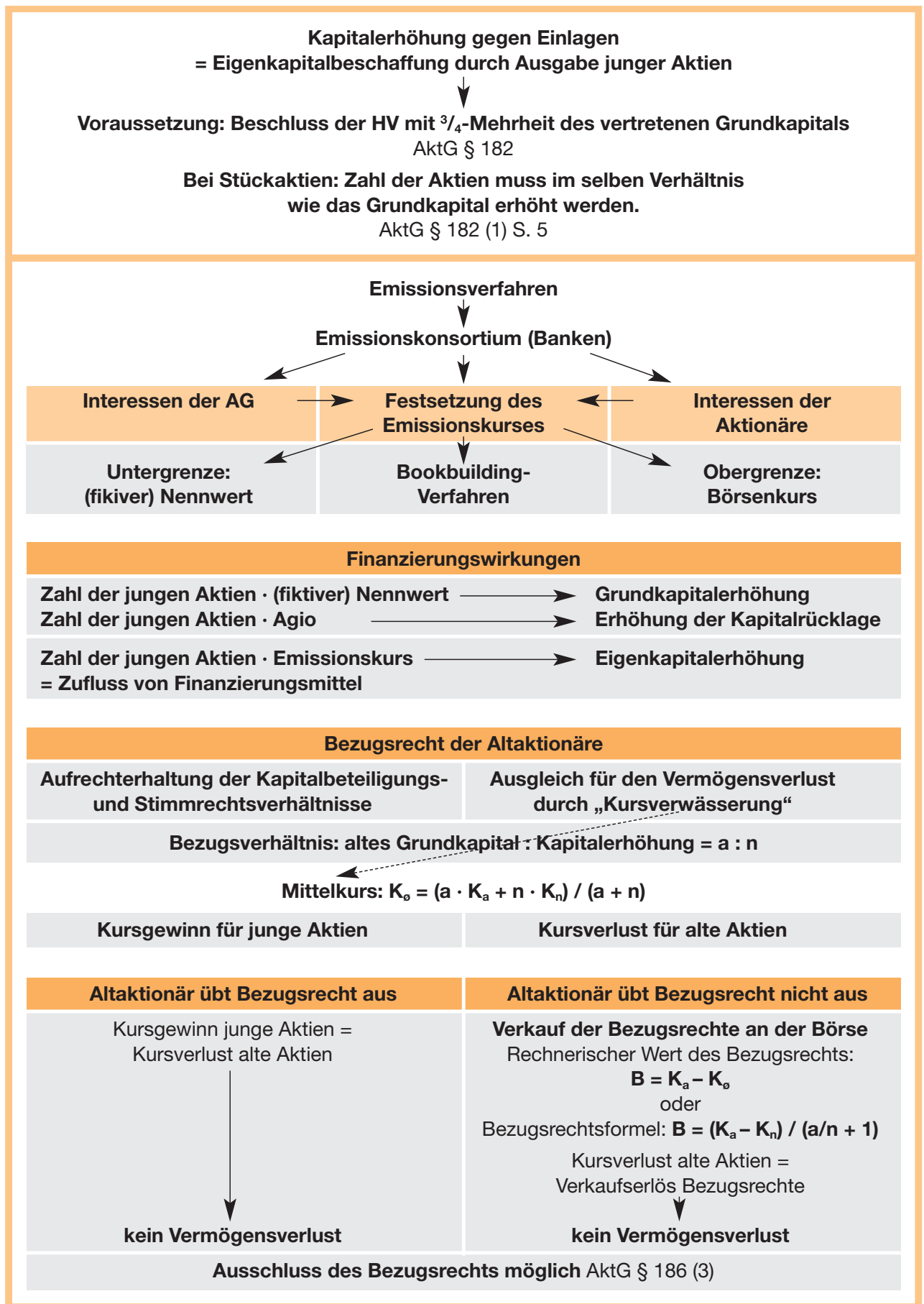
Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	70
10.14	Finanzierungsarten	1/1



Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	71
10.15	Beteiligungsfinanzierung am Beispiel einer Kommanditgesellschaft	1/1



Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	72
10.16	Beteiligungsfinanzierung am Beispiel einer Aktiengesellschaft: Kapitalerhöhung gegen Einlagen	1/1



Darlehen

BGB § 488 ff.

Darlehensformen nach Art der Tilgung

Festdarlehen (Einmaltilgung)	Abzahlungsdarlehen	Annuitätendarlehen
<ul style="list-style-type: none"> jährlich gleiche Zinszahlung Tilgung des Darlehens am Ende der Laufzeit in einer Summe 	<ul style="list-style-type: none"> jährlich gleiche Tilgungsbeträge jährlich fallende Zinszahlungen wegen der abnehmenden Restschuld fallende Jahresleistung bestehend aus Zins- und Tilgungsanteil 	<ul style="list-style-type: none"> jährlich fallende Zinszahlungen wegen der abnehmenden Restschuld jährlich steigende Tilgungszahlungen in Höhe der ersparten Zinsen gleich bleibende Jahresleistung (Annuität) bestehend aus Zins- und Tilgungsanteil
Effektivverzinsung $P_{\text{eff}} = \frac{\frac{d}{p_{\text{nom}} + n}}{\text{Auszahlungskurs}} \cdot 100$		
Liquiditätsbelastung insgesamt wesentlich höher als beim Abzahlungs- und Annuitätendarlehen Ursache: höhere Zinszahlungen	Liquiditätsbelastung insgesamt etwas niedriger als beim Annuitätendarlehen	Liquiditätsbelastung insgesamt etwas höher als beim Abzahlungsdarlehen
Liquiditätsbelastung in den Jahren vor der Tilgung erheblich niedriger als beim Abzahlungs- und Annuitätendarlehen	Liquiditätsbelastung in allen Jahren leicht fallend	Liquiditätsbelastung in allen Jahren gleich (Annuität)

Zinsen verringern den steuerpflichtigen Gewinn



Liquiditätsbelastung nach Steuern



Unterschiede bei der Liquiditätsbelastung verringern sich



Vergleichskriterien

Wie hoch ist die Liquiditätsbelastung insgesamt?	Wann erfolgt die Liquiditätsbelastung?
---	---



Ermittlung der Barwertsummen

= Betrag, der zum gegenwärtigen Zeitpunkt zinsbringend angelegt werden muss, um von diesem Betrag und den anfallenden Zinsen alle künftigen Zahlungen bestreiten zu können.

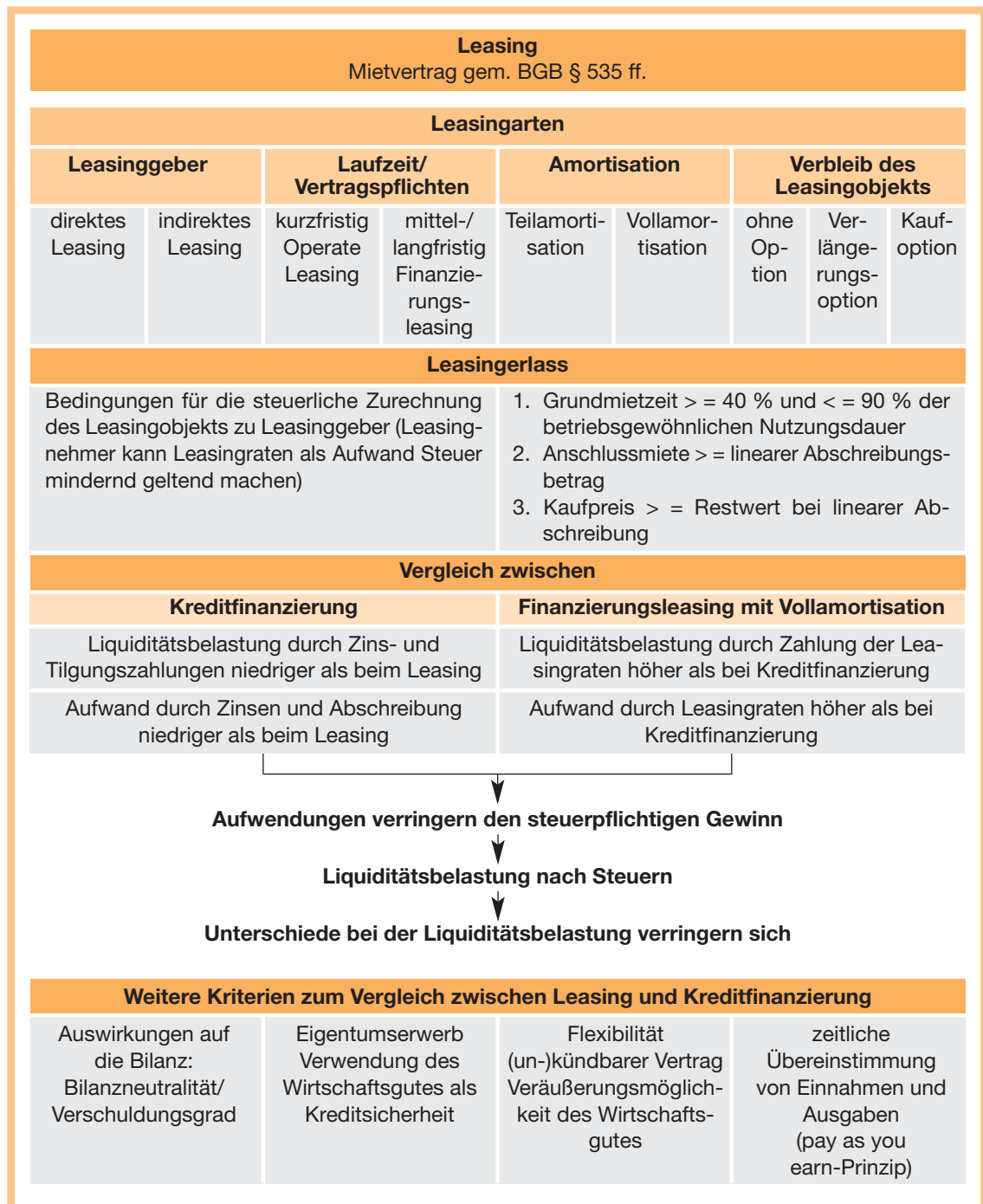
Barwertformel

$$K_o = \frac{K_n}{\left(1 + \frac{p}{100}\right)^n}$$

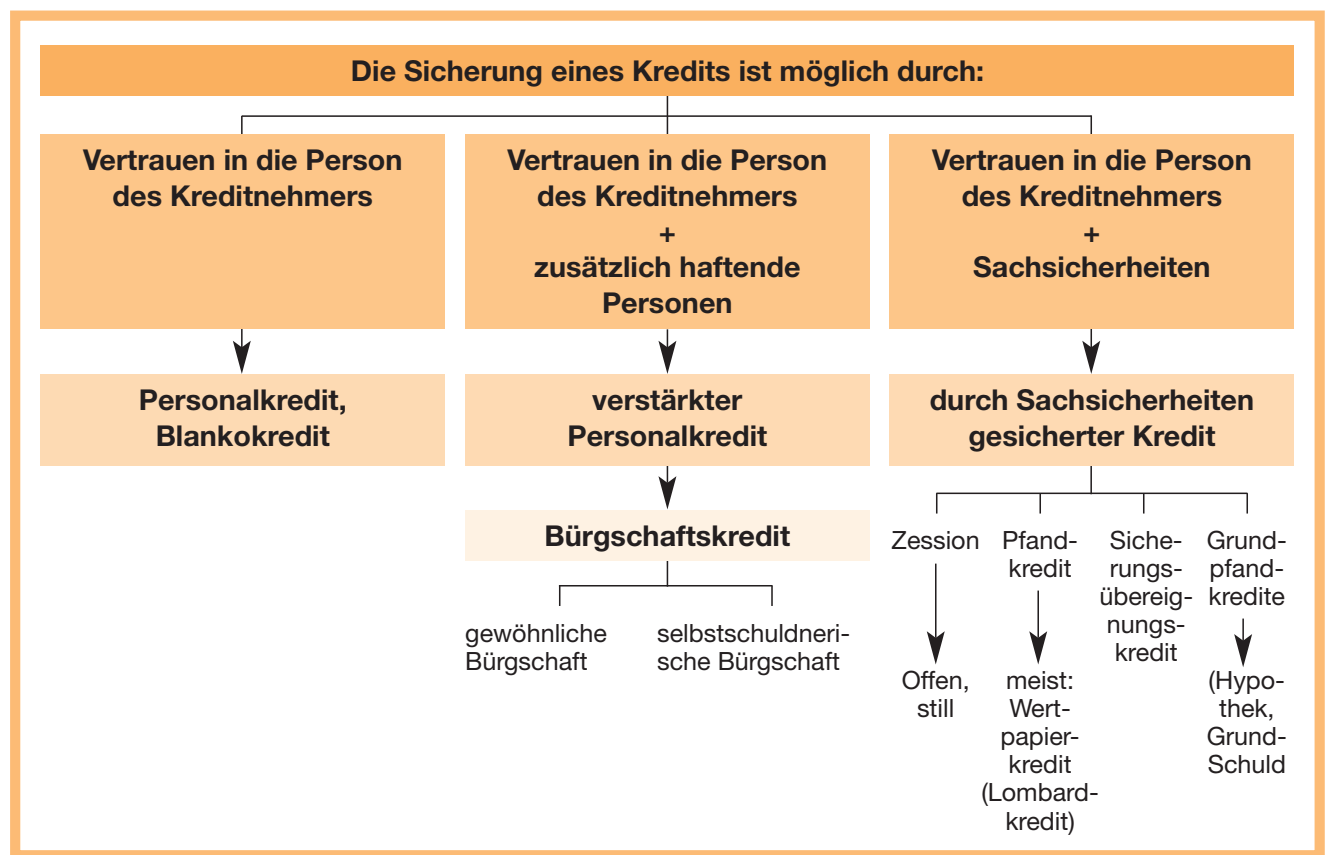
Je geringer die Barwertsumme eines Darlehens, desto vorteilhafter ist es.



Unterschiede bei der Belastung durch die verschiedenen Tilgungsformen verringern sich.

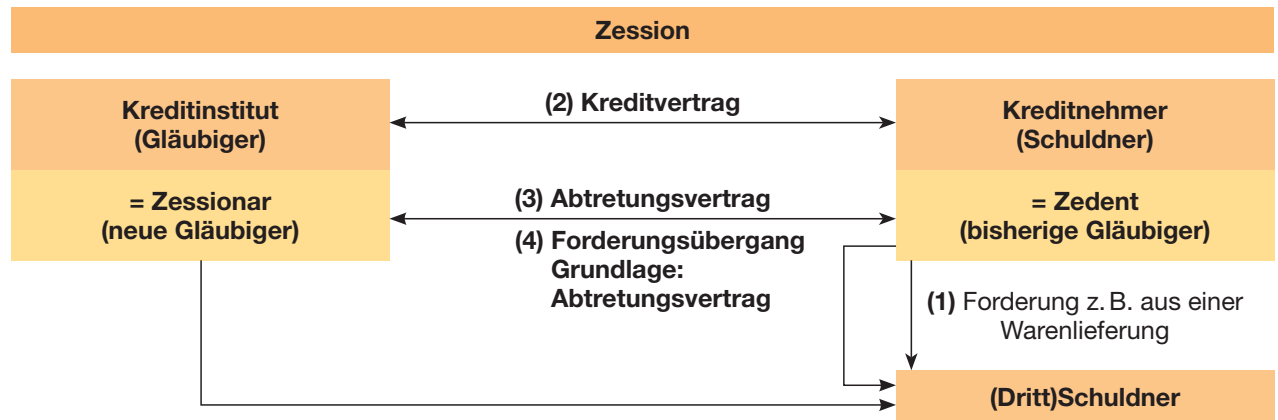


Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	75
10.19	Sicherung von Krediten	1/1

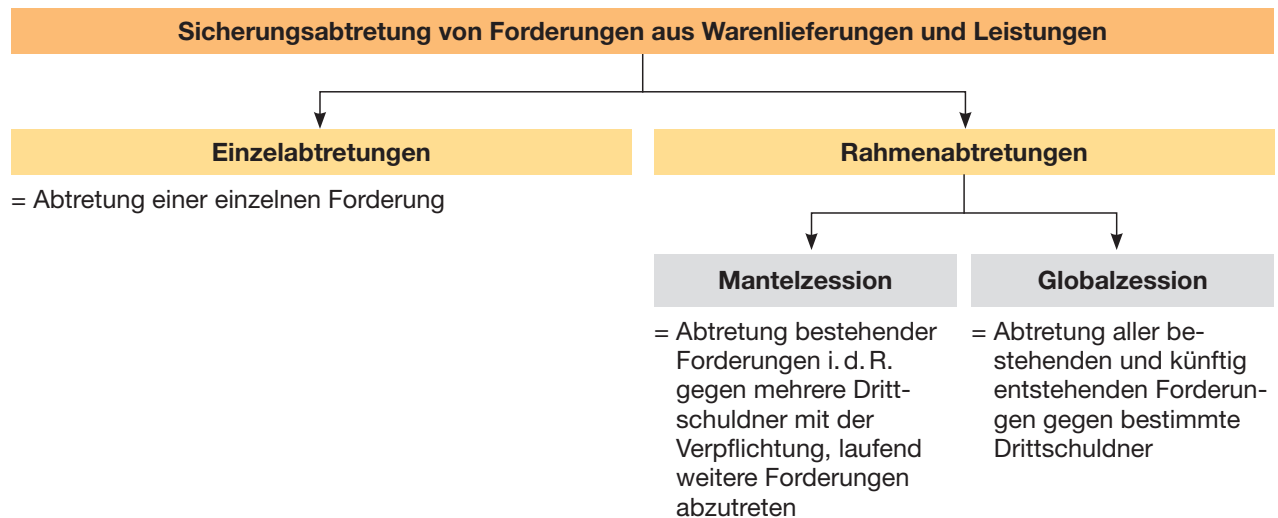


Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	76
10.20	Sicherungsabtretung von Forderungen (Zession)	1/1

Zessionskredit: Kreditnehmer überträgt seine Forderungen gegenüber einem Schuldner (Dritter) sicherungsweise an ein Kreditinstitut.

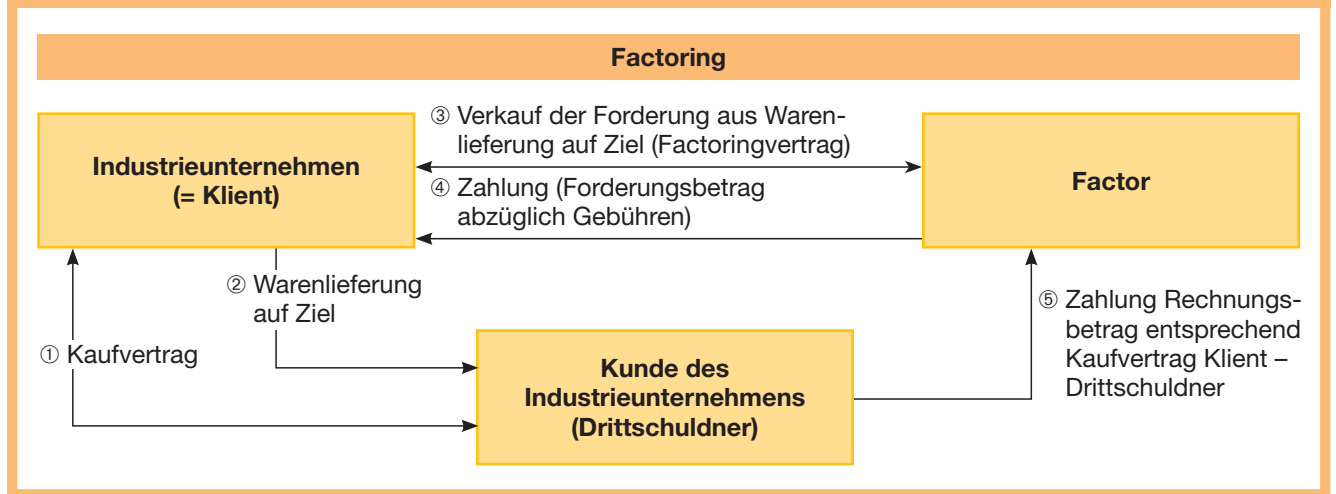


Möglichkeiten einer Sicherungsabtretung von Forderungen



Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	77
10.21	Factoring	1/1

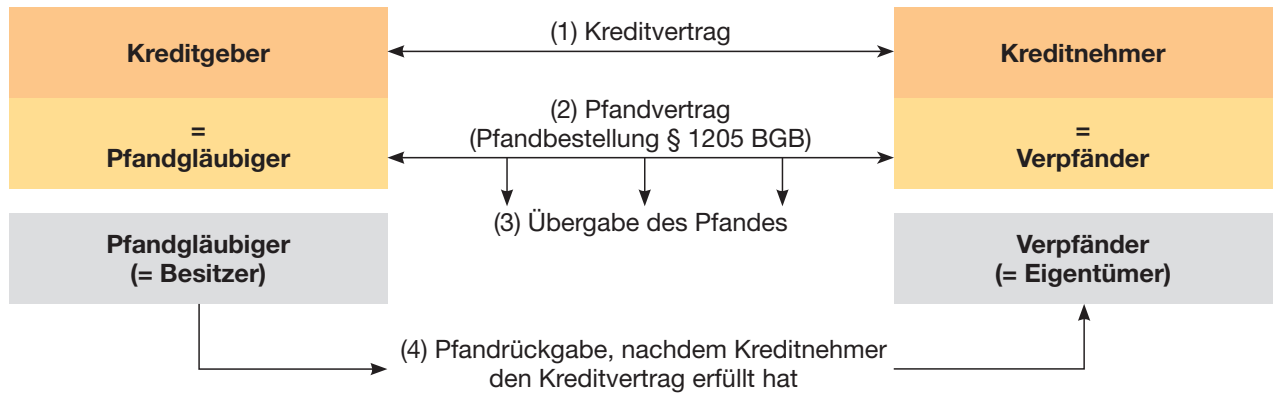
Factoring: Verkauf von Forderungen aus Warenlieferungen und Leistungen an ein Finanzierungsinstitut (Factor), z. B. eine Bank.



Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	78
10.22	Lombardkredit	1/1

Lombardkredit: Kredit, bei dem ein Kreditnehmer einem Kreditgeber (z. B. Bank) als Kreditsicherheit bewegliche Sachen (meist Wertpapiere) als Pfand übergibt.

Pfandrecht an beweglichen Sachen



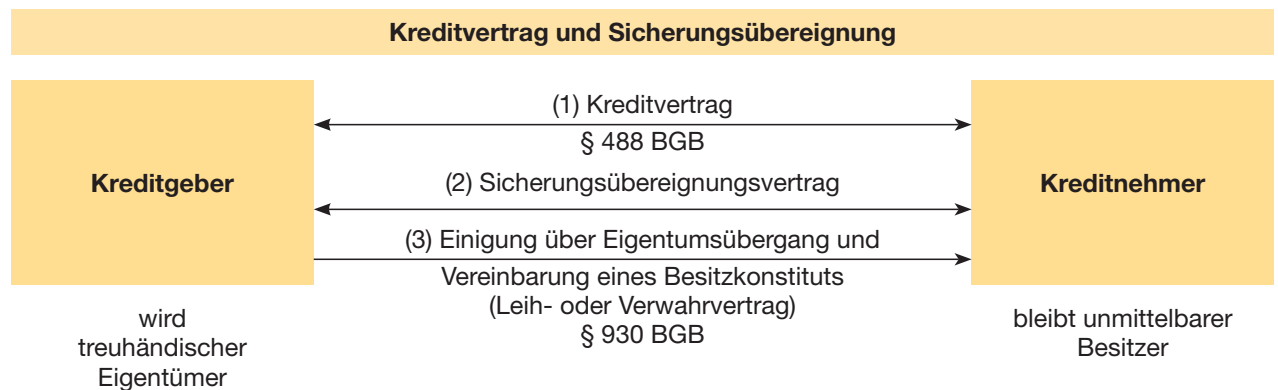
**Bei Nichterfüllung der Rückzahlungsverpflichtung des Kreditnehmers:
Pfandgläubiger ist berechtigt, das Pfand zu verkaufen.**

**Aber: Verkauf erst möglich nach einer Frist von einem Monat (ab Androhung) –
BGB §§ 1228, 1234 (1), 1234 (2)**

Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	79
10.23	Sicherungsübereignung	1/1

Sicherungsübereignung: Übertragung des Eigentums an einer beweglichen Sache an ein Kreditinstitut zur Sicherung eines Kredits.

Aber: Kreditgeber erwirbt lediglich ein treuhänderisches Eigentum und darf die sicherungsübereigneten Gegenstände nur dann verwerten, wenn der Kreditnehmer seine Verpflichtungen aus dem Kreditvertrag nicht erfüllt.



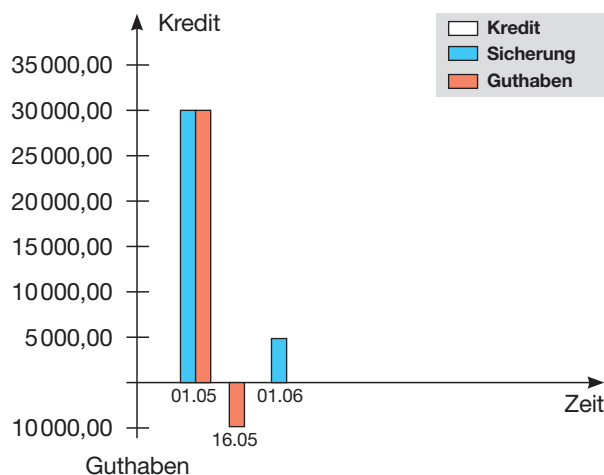
Risiken für den Kreditgeber:

- ① Weiterverkauf der sicherungsübereigneten Gegenstände an einen gutgläubigen Dritten
- ② Beschädigung oder Untergang
- ③ Preisverfall (Wertverlust)
- ④ Vermögensgegenstände sind bereits sicherungsübereignet
- ⑤ Kreditnehmer ist gar nicht Eigentümer, weil sich z. B. sein Lieferer das Eigentum am Sicherungsgegenstand bis zur vollständigen Bezahlung vorbehalten hat (Eigentumsvorbehalt).

Hypothek/Grundschuld: Pfandrechte an einem Grundstück, die im Grundbuch eingetragen sind

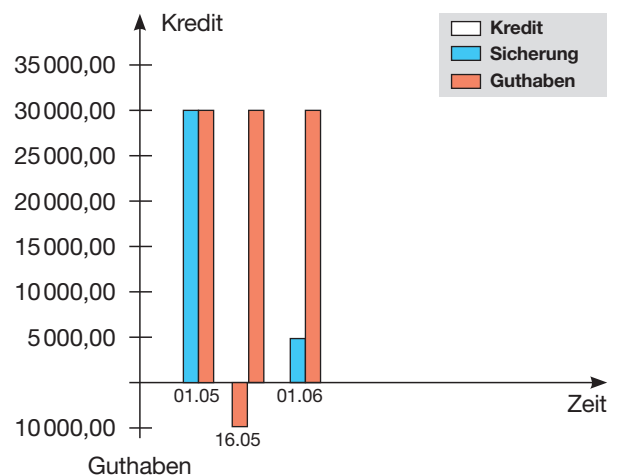
Hypothek	Grundschuld
Die Höhe der jeweiligen Forderung bestimmt die Höhe der Sicherheit. Wird der Kredit teilweise getilgt, sinkt die Hypothek entsprechend. Eine erneute Kreditaufnahme lässt die Hypothek nicht wieder aufleben.	Die Grundschuld ist abstrakt und damit von der Höhe der Forderung unabhängig. Wird der Kredit teilweise getilgt, bleibt die Grundschuld in Höhe des im Grundbuch eingetragenen Betrags bestehen.
Die Hypothek entsteht erst mit Auszahlung des Kreditbetrags durch die Bank. Zuvor ist sie Grundschuld, die dem Eigentümer zusteht (Eigentümergrundschuld).	Die Grundschuld entsteht – unabhängig vom Zeitpunkt der Auszahlung des Kreditbetrages – mit der Eintragung ins Grundbuch.
Wurde der Kredit einschließlich Zinsen zurückbezahlt, so wird die Hypothek zu einer Eigentümergrundschuld.	Die Grundschuld bleibt auch bei vollständiger Tilgung des Kredits bestehen. Sie steht aber dem Eigentümer zu (Eigentümergrundschuld).

Dinglicher Anspruch, wenn im Grundbuch eine **Verkehrshypothek** in Höhe von 30 000 EUR eingetragen wurde:



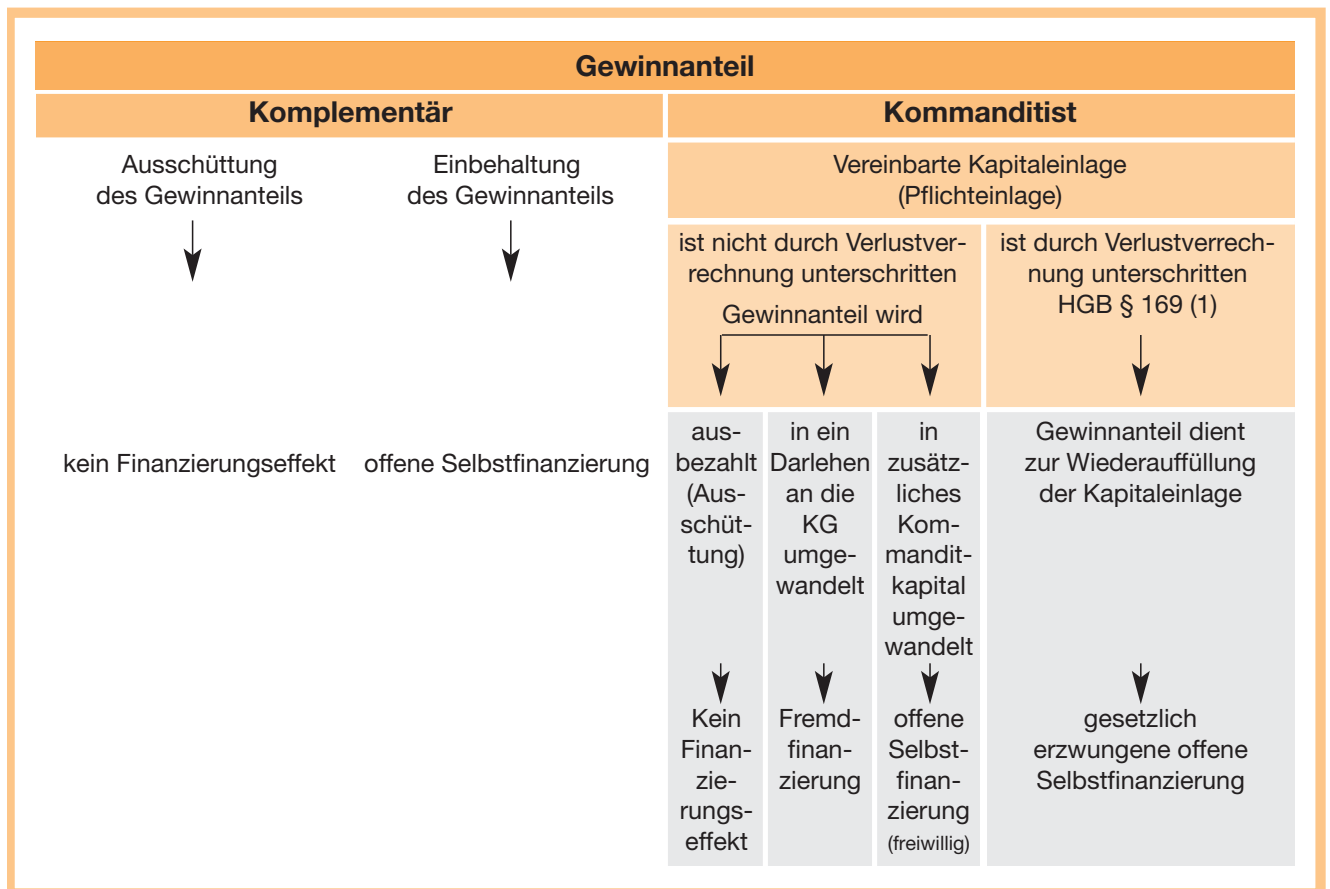
Ergebnis: Am 01.06. hat die Bank **keinen** dinglichen Anspruch aus der Kreditgewährung. Die Hypothek wird zur (unechten) Eigentümergrundschuld.

Dinglicher Anspruch, wenn im Grundbuch eine **Grundschuld** in Höhe von 30 000 EUR eingetragen wurde:

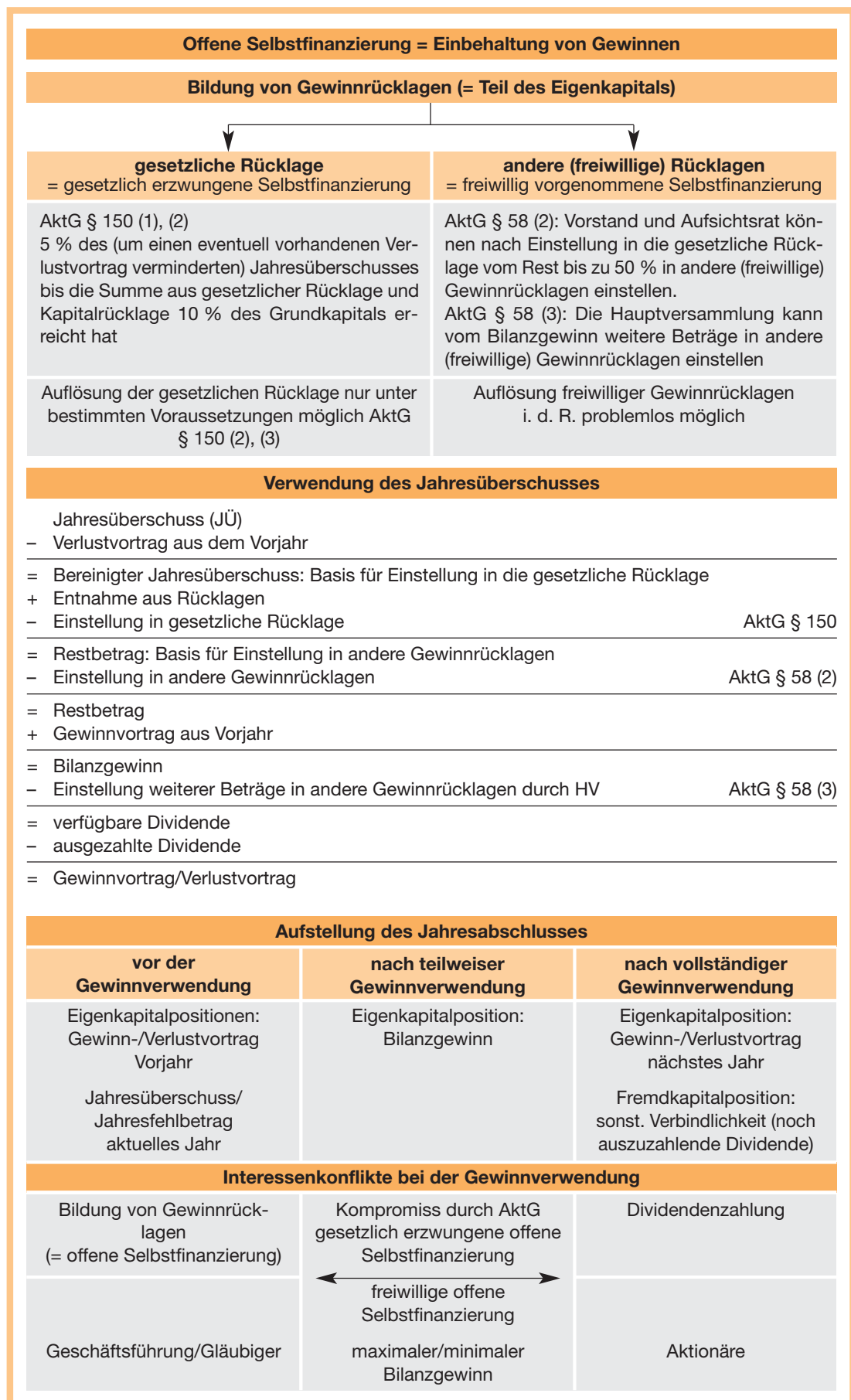


Ergebnis: Die Grundschuld besteht völlig unabhängig von einer persönlichen Forderung. Eine Änderung der Forderungshöhe ist ohne Einfluss auf die Grundschuld („**Grundschuld ohne Schuldgrund**“). Ungeachtet einer eventuellen Tilgung bleibt die Grundschuld in Höhe von 30 000 EUR bestehen.

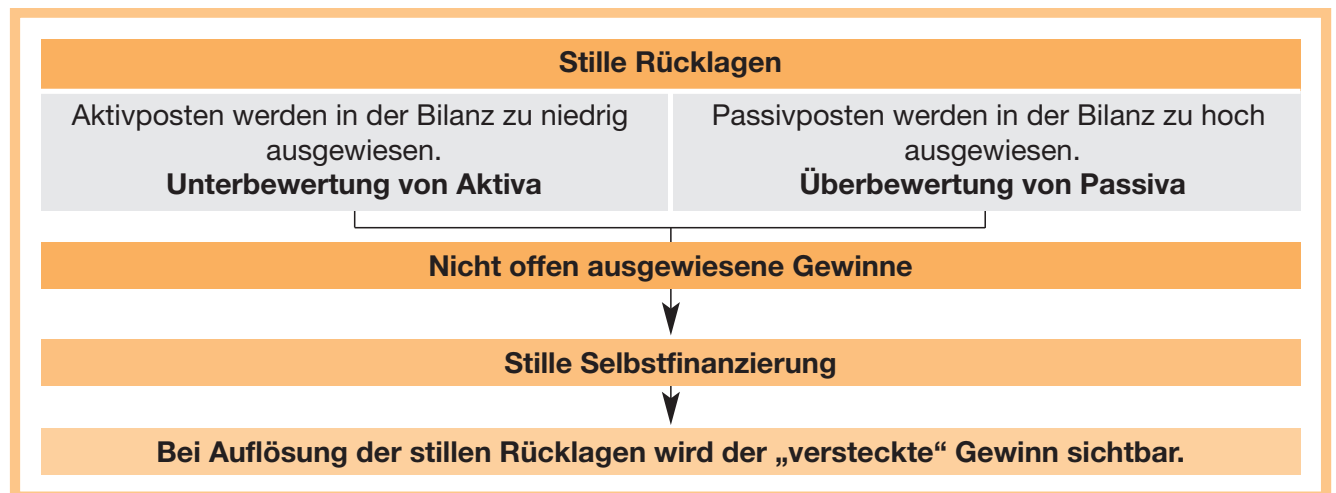
Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	81
10.25	Offene Selbstfinanzierung am Beispiel einer Kommanditgesellschaft	1/1

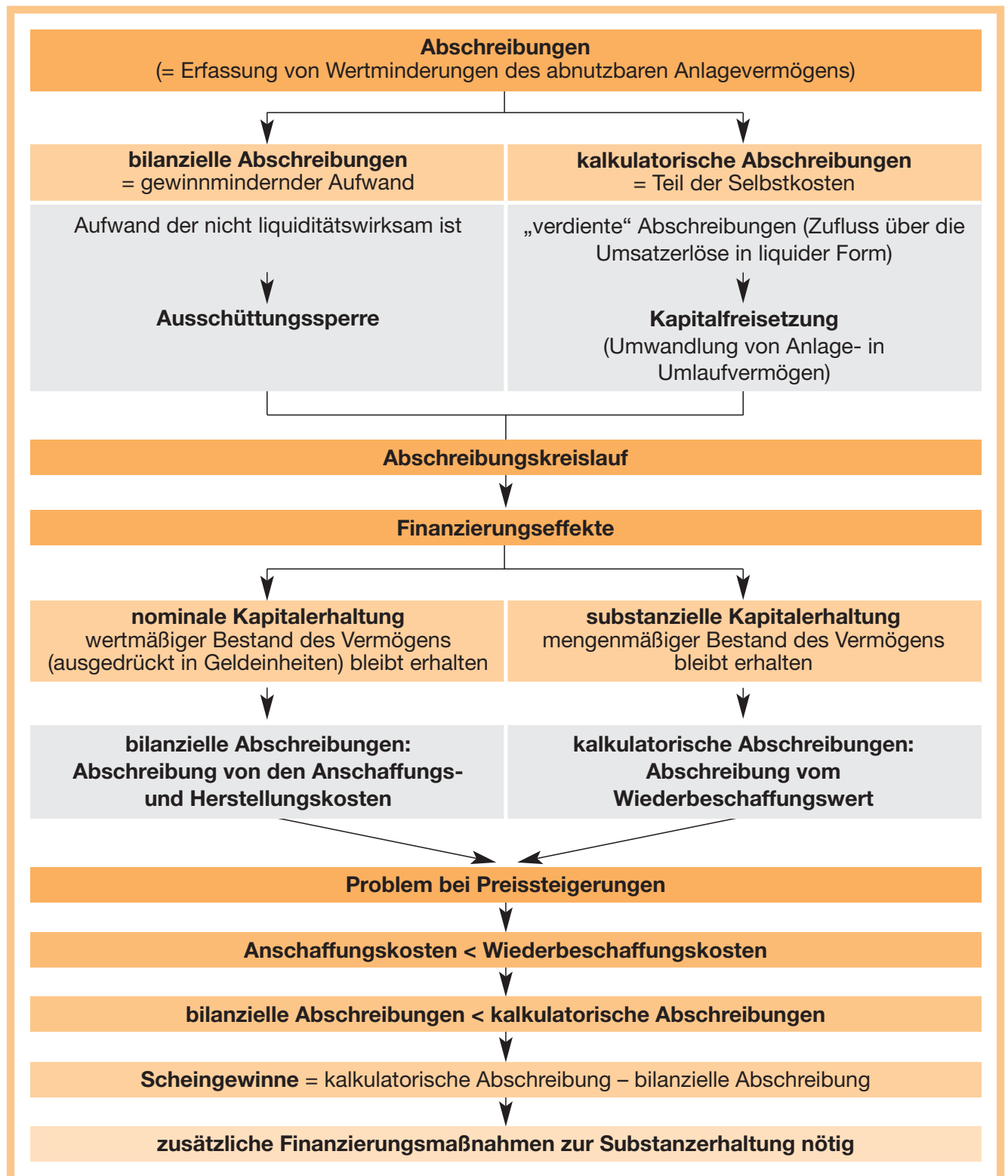


Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	82
10.26	Offene Selbstfinanzierung am Beispiel einer Aktiengesellschaft	1/1

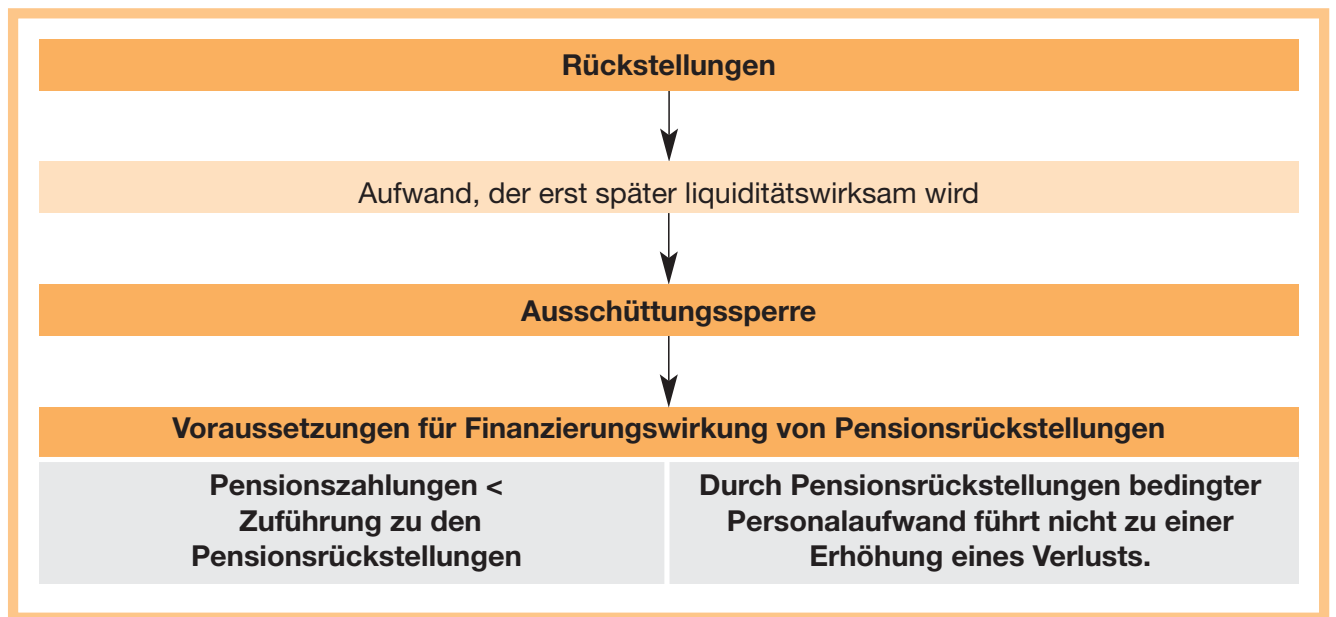


Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	83
10.27	Bildung stiller Rücklagen – Stille Selbstfinanzierung	1/1





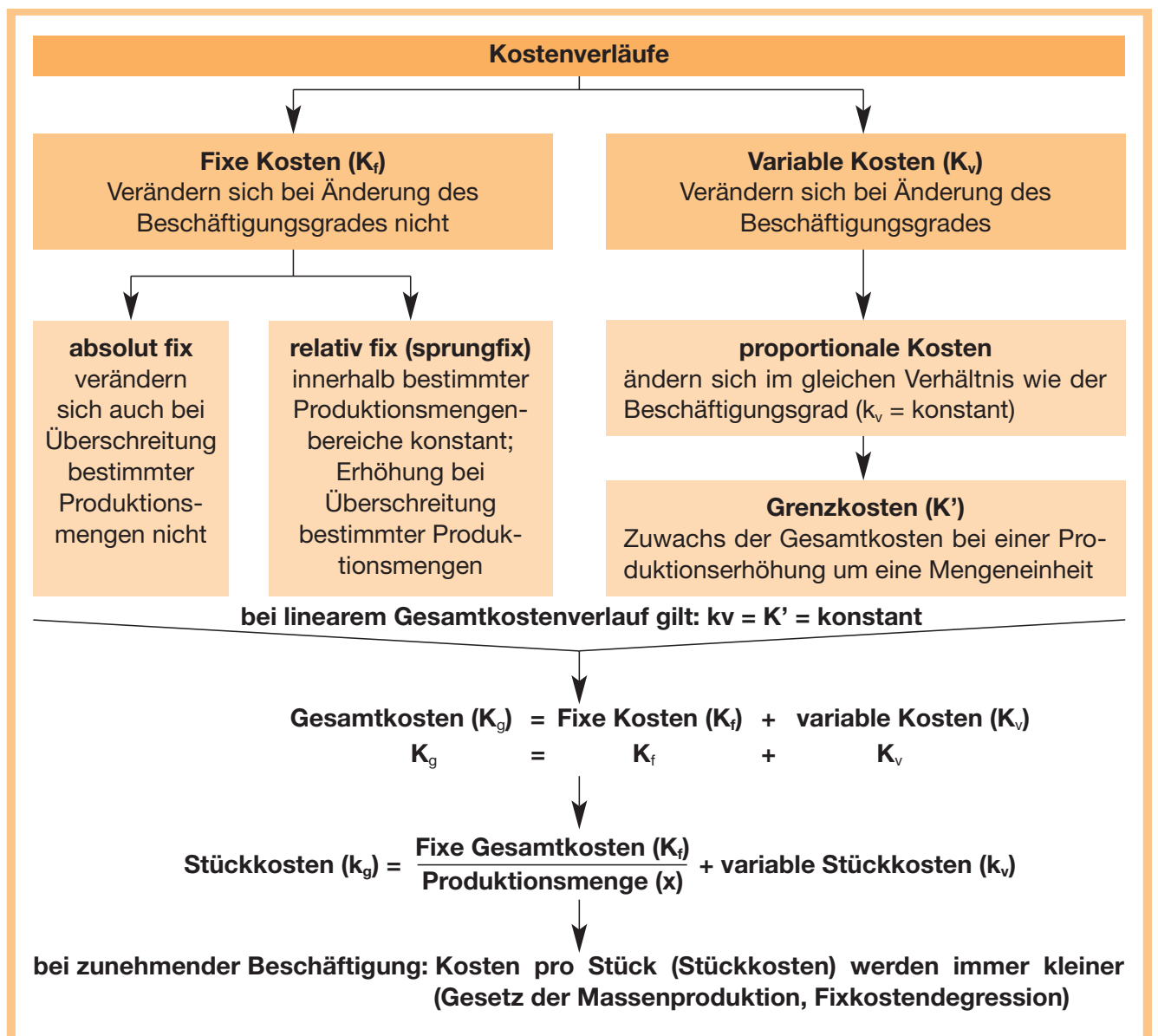
Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	85
10.29	Finanzierung aus Rückstellungsgegenwerten	1/1



Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	86
10.30	Auswertung der Bilanz (Bilanzanalyse)	1/1

Bilanzkennzahlen		
Kapitalstruktur	Finanzierung	Liquidität
Eigenkapitalquote $= \frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Gesamtkapital}} \cdot 100$	Goldene Finanzierungsregel $= \frac{\text{langfristiges Kapital}}{\text{langfristiges Vermögen}} \geq 1$	Liquidität 1 $= \frac{\text{liquide Mittel}}{\text{kurzfr. Verbindlichk.}} \cdot 100$
Fremdkapitalquote $= \frac{\text{Fremdkapital}}{\text{Gesamtkapital}} \cdot 100$	Goldene Bilanzregel $= \frac{\text{Eigenkap. + langfr. Fremdkapital}}{\text{Anlageverm. + langfr. Umlaufvermögen}} \geq 1$	Liquidität 2 $= \frac{\text{liquide Mittel + kurzfr. Forderungen}}{\text{kurzfr. Verbindlichk.}} \cdot 100$
Verschuldungsgrad $= \frac{\text{Fremdkapital}}{\text{Eigenkapital}} \cdot 100$	Anlagendeckungsgrad I $= \frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Anlagevermögen}} \cdot 100$	Liquidität 3 $= \frac{\text{Umlaufvermögen}}{\text{kurzfr. Verbindlichk.}} \cdot 100$
Bilanzkurs <div style="display: flex; align-items: center;"> <div style="margin-right: 10px;"> in % $\frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Grundkapital}} \cdot 100$ </div> <div> Eigenkapital je Aktie $\frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Zahl der Aktien}}$ </div> </div>	Anlagendeckungsgrad II $= \frac{\text{Eigenkapital + langfr. Fremdkapital}}{\text{Anlagevermögen}} \cdot 100$	

Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	87
12.1	Kostenverläufe	1/1



Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	88
12.2	Kostenauflösung	1/1

Kostenauflösung

(= Aufspaltung der Gesamtkosten in deren fixe und variable Bestandteile)



Verfahren



- 1 Ermittlung der Gesamtkosten für 2 Beschäftigungsgrade
- 2 Berechnungen:
 1. variable Stückkosten
 2. variable Gesamtkosten
 3. fixe Gesamtkosten

Formeln:

$$1. \text{ Variable Kosten pro Stück } (k_v) = \frac{\text{Kostenzunahme}}{\text{Produktionszunahme}} = \frac{K_2 - K_1}{x_2 - x_1}$$

$$2. \text{ Variable Gesamtkosten } (K_v) = \text{variable Kosten pro Stück } (k_v) \cdot \text{Produktionsmenge}$$

$$= k_v \cdot x$$

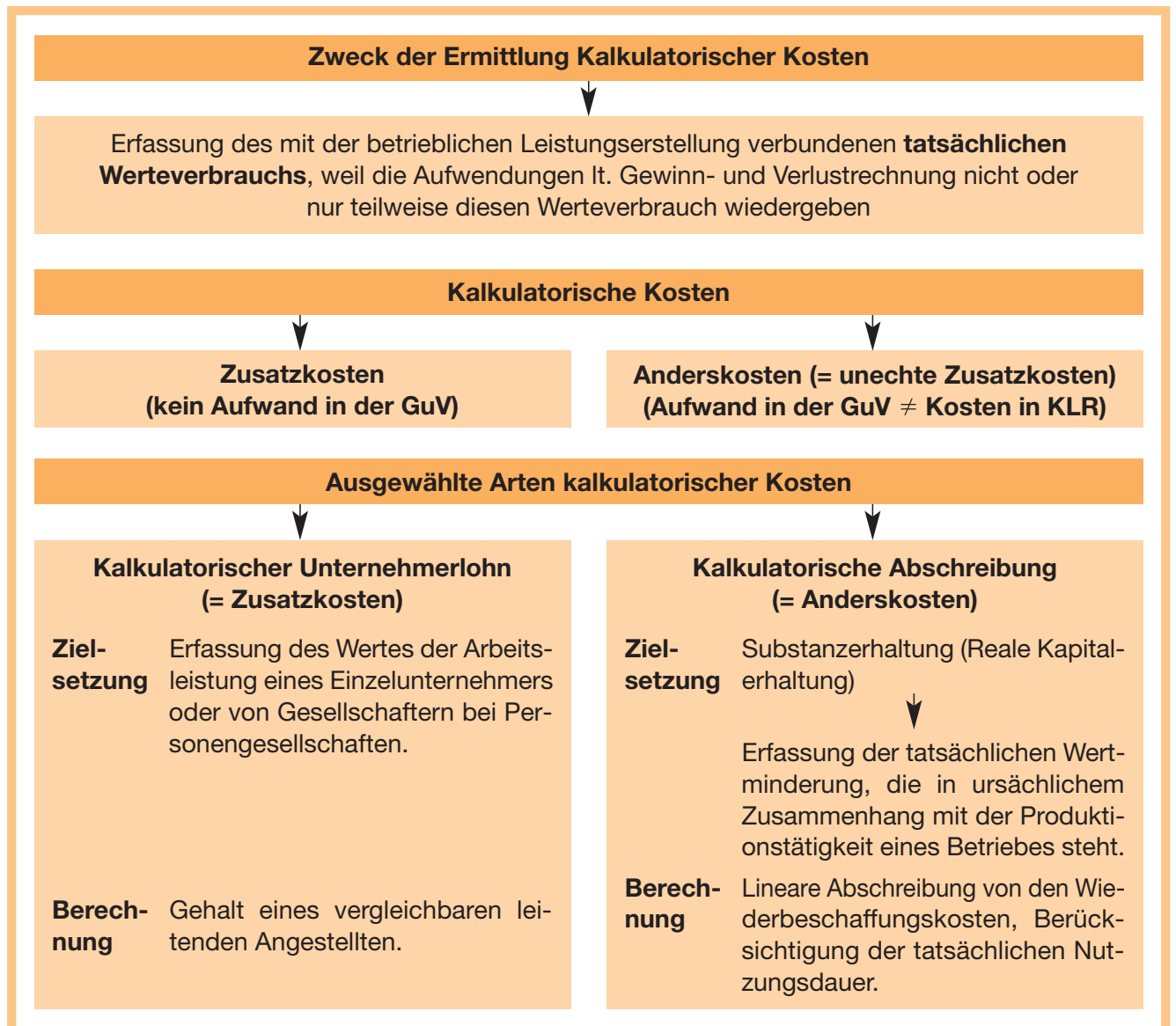
$$3. \text{ Fixe Gesamtkosten } (K_f) = \text{Gesamtkosten } (K_g) - (k_v \cdot x)$$

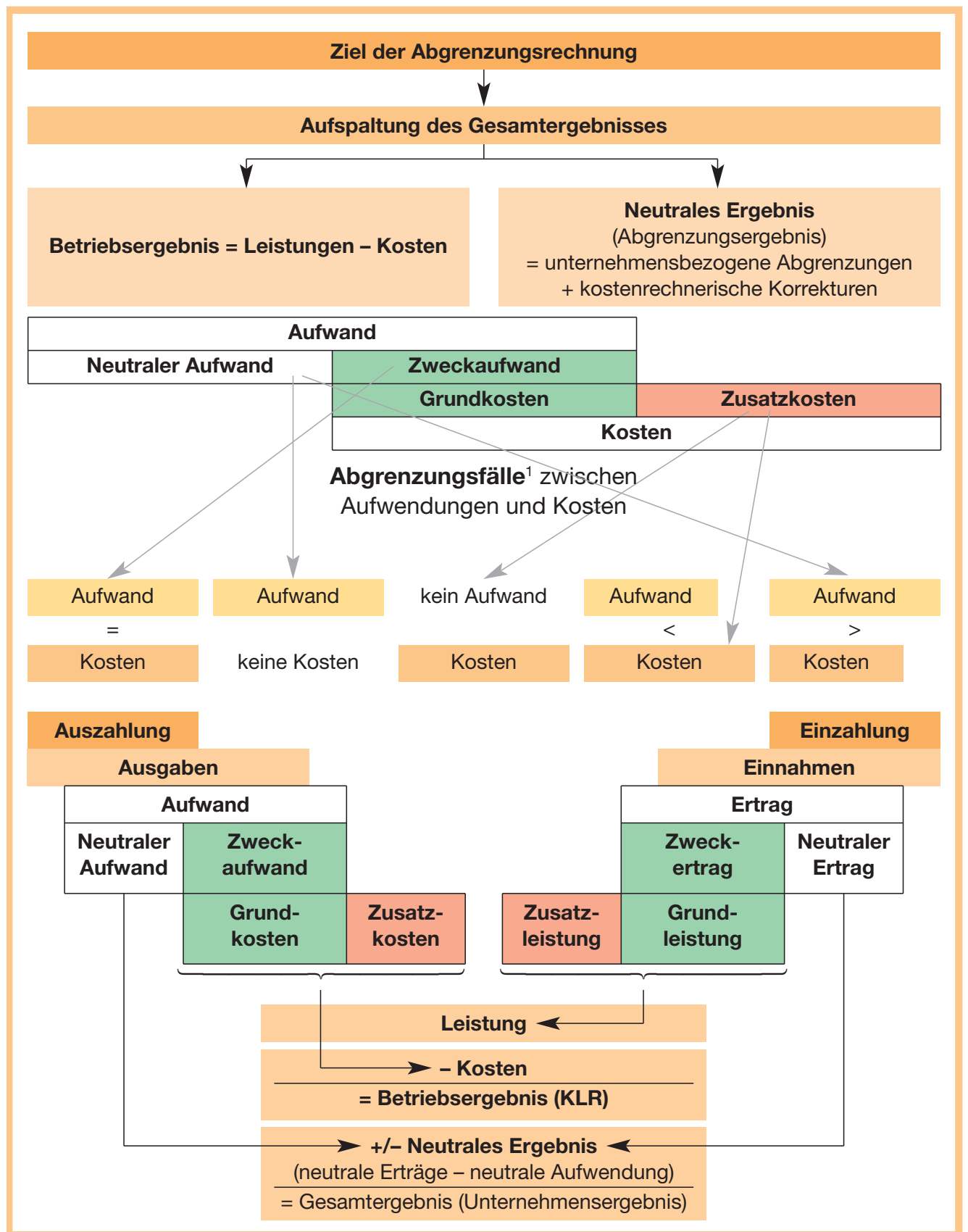
Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	89
12.3	Kosten und Gewinn	1/1

**Kostenverläufe und besondere Gewinnsituationen bei
proportionalen Gesamtkosten (linearer Verlauf der Gesamtkostenkurve)**

Verlauf der Gesamtkosten je Stück: $k_g = k_f + k_v$	degressiv fallend (k_g sind höher als k_v)
Verlauf der variablen Stückkosten (k_v)	konstant $\left. \begin{array}{l} \\ \end{array} \right\} k_v = K'$
Grenzkosten (K')	
Gewinnmaximum	Beschäftigungsgrad 100 % (Kapazitätsgrenze), wenn bei dieser Ausbringungsmenge E größer als K
Gewinnschwelle	Schnittpunkt zwischen Erlös- und Kostenkurve ($E = K$)

Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	90
12.4	Kalkulatorische Kosten	1/1





1 Die Nummerierung der Fälle bezieht sich auf die Beispiele auf S. 41

Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	92
12.6	Kostenträgerstückrechnung (Kalkulation)	1/1

Aufgaben der Kostenträgerstückrechnung

Ermittlung

- des Mindestangebotspreises (Kostendeckung)
- des Mindesterlöses (Erzielung eines Mindestgewinns)
- der Höchstgrenze für Material-, Fertigungs- und Herstellkosten
- des Wertes zur Bewertung von Inventurbeständen an unfertigen und fertigen Erzeugnissen sowie innere betrieblichen Eigenleistungen

Vergleich

- der auf den Kosten der Vorkalkulation basierenden Angebotspreise mit den tatsächlichen Kosten

Kalkulationsverfahren

Anwendung

Divisionskalkulation

Produktion völlig gleichartiger
Erzeugnisse

Berechnung

$$\text{Stückkosten} = \frac{\text{Gesamtkosten}}{\text{hergestellte Stückzahl}}$$

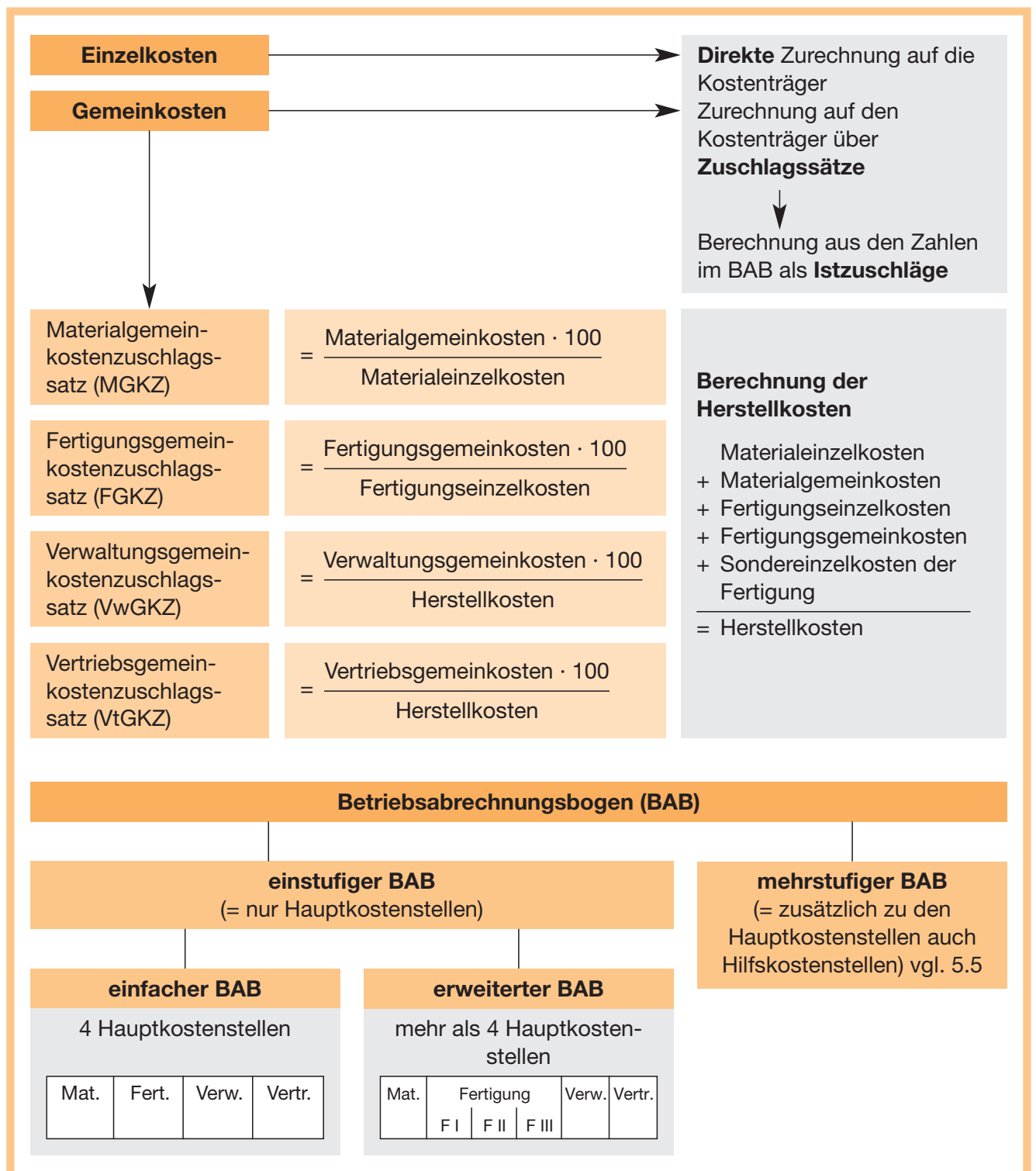
Zuschlagskalkulation

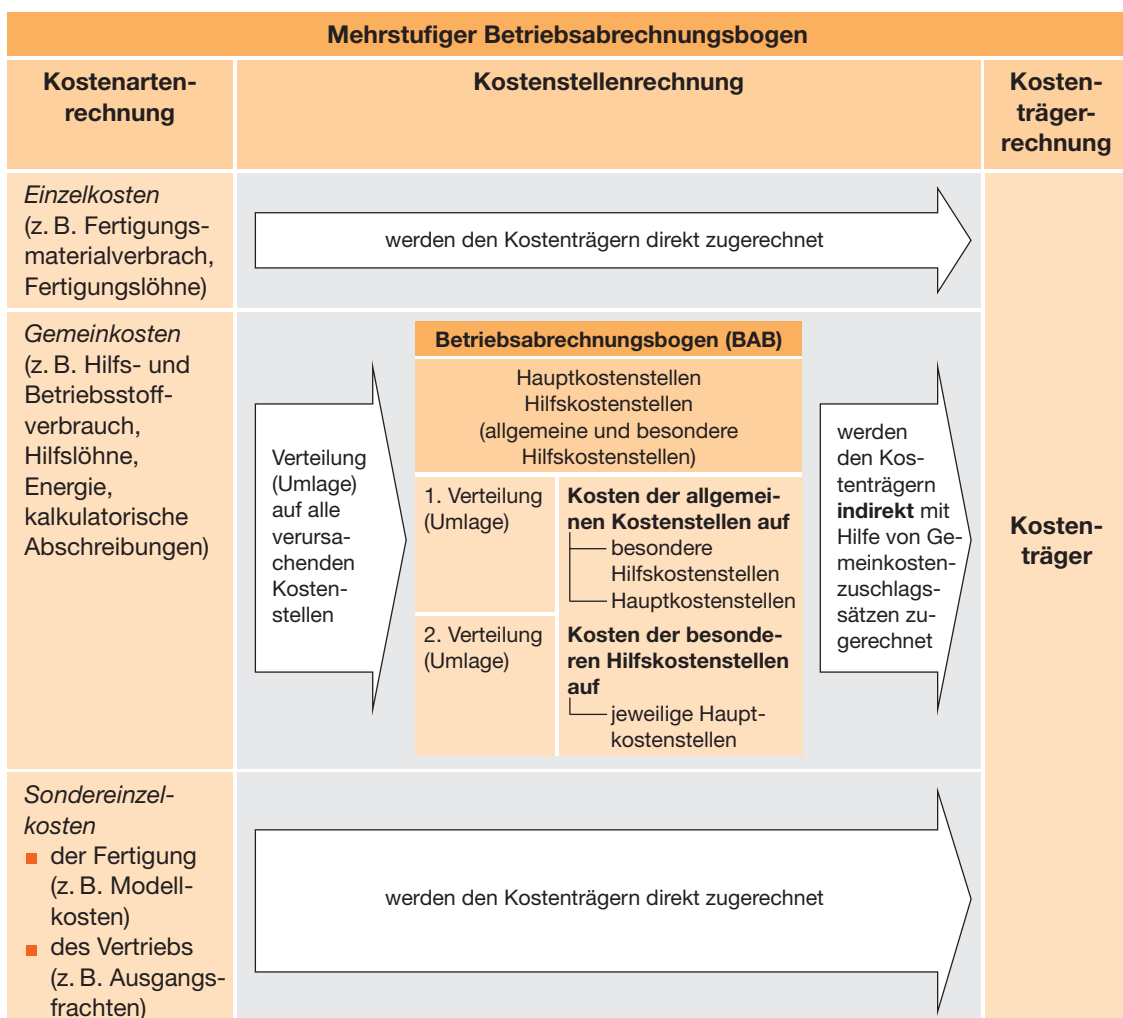
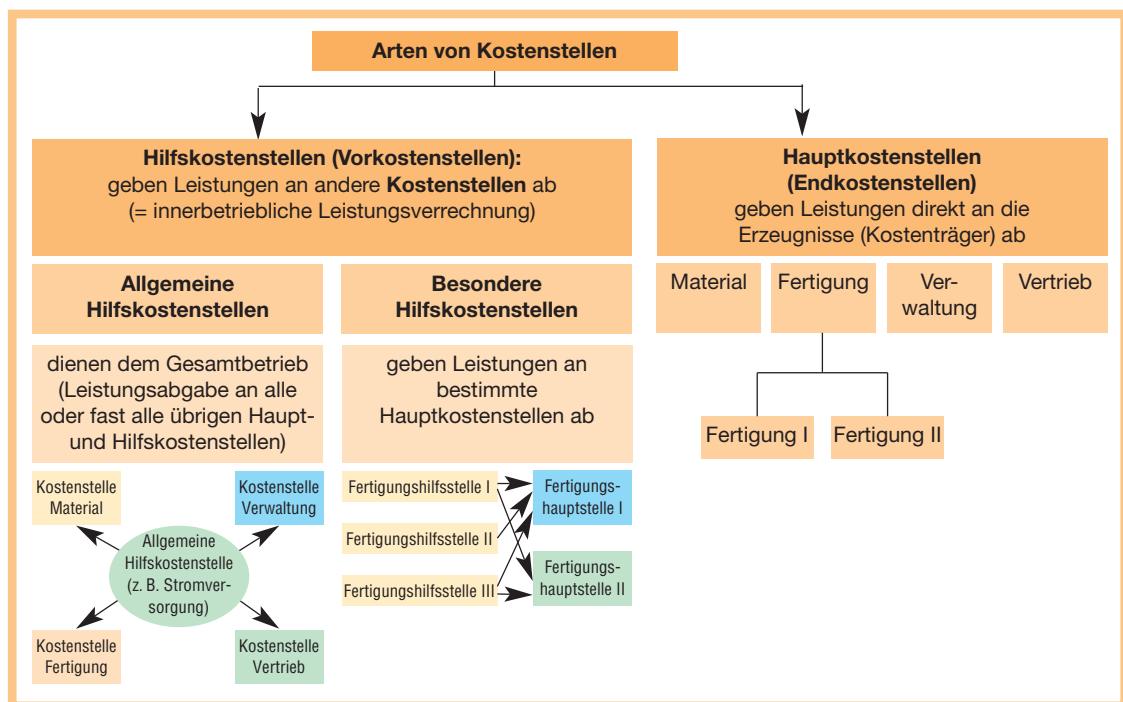
Produktion völlig verschieden-
artiger Erzeugnisse (heterogenes
Produktionsprogramm)

Den Kostenträgern werden die
Einzelkosten direkt und die
Gemeinkosten mittels
Zuschlagssätzen zugerechnet.

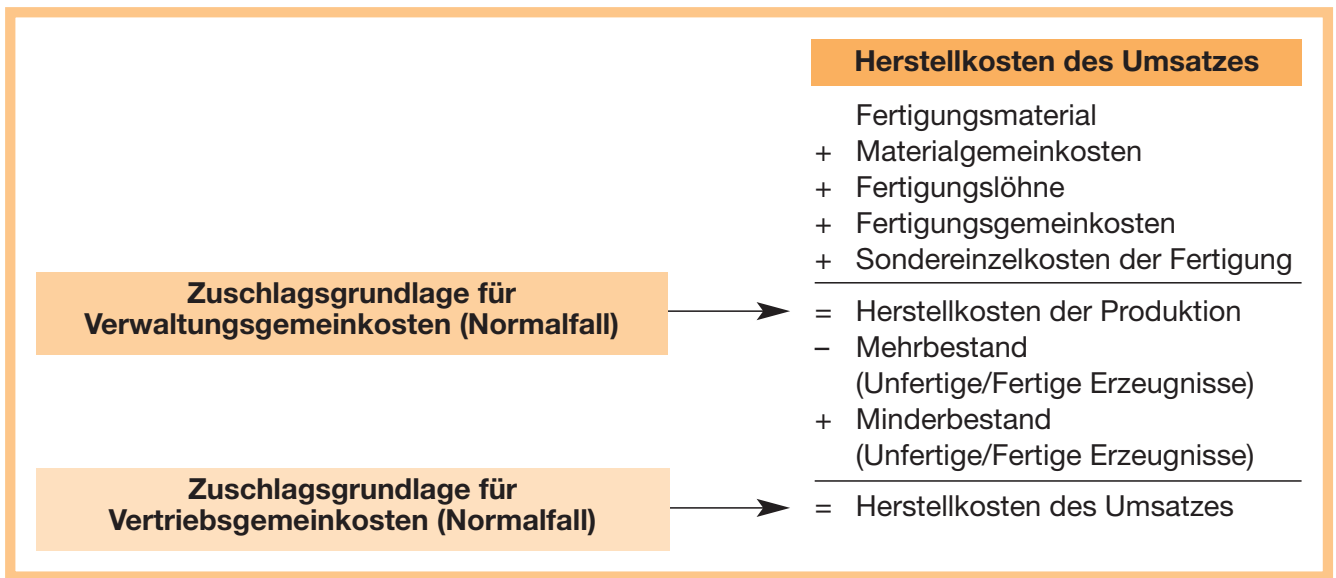
Vorwärts-, Rückwärts- und Differenzkalkulation

	Vorwärtskalkulation (Verkaufskalkulation)	Rückwärtskalkulation (kalkulatorische Rückrechnung)	Differenzkalkulation
Ziel	Ermittlung des kalkulierten Verkaufspreises (Angebotspreis)	Ermittlung der Kosten, die für Fertigungsmaterial höchstens anfallen dürfen	Ermittlung des Gewinns- oder des Gewinnzuschlags bei gegebenen Kosten und gegebenem Verkaufspreis
Berechnungs- schema	Fertigungsmaterial + Material-gemeinkosten v. H. = Materialkosten Fertigungslöhne + Fertigungs-gemeinkosten v. H. = Fertigungskosten = Herstellkosten + Verwaltungs-gemeinkosten v. H. + Vertriebs-gemeinkosten v. H. = Selbstkosten + Gewinn v. H. = Barverkaufspreis + Kundenskonto und ggf. Vertreter-provision i. H. = Zielverkaufspreis + Kundenrabatt i. H. = Listenverkaufspreis netto	Fertigungsmaterial + Material-gemeinkosten a. H. = Materialkosten Fertigungslöhne + Fertigungs-gemeinkosten a. H. = Fertigungskosten = Herstellkosten + Verwaltungs-gemeinkosten a. H. + Vertriebs-gemeinkosten a. H. = Selbstkosten + Gewinn a. H. = Barverkaufspreis + Kundenskonto und ggf. Vertreter-provision i. H. = Zielverkaufspreis + Kundenrabatt v. H. = Listenverkaufspreis netto	Fertigungsmaterial + Material-gemeinkosten v. H. = Materialkosten Fertigungslöhne + Fertigungs-gemeinkosten v. H. = Fertigungskosten = Herstellkosten + Verwaltungs-gemeinkosten v. H. + Vertriebs-gemeinkosten v. H. = Selbstkosten + Gewinn = Barverkaufspreis + Kundenskonto und ggf. Vertreter-provision i. H. = Zielverkaufspreis + Kundenrabatt v. H. = Listenverkaufspreis netto

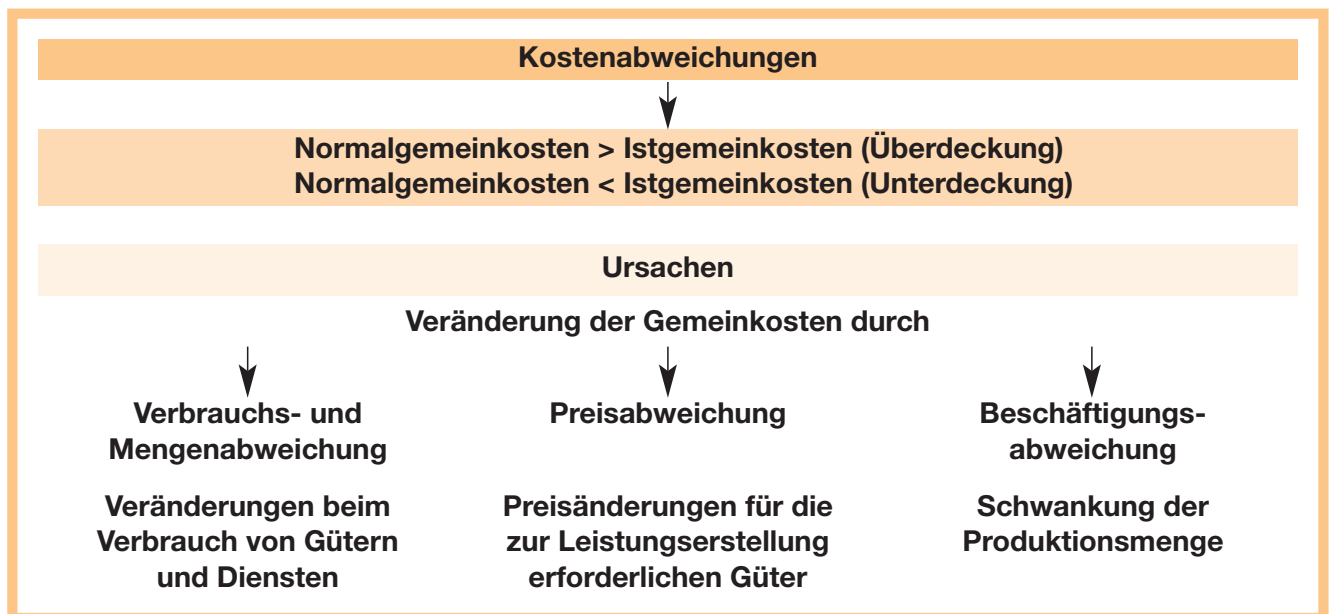
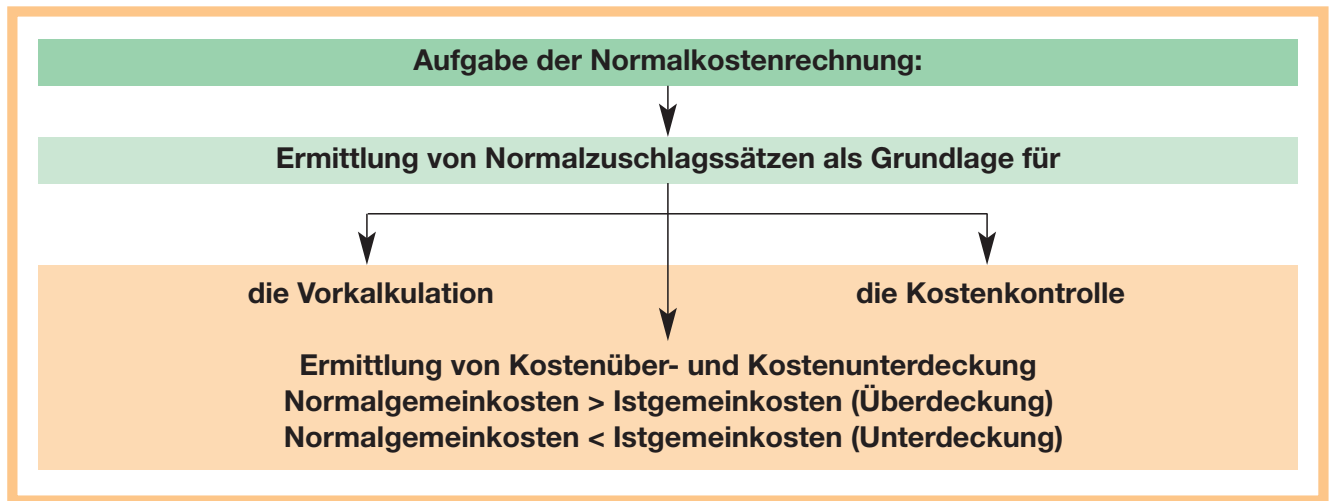




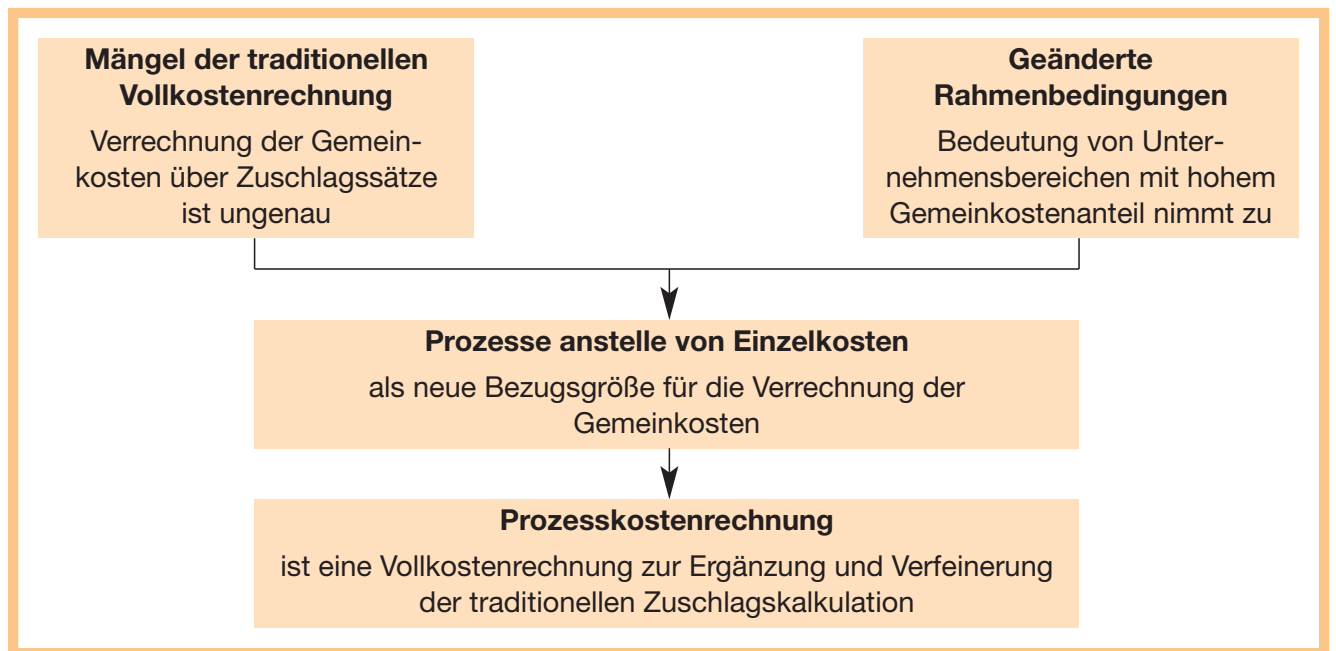
Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	95
12.9	Auswirkungen von Bestandsveränderungen auf die Zuschlagssätze – Ermittlung der Selbstkosten des Umsatzes	1/2



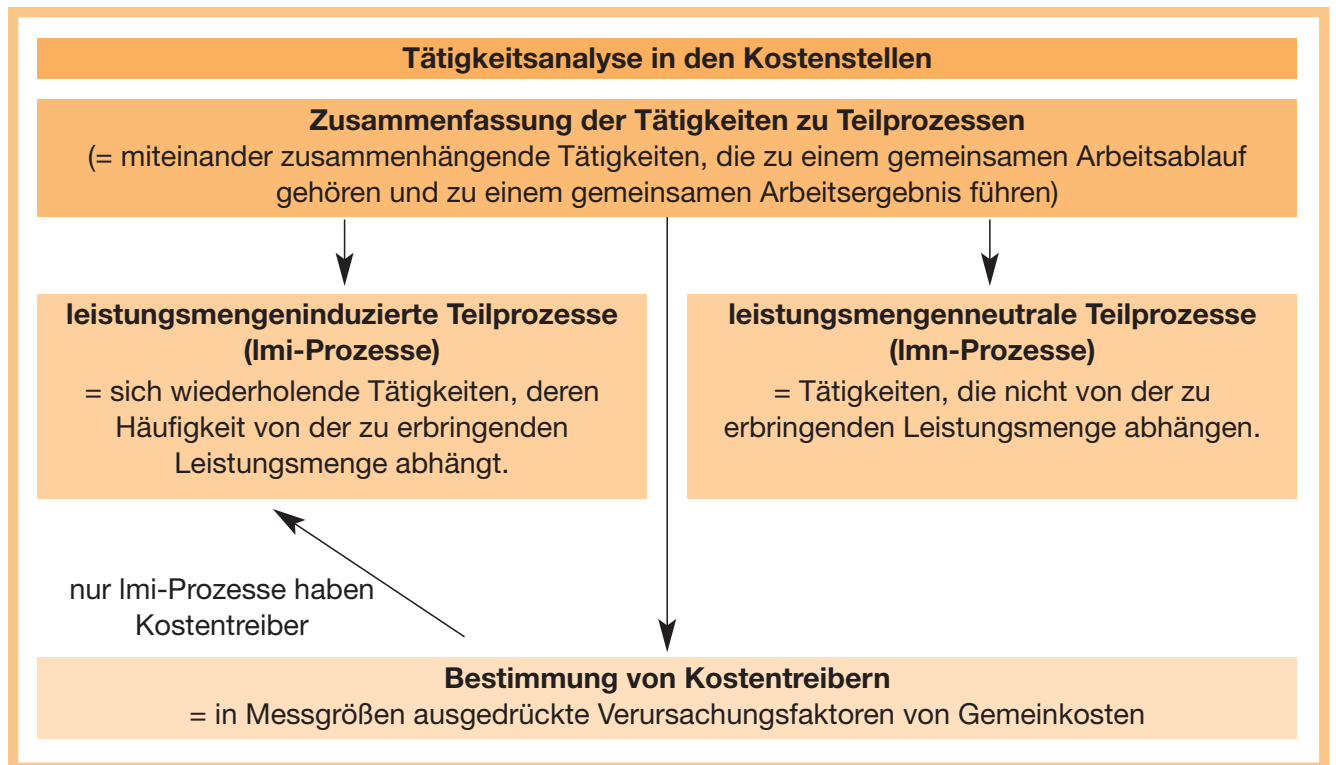
Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	96
12.10	Normalkostenrechnung – Kostenabweichung – Ursachen für Kostenabweichungen	1/1



Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	97
12.11	Grundlagen der Prozesskostenrechnung	1/1



Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	98
12.12	Kostenstellen als Ausgangspunkt der Prozesskostenrechnung	1/1



Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	99
12.13	Prozesskostensätze als Grundlage der Prozesskostenkalkulation	1/1

Verteilung der Gemeinkosten (Budget) einer Kostenstelle auf die Teilprozesse
in Abhängigkeit von der in Anspruch genommenen Mitarbeiterkapazität (Mitarbeiterjahre)



Ermittlung von Teilprozesskostensätzen für den Imi-Prozess
Der Imi-Teilprozesskostensatz gibt an, wie viel die einmalige Durchführung dieses Imi-Prozesses kostet.



Ermittlung von Umlagesätzen zur Verrechnung der Imn-Prozesskosten auf die Imi-Prozesse
Der Umlagesatz gibt an, in welcher Höhe Prozesskosten eines Imn-Prozesses den jeweiligen Imi-Prozessen bei deren einmaliger Durchführung zugerechnet werden müssen.



Ermittlung des gesamten Prozesskostensatzes eines Teilprozesses
= Imi-Prozesskostensatz + Imn-Umlagesatz
Der Teilprozesskostensatz gibt an, wie viel die einmalige Durchführung dieses Teilprozesses kostet.



Zusammenfassung der Teilprozesse aus verschiedenen Kostenstellen
zu typischen (i.d.R. kostenstellenübergreifenden) **Hauptprozessen**
(z. B. Auftragsbearbeitung)

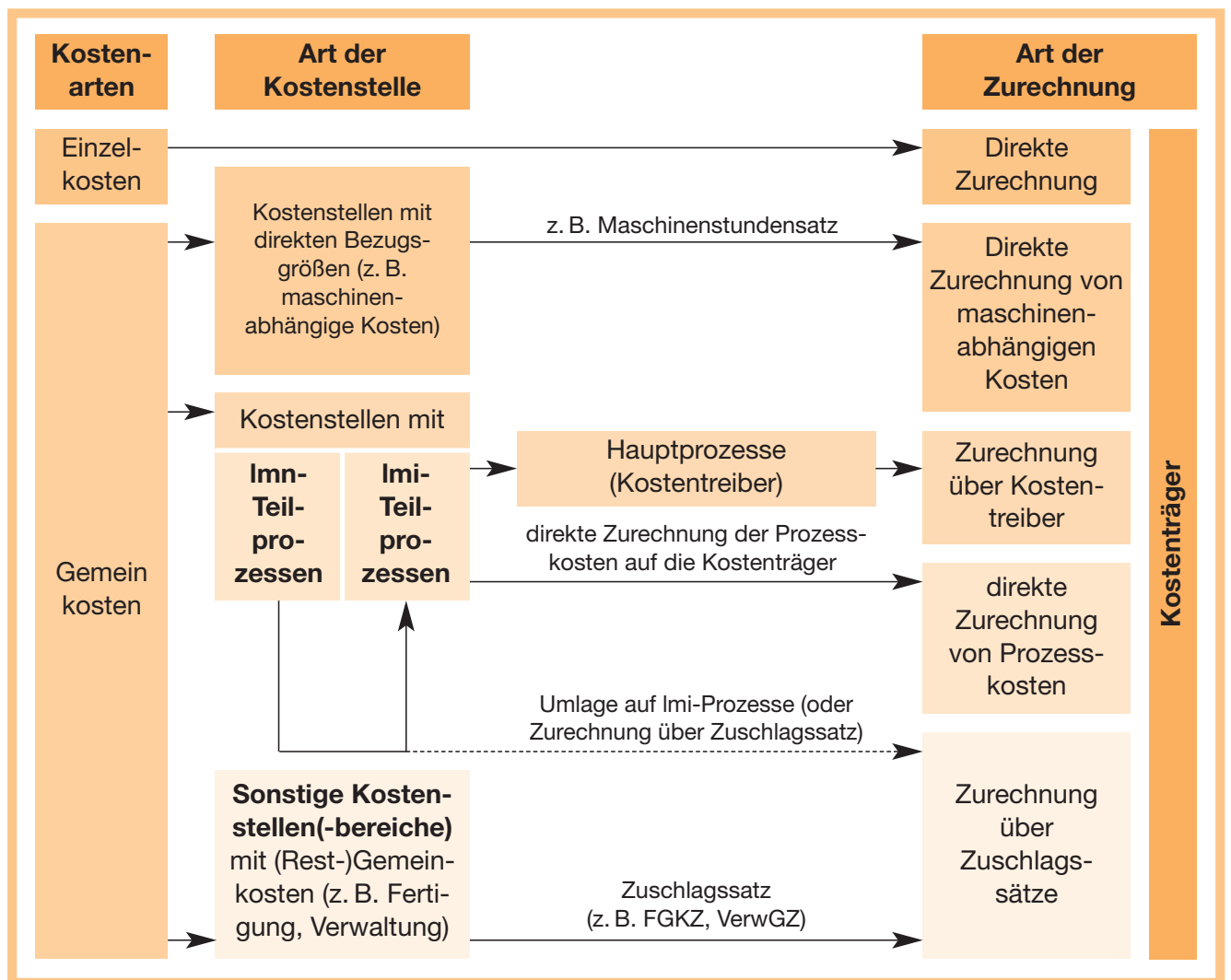


Bestimmung von **Kostentreibern** für die Hauptprozesse



Ermittlung von Hauptprozesskostensätzen
Der Hauptprozesskostensatz gibt an, wie viel die einmalige Durchführung dieses Hauptprozesses kostet.

Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	100
12.14	Aufbau einer Prozesskostenrechnung	1/1



Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	101
12.15	Kalkulationsschema für eine Prozesskostenkalkulation	1/1

Kalkulationsschema für eine Prozesskostenkalkulation	
Materialeinzelkosten	
+ Materialprozesskosten	z. B. für Einkauf, Wareneingang, Materiallager
+ Materialgemeinkosten-zuschlag	für restliche, nicht prozessbezogen verrechenbare Materialgemeinkosten
= Materialkosten (1)	
Fertigungseinzelkosten	
+ Fertigungsunterstützungsprozesskosten	für Entwicklung, Konstruktion, Arbeitsvorbereitung, Fertigungsplanung, Fertigungssteuerung, Qualitätswesen usw.
+ Fertigungsgemeinkosten-zuschlag	für restliche, nicht prozessbezogen verrechenbare Fertigungsgemeinkosten
+ Sondereinzelkosten der Fertigung	
= Fertigungskosten (2)	
Materialkosten (1)	
+ Fertigungskosten (2)	
= Herstellkosten	
+ Vertriebsprozesskosten	für Marktforschung, Werbung, Verkaufsförderung, Außendienst, Verkaufsbüros, Kundendienst, Fertigwarenlager, Verpackung, Versand, Transport usw.
+ Vertriebsgemeinkosten-zuschlag	für restliche, nicht prozessbezogen verrechenbaren Vertriebsgemeinkosten
+ Sondereinzelkosten des Vertriebs	
+ Verwaltungsprozesskosten	
+ Verwaltungsgemeinkosten-zuschlag	für Geschäftsführung, Controlling, Registratur usw.
= Selbstkosten	

Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	102
12.16	Bedeutung und Vorteile der Prozesskostenrechnung	1/1

Die Prozesskostenkalkulation liefert besondere Informationen, die für Maßnahmen zur Kostenbeeinflussung genutzt werden könne

Allokationseffekt

Unterschiedsbetrag, der sich bei der Kalkulation mit Prozesskosten im Vergleich zur traditionellen Zuschlagskalkulation bei der Zurechnung der Gemeinkosten bzw. bei der Ermittlung der Selbstkosten ergibt

Absoluter Allokations-effekt:
Unterschied
in EUR

Relativer Allokations-effekt:
Unterschied
in %

Komplexitätseffekt

Komplexen Produkten werden durch die Prozesskostenrechnung höhere Gemeinkosten zugewiesen als einfachen Produkten. Die Komplexität eines Produktes drückt sich in der Höhe des Allokationseffektes aus.

Degressionseffekt

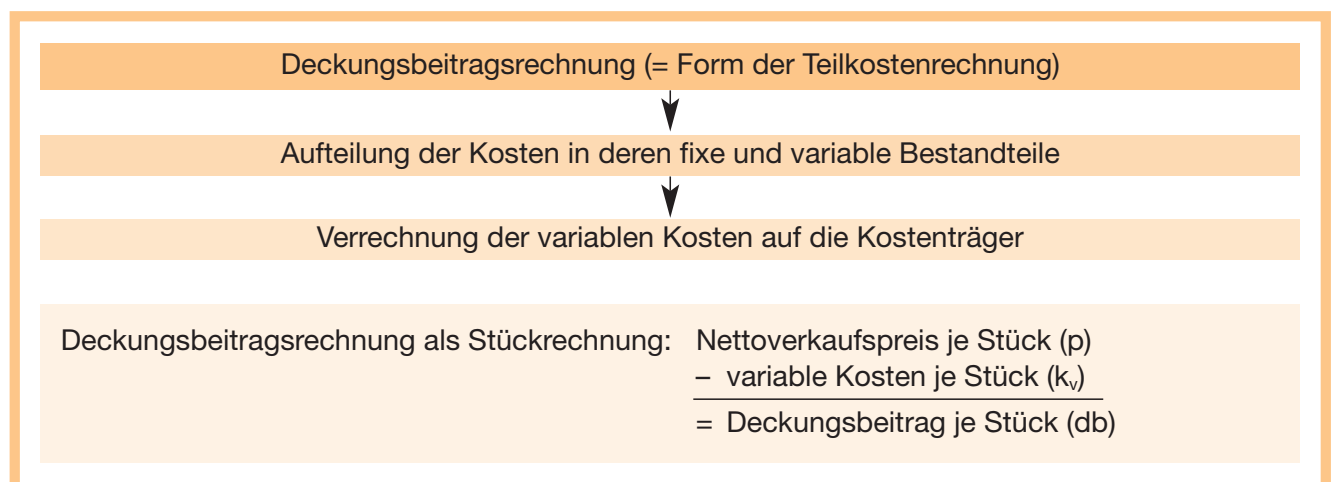
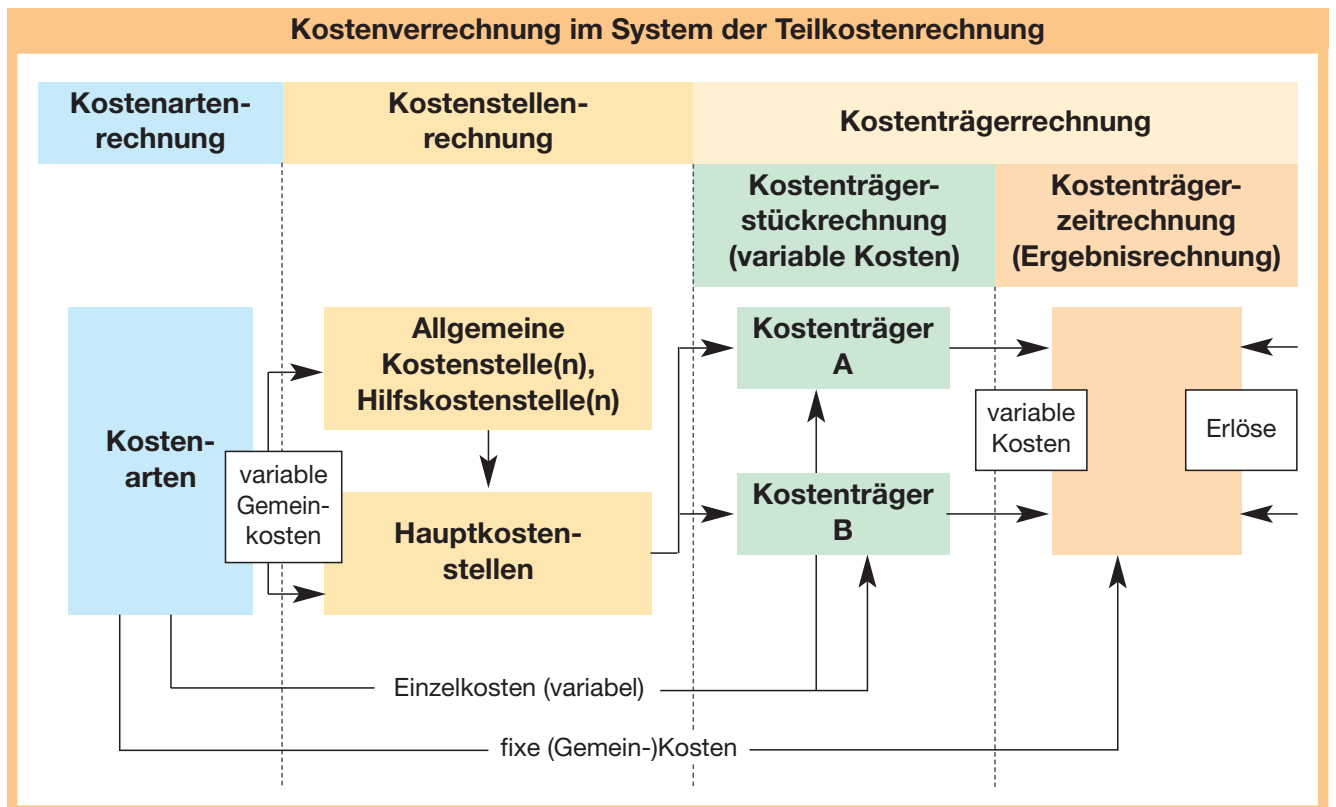
Tritt ein, wenn die Stückzahlen für einen zu bearbeitenden Auftrag steigen, ohne dass entsprechend mehr durchzuführende Prozesse ausgelöst werden. Dadurch ergibt sich bei zunehmender Stückzahl eine Kostendegression, die durch die Prozesskostenrechnung berücksichtigt wird.



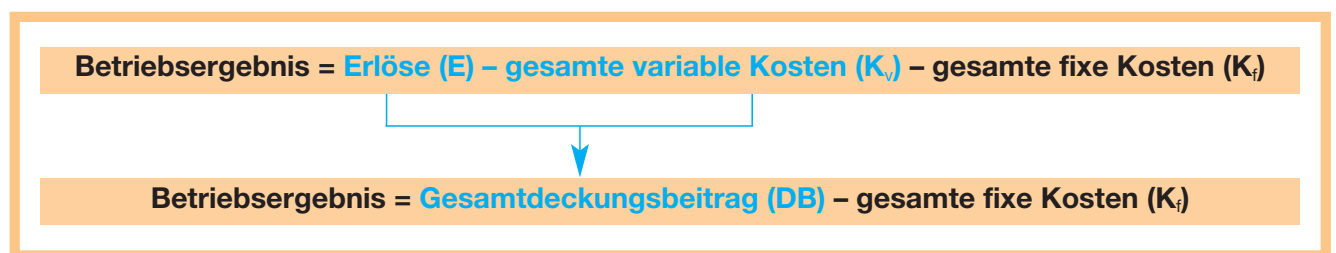
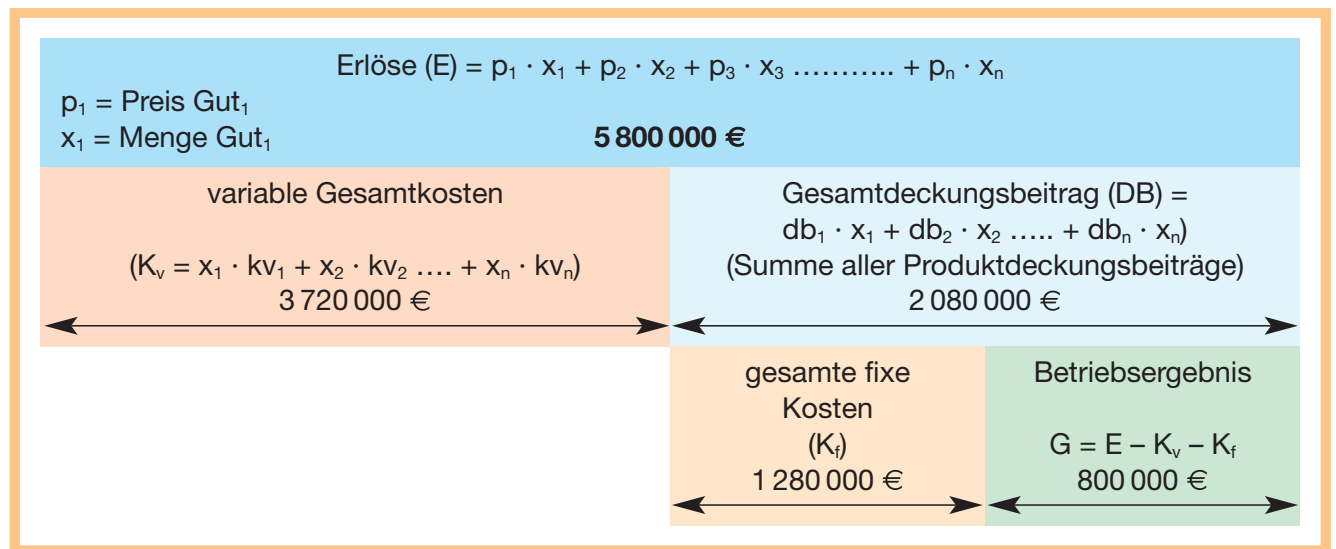
Grundlage für die Entwicklung von Strategien

Preispolitik, Produktions-und Absatzprogramm, optimale Auftragsgröße

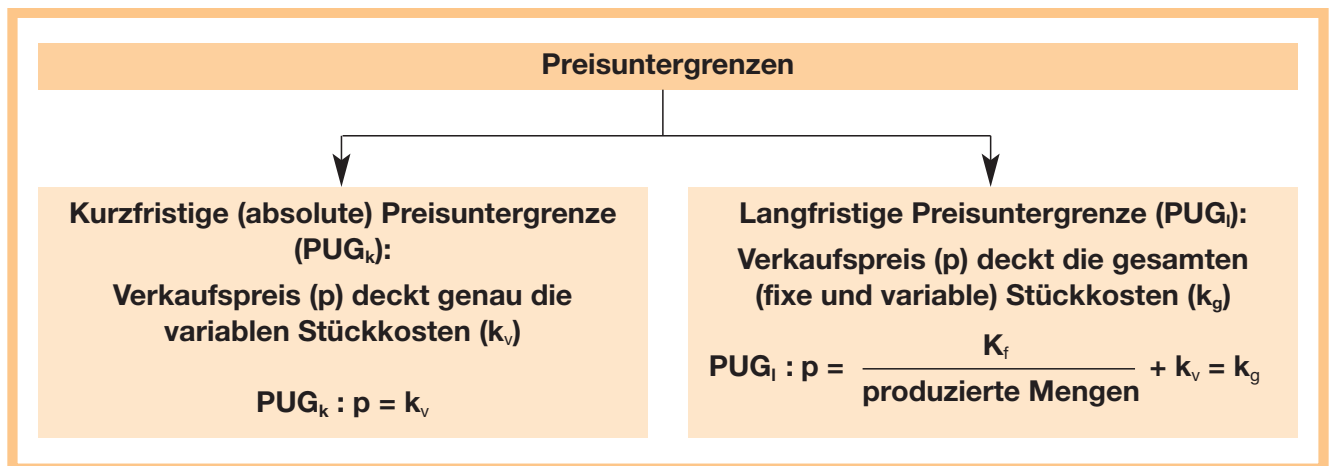
Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	103
12.17	Kostenverrechnung im System der Teilkostenrechnung – Deckungsbeitragsrechnung als Stückrechnung	1/1



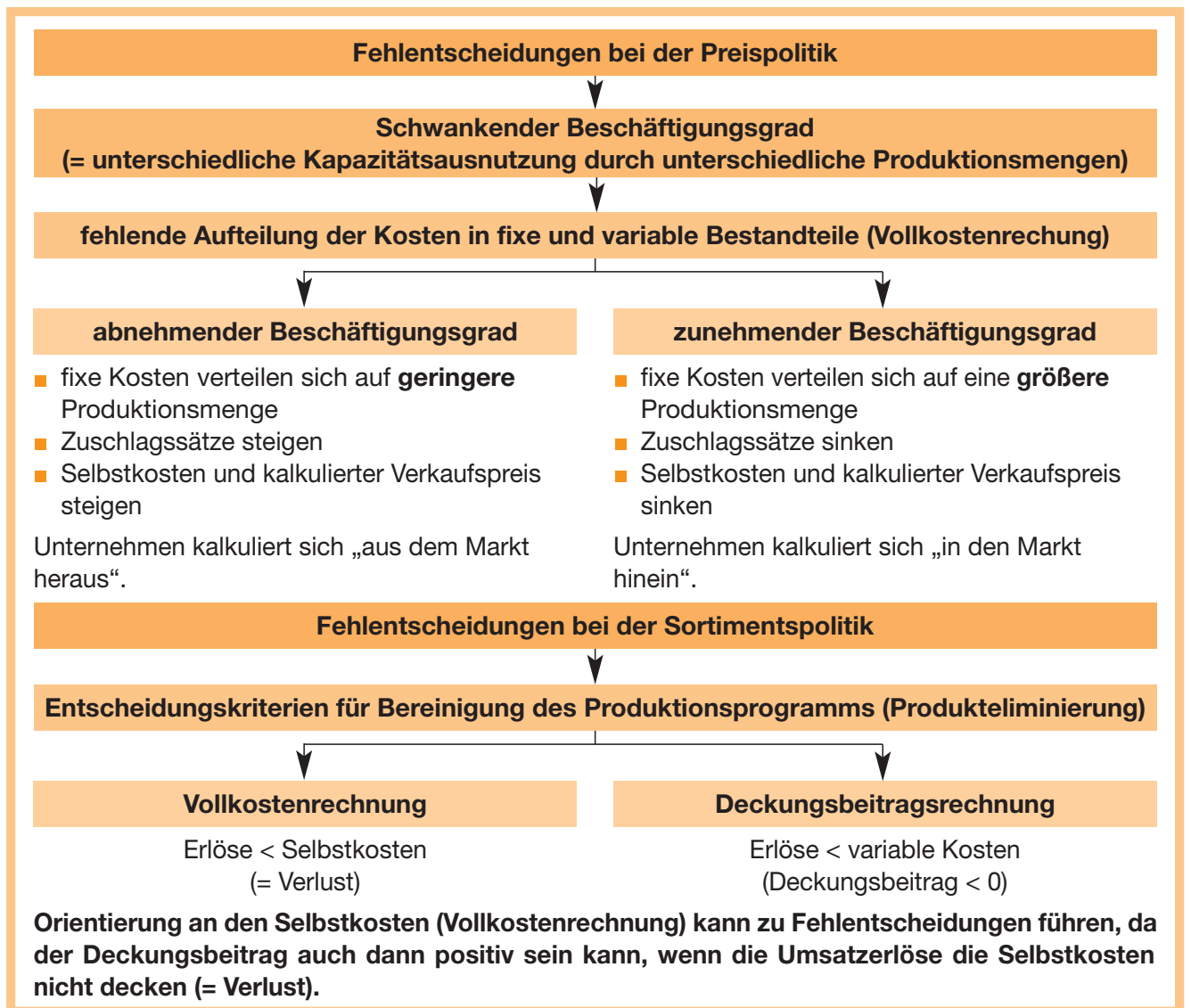
Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	104
12.18	Zusammenhang von Umsatzerlösen, Gesamtdeckungsbeitrag und Betriebsergebnis	1/1



Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	105
12.19	Kurzfristige und langfristige Preisuntergrenze	1/1



Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	106
12.20	Fehlentscheidungen bei Anwendung der Vollkostenrechnung	1/1



Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	107
12.21	Anwendung der Deckungsbeitragsrechnung bei Produktions- und Absatzentscheidungen	1/1

Deckungsbeitragsrechnung als Entscheidungshilfe bei:

Produktförderung und Produkteliminierung

Produktförderung

Rangfolge der Produktförderung bestimmt sich nach der Höhe der einzelnen Deckungsbeiträge je Stück (db)

Produkteliminierung

Produkt wird eliminiert, wenn sich dadurch der Gesamtdeckungsbeitrag verbessert. Rangfolge bestimmt sich nach der Höhe der Gesamtdeckungsbeiträge der Produktgruppen (DB).

Annahme von Zusatzaufträgen:

Zusatzauftrag wird angenommen, wenn

Deckungsbeitrag des Zusatzauftrags > 0

Betriebsergebnis verbessert sich um den Deckungsbeitrag des Zusatzauftrags

Für Zusatz-
auftrag
entstehen
bei freien
Kapazitäten
lediglich
variable
Kosten

Falls Erlös
Zusatz-
auftrag $>$
variable
Kosten
Zusatz-
auftrag

Betriebs-
ergebnis
steigt um
Deckungs-
beitrag
Zusatz-
auftrag

Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	108
12.22	Optimales Produktionsprogramm in Engpasssituationen: Relative Deckungsbeitragsrechnung	1/1

Engpasssituation: Kapazität des Betriebes reicht nicht, um die Produkte in den gewünschten (absetzbaren) Mengen zu produzieren



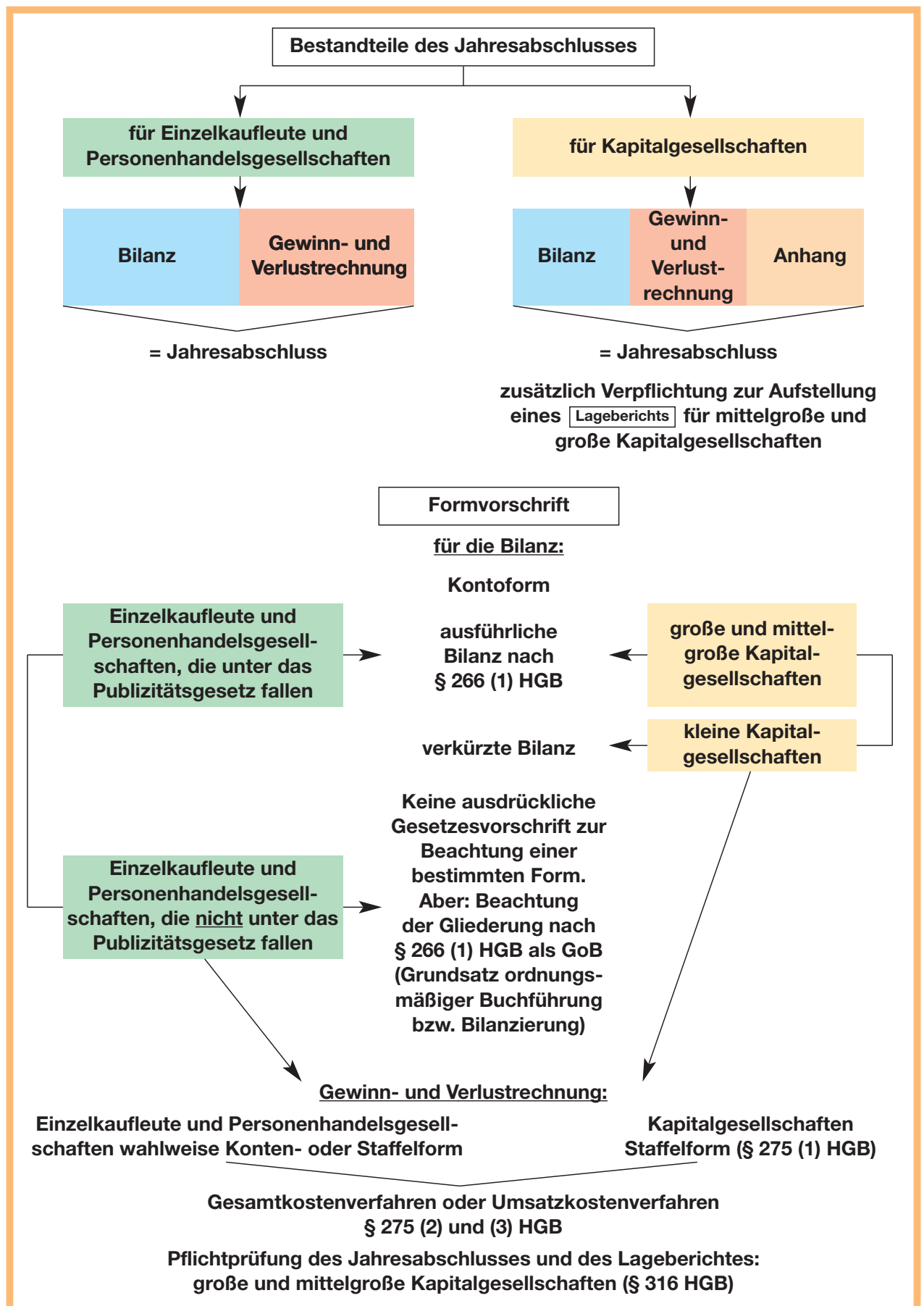
Entscheidung: Welche Produkte sind mit welchen Mengen zu produzieren?



Entscheidungsgrundlage: Relative Deckungsbeiträge

$$\text{relativer Deckungsbeitrag} = \frac{\text{absoluter Deckungsbeitrag (db)}}{\text{benötigte Einheiten des Engpassfaktors (z. B. Minuten je Stück)}}$$

Produktionsentscheidung: Reihenfolge der Produktförderung ist abhängig von der Höhe der relativen Deckungsbeiträge



Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	110
13.2	Gliederung der Bilanz für große und mittelgroße Kapitalgesellschaften gem. § 266 HGB	1/1

Aktiva	BILANZ	Passiva
A. Anlagevermögen: I. Immaterielle Vermögensgegenstände: <ol style="list-style-type: none"> 1. Selbstgeschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte; 2. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten; 3. Geschäfts- oder Firmenwert; 4. geleistete Anzahlungen; II. Sachanlagen: <ol style="list-style-type: none"> 1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken; 2. technische Anlagen und Maschinen; 3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung; 4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau; III. Finanzanlagen: <ol style="list-style-type: none"> 1. Anteile an verbundenen Unternehmen; 2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen; 3. Beteiligungen; 4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht; 5. Wertpapiere des Anlagevermögens; 6. sonstige Ausleihungen. 	A. Eigenkapital: I. Gezeichnetes Kapital; II. Kapitalrücklage; III. Gewinnrücklagen: <ol style="list-style-type: none"> 1. gesetzliche Rücklage; 2. Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen; 3. satzungsmäßige Rücklagen; 4. andere Gewinnrücklagen; IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag; V. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag.	
B. Umlaufvermögen: I. Vorräte: <ol style="list-style-type: none"> 1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe; 2. unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen; 3. fertige Erzeugnisse und Waren; 4. geleistete Anzahlungen. II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände: <ol style="list-style-type: none"> 1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen; 2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen; 3. Forderungen gegen Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht; 4. Sonstige Vermögensgegenstände. III. Wertpapiere: <ol style="list-style-type: none"> 1. Anteile an verbundenen Unternehmen; 2. sonstige Wertpapiere. IV. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks.	B. Rückstellungen: <ol style="list-style-type: none"> 1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen; 2. Steuerrückstellungen; 3. sonstige Rückstellungen. C. Verbindlichkeiten: <ol style="list-style-type: none"> 1. Anleihen, davon konvertibel; 2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten 3. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen; 4. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen; 5. Verbindlichkeiten aus der Annahme gezogener Wechsel und der Ausstellung eigener Wechsel; 6. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen; 7. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht; 8. sonstige Verbindlichkeiten, davon aus Steuern, davon im Rahmen der sozialen Sicherheit. 	
C. Rechnungsabgrenzungsposten.	D. Rechnungsabgrenzungsposten.	
D. Aktive latente Steuern.	E. Passive latente Steuern.	
E. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung.		

Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	111
13.3	Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung in Staffelform (Gesamtkostenverfahren) gem. § 275 (2) HGB	1/1

Gewinn- und Verlustrechnung in Staffelform (Gesamtkostenverfahren) nach § 275 (2) HGB (in Tsd. EUR)		
1.	Umsatzerlös (5000)	100 000
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen (5220)	+ 2 950
3.	andere aktivierte Eigenleistungen (5300)	+ 7 000
4.	sonstige betriebliche Erträge (5480) ²	+ 2 000
5.	Materialaufwand a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (6000, 6020)	– 21 000
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	
6.	Personalaufwand a) Löhne und Gehälter (6200, 6300)	– 38 000
	b) soziale Abgaben (6400)	– 15 000
7.	Abschreibungen a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen (6500)	– 13 000
	b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens	
8.	sonstige betriebliche Aufwendungen ² (6710, 6770, 6800, 6900)	– 8 950
9.	Erträge aus Beteiligungen (5500)	– 3 000
10.	Erträge aus anderen Wertpapieren	
11.	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	
12.	Abschreibungen auf Finanzanlagen	
13.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen (7500)	– 5 000
14.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (7700, 7710)	– 3 400
15.	Ergebnis nach Steuern ³	– 10 600
16.	sonstige Steuern (7200)	– 2 000
17.	Jahresüberschuss	8 600

Ergebnis nach Steuern

Hinweis: Die Ziffern in Klammern geben die jeweiligen Kontennummern an.

- 1 Nach § 275 (1) HGB kann die Gewinn- und Verlustrechnung wahlweise nach dem Gesamtkostenverfahren und nach dem Umsatzkostenverfahren dargestellt werden. Die großen Kapitalgesellschaften verwenden vorwiegend das Umsatzkostenverfahren. Dieses ist aber nicht Gegenstand des Lehrplans.
- 2 Die in den sonstigen betrieblichen Erträgen und sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthaltenen außerordentlichen Aufwendungen und Erträge sind im Anhang anzugeben (§ 285 Nr. 31 bzw. 314 (1) Nr. 23 HGB). Aufwendungen und Erträge sind dann außerordentlich, wenn sie ungewöhnlich, selten und von einigem Gewicht sind.
- 3 Diese Postenbezeichnung ist irreführend, da es sich gerade nicht um ein Ergebnis nach allen Steuern handelt, sofern auch noch Beträge unter dem Posten „sonstige Steuern“ ausgewiesen werden.

Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	112
13.4	Verwendung des Jahresüberschusses einer AG	1/1

Verwendung des Jahresüberschusses einer AG

Jahresüberschuss (JÜ)	
– Verlustvortrag aus dem Vorjahr	
<hr/>	
= Bereinigter Jahresüberschuss: Basis für Einstellung in die gesetzliche Rücklage	
+ Entnahme aus Rücklagen	
– Einstellung in gesetzliche Rücklage	AktG § 150
<hr/>	
= Restbetrag: Basis für Einstellung in andere Gewinnrücklagen	
– Einstellung in andere Gewinnrücklagen	AktG § 58 (2)
<hr/>	
= Restbetrag	
+ Gewinnvortrag aus Vorjahr	
<hr/>	
= Bilanzgewinn	
– Einstellung weiterer Beträge in andere Gewinnrücklagen durch HV	AktG § 58 (3)
<hr/>	
= verfügbare Dividende	
– ausgezahlte Dividende	
<hr/>	
= Gewinnvortrag/Verlustvortrag	

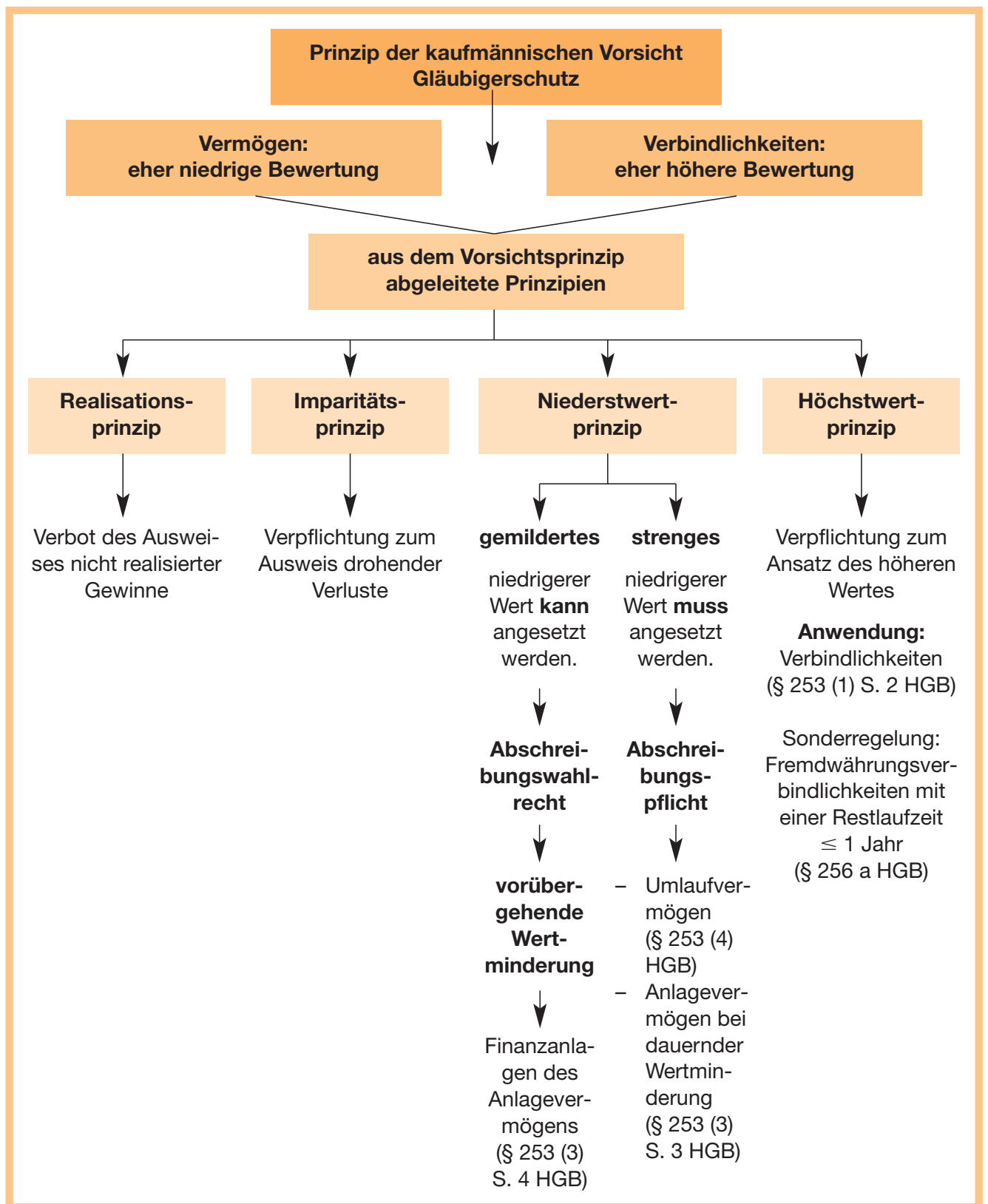
Aufstellung des Jahresabschlusses

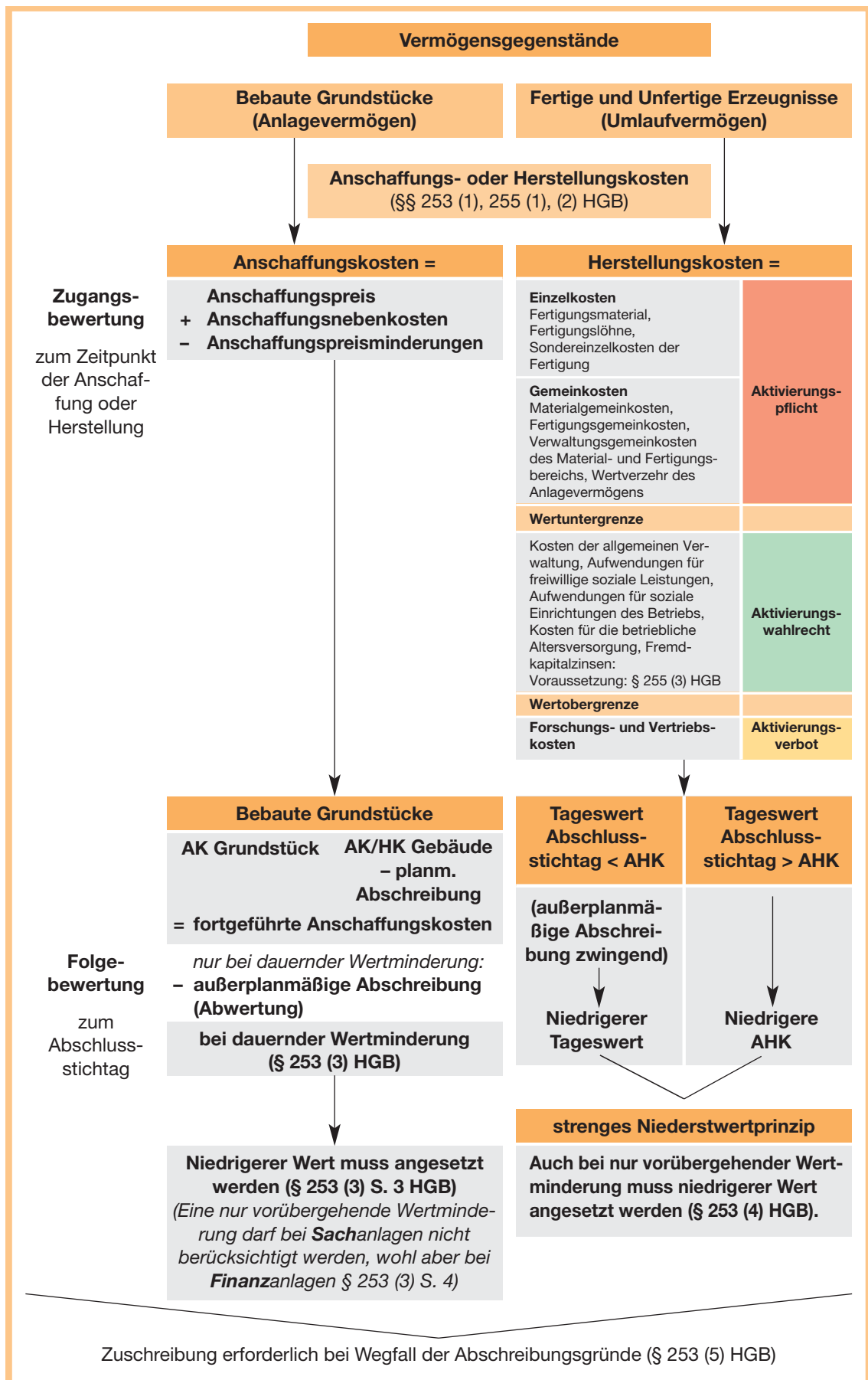
vor der Gewinnverwendung	nach teilweiser Gewinnverwendung	nach vollständiger Gewinnverwendung
Eigenkapitalpositionen: Gewinn-/Verlustvortrag Vorjahr	Eigenkapitalposition: Bilanzgewinn	Eigenkapitalposition: Gewinn-/Verlustvortrag nächstes Jahr
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag aktuelles Jahr		Fremdkapitalposition: sonst. Verbindlichkeit (noch auszuzahlende Dividende)

Interessenkonflikte bei der Gewinnverwendung

Bildung von Gewinnrück- lagen (= offene Selbstfinanzierung)	Kompromiss durch AktG gesetzlich erzwungene offene Selbstfinanzierung	Dividendenzahlung
	← freiwillige offene Selbstfinanzierung →	
Geschäftsführung/Gläubiger	maximaler/minimaler Bilanzgewinn	Aktionäre

Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	113
13.5	Grundsätze ordnungsgemäßer Bewertung (Bewertungsprinzipien)	1/1

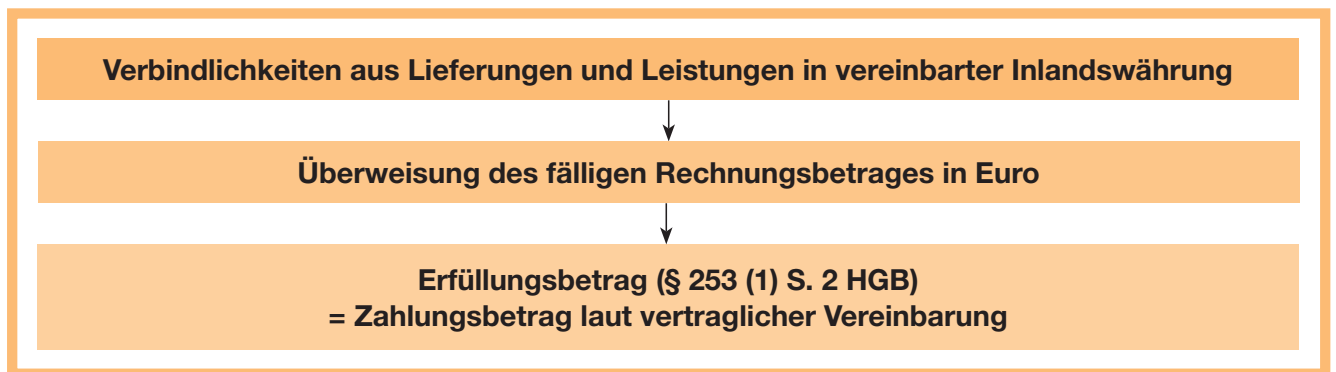
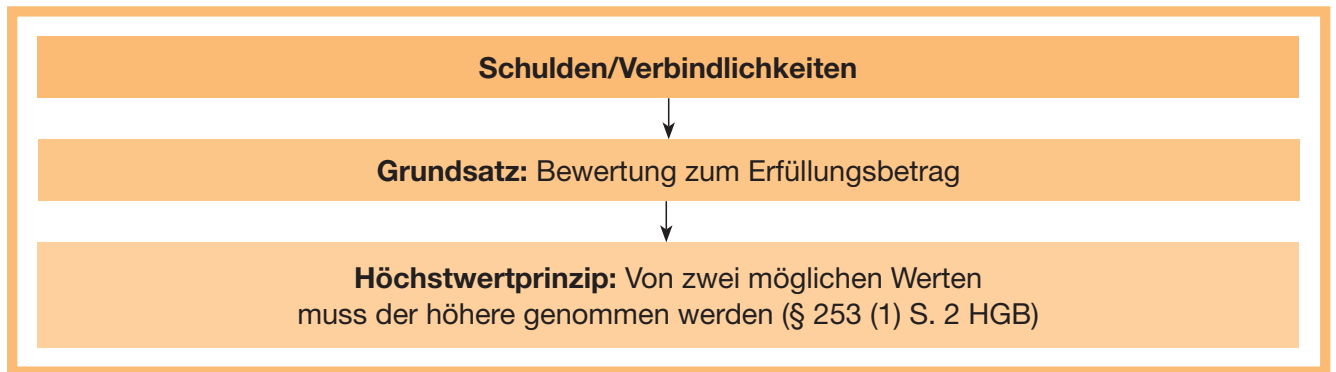




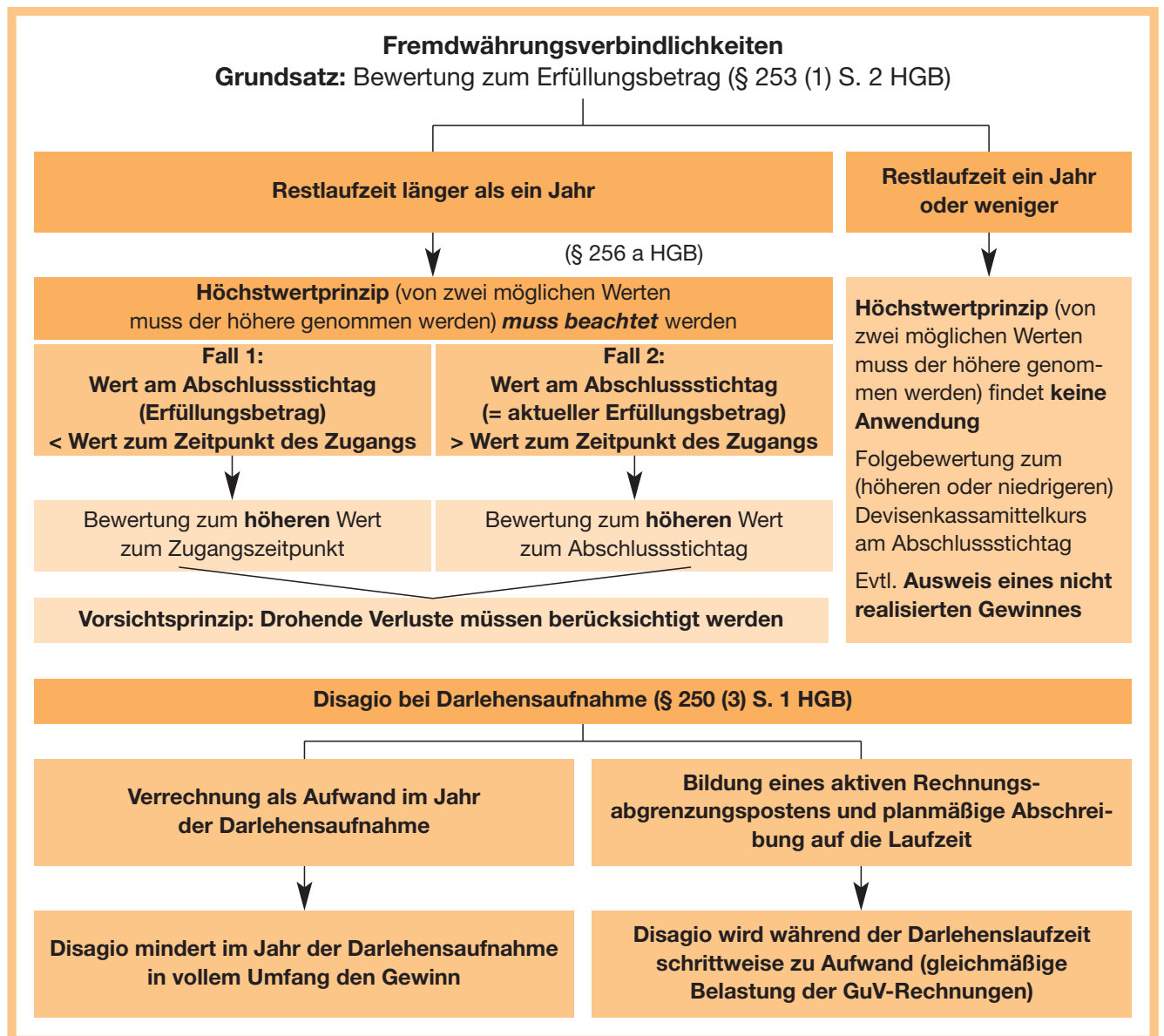
Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	115
13.7	Umfang und Berechnung der Herstellungskosten nach Handels- und Steuerrecht und nach IFRS	1/1

Herstellungskosten	Handelsrecht	Steuerrecht	IFRS
Materialeinzelkosten	Pflicht (§ 255 Abs. 2 Satz 2 HGB)	Pflicht (§ 5 Abs. 1 Satz 1 EStG i. V. m. § 255 Abs. 2 Satz 2 HGB)	Pflicht (IAS 2.12)
Fertigungseinzelkosten	Pflicht (§ 255 Abs. 2 Satz 2 HGB)	Pflicht (§ 5 Abs. 1 Satz 1 EStG i. V. m. § 255 Abs. 2 Satz 2 HGB)	Pflicht (IAS 2.12)
Sondereinzelkosten der Fertigung	Pflicht (§ 255 Abs. 2 Satz 2 HGB)	Pflicht (§ 5 Abs. 1 Satz 1 EStG i. V. m. § 255 Abs. 2 Satz 2 HGB)	Pflicht (IAS 2.12)
Materialgemeinkosten	Pflicht (§ 255 Abs. 2 Satz 2 HGB)	Pflicht (R 6.3 Abs. 1 EStÄR 2008)	Pflicht (IAS 2.12)
Fertigungsgemeinkosten (incl. fertigungsbedingter Abschreibungen auf das Anlagevermögen)	Pflicht (§ 255 Abs. 2 Satz 2 HGB)	Pflicht (R 6.3 Abs. 1 EStÄR 2008)	Pflicht (IAS 2.12)
Herstellungsbezogene Verwaltungskosten	In den Material- und Fertigungsgemeinkosten enthalten	In den Material- und Fertigungsgemeinkosten enthalten	Pflicht (IAS 2.12 i. V. m. IAS 2.16c)
Allgemeine Verwaltungs- kosten (incl. freiwilliger Sozialkosten und Kosten sozialer Einrichtungen)	Wahlrecht (§ 255 Abs. 2 Satz 3 HGB)	Pflicht (R 6.3 Abs. 1 EStÄR 2008)	Verbot (IAS 2.16c)
Herstellungsbezogene Fremdkapitalkosten	Wahlrecht (Voraussetzungen: § 255 Abs. 3 Satz 2 HGB)	Wahlrecht (R 6.3 Abs. 1 EStÄR 2008)	Wahlrecht (IAS 2.17 i. V. m. IAS 23)
Forschungskosten	Verbot (§ 255 Abs. 2 Satz 4 HGB)	Verbot (§ 5 Abs. 1 Satz 1 EStG i. V. m. § 255 Abs. 2 Satz 4 HGB)	Verbot (IAS 2.15)
Vertriebskosten	Verbot (§ 255 Abs. 2 Satz 4 HGB)	Verbot (§ 5 Abs. 1 Satz 1 EStG i. V. m. § 255 Abs. 2 Satz 4 HGB)	Verbot (IAS 2.16d)

Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	116
13.8	Vorschriften zur Bewertung von Schulden – Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in vereinbarter Inlandswährung	1/1

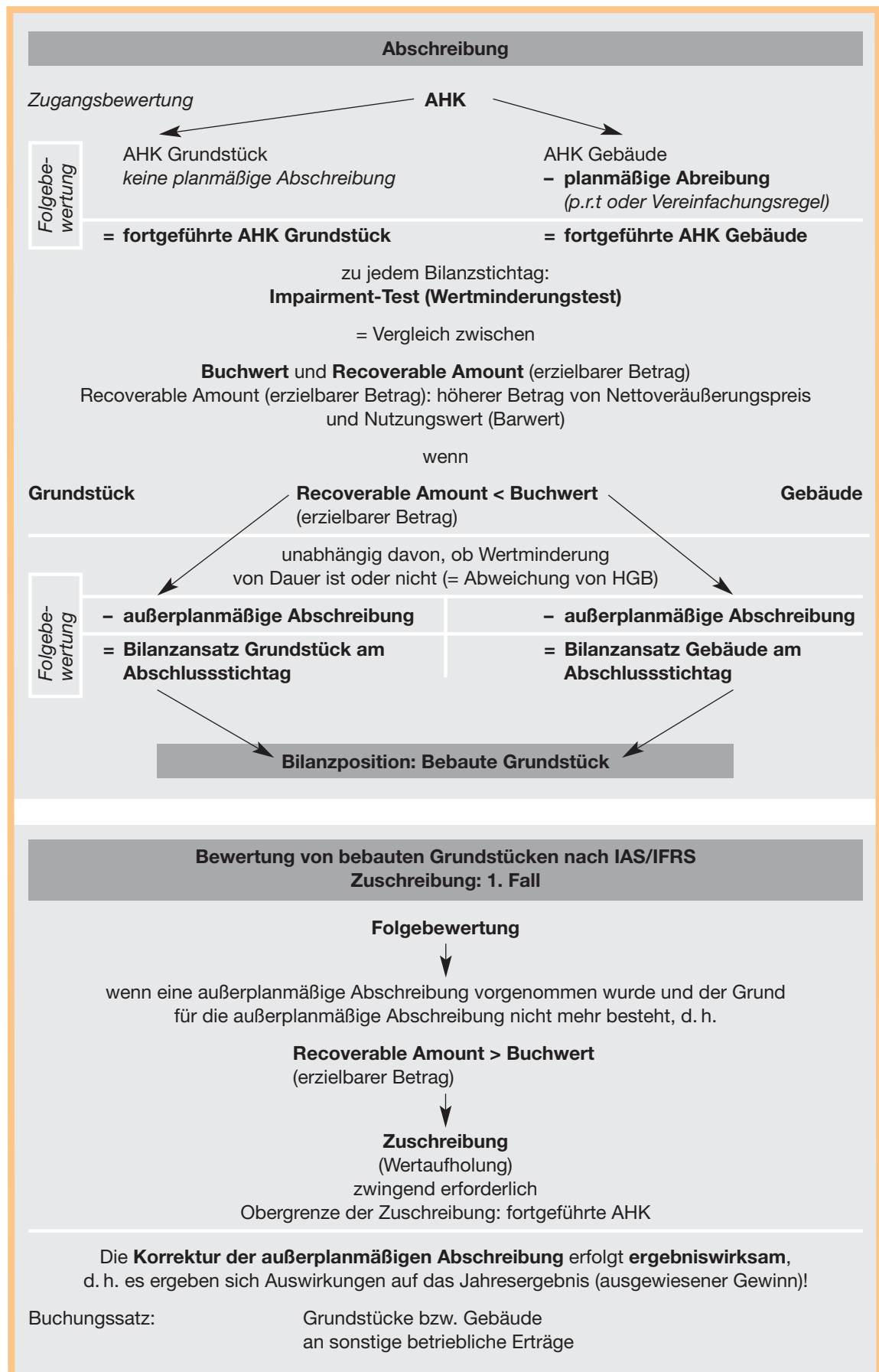


Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	117
13.9	Bewertung von Fremdwährungsverbindlichkeiten	1/1

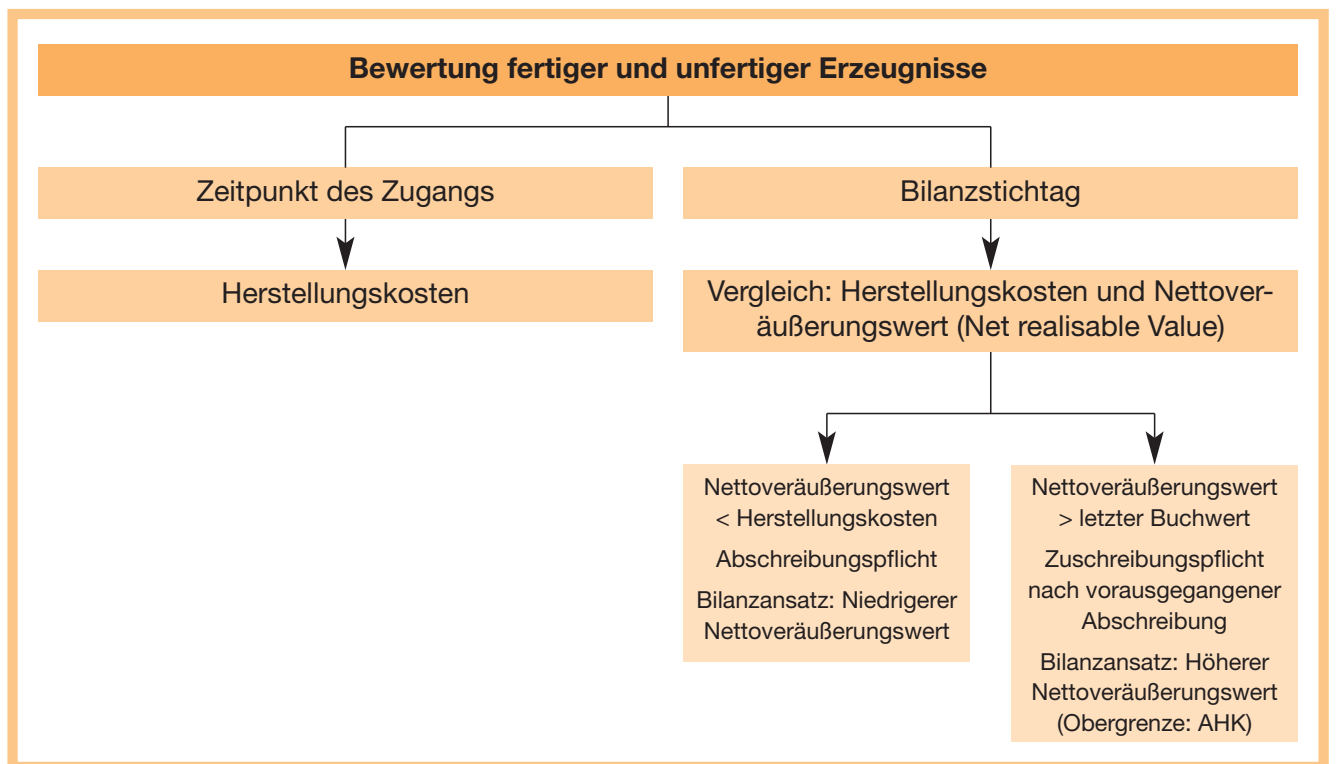


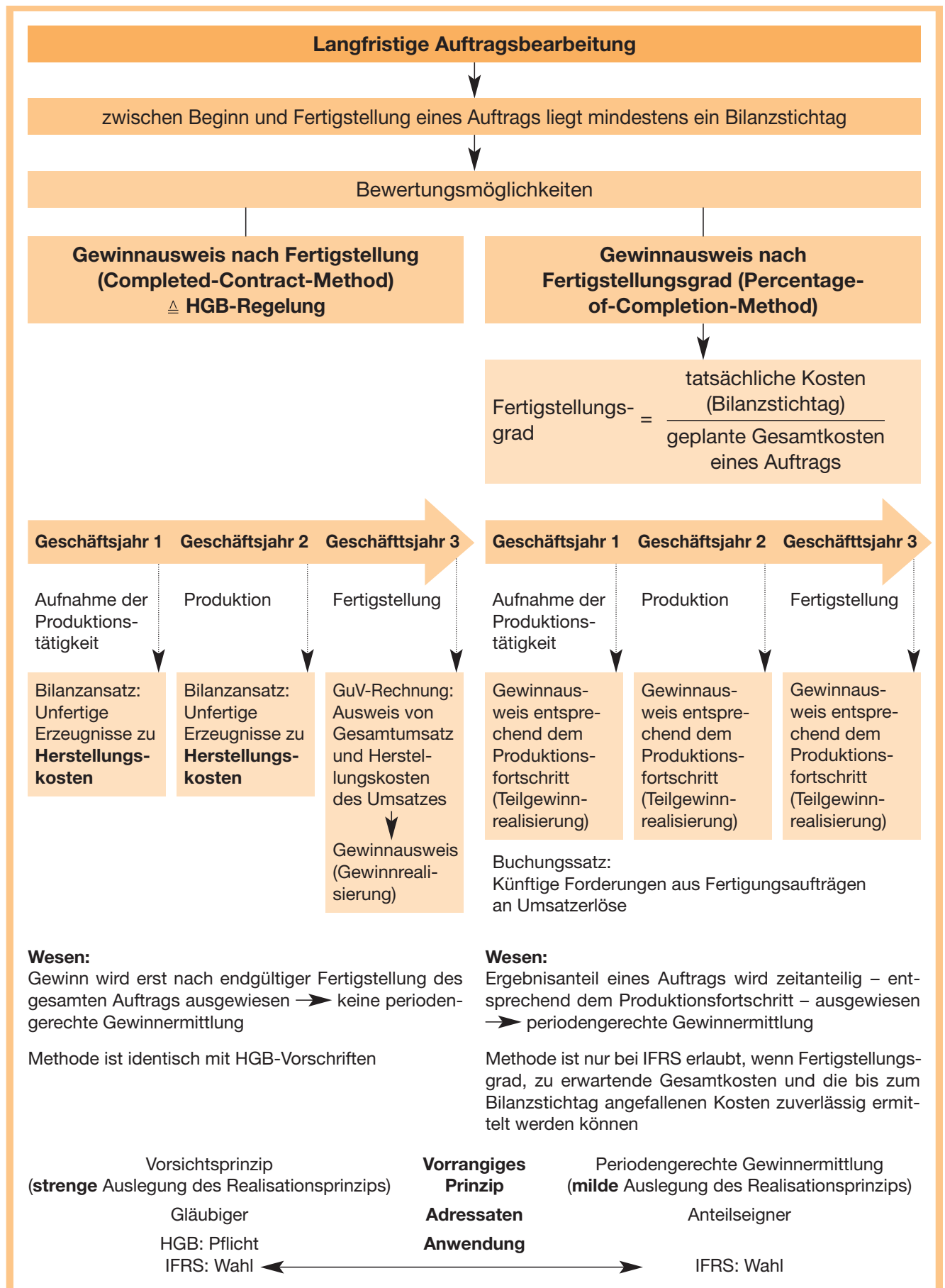
Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	118
13.10	Grundlegende Bewertungsvorschriften für Vermögen und Schulden nach IAS/IFRS	1/1

Anschaffungskosten (fallen bei Erwerb eines Vermögensgegenstandes an)	Anschaffungspreis + direkt zurechenbare Nebenkosten + eventuell Fremdkapitalzinsen (nur bei Qualifying Asset Wahlrecht) – Minderungen <hr/> = Anschaffungskosten	
Herstellungskosten (fallen an, wenn Vermögensgegenstände – z. B. fertige oder unfertige Erzeugnisse – hergestellt werden)	Materialeinzelkosten	Pflicht
	Materialgemeinkosten	Pflicht, soweit produktionsbezogen
	Fertigungseinzelkosten	Pflicht
	Sondereinzelkosten der Fertigung	Pflicht
	Fertigungsgemeinkosten	Pflicht, soweit produktionsbezogen
	Verwaltungsgemeinkosten (Produktionsbereich)	Pflicht
	Verwaltungsgemeinkosten (Allgemeiner Bereich – ohne Bezug zur Produktion)	Verbot
	Zinsen	Wahlrecht nur bei Qualifying Asset
	Vertriebsgemeinkosten	Verbot
	Sondereinzelkosten des Vertriebs	Verbot
	Kalkulatorische Zusatzkosten	Verbot
Tageswert	Wiederbeschaffungswert	
Veräußerungswert	Wert, der bei ordnungsgemäßer Veräußerung erzielt werden kann	
Barwert	Summe der einem Vermögensgegenstand zuzurechnenden abgezinsten Einzahlungsüberschüsse	



Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	120
13.12	Bewertung von fertigen und unfertigen Erzeugnissen (IAS/IFRS)	1/1





Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	122
13.14	Auswertung der Bilanz (Bilanzanalyse)	1/1

Bilanzkennzahlen		
Kapitalstruktur	Finanzierung	Liquidität
Eigenkapitalquote $= \frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Gesamtkapital}} \cdot 100$	Goldene Finanzierungsregel $= \frac{\text{langfristiges Kapital}}{\text{langfristiges Vermögen}} \geq 1$	Liquidität 1 $= \frac{\text{liquide Mittel}}{\text{kurzfr. Verbindlichk.}} \cdot 100$
Fremdkapitalquote $= \frac{\text{Fremdkapital}}{\text{Gesamtkapital}} \cdot 100$	Goldene Bilanzregel $= \frac{\text{Eigenkap. + langfr. Fremdkapital}}{\text{Anlageverm. + langfr. Umlaufvermögen}} \geq 1$	Liquidität 2 $= \frac{\text{liquide Mittel + kurzfr. Forderungen}}{\text{kurzfr. Verbindlichk.}} \cdot 100$
Verschuldungsgrad $= \frac{\text{Fremdkapital}}{\text{Eigenkapital}} \cdot 100$	Anlagendeckungsgrad I $= \frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Anlagevermögen}} \cdot 100$	Liquidität 3 $= \frac{\text{Umlaufvermögen}}{\text{kurzfr. Verbindlichk.}} \cdot 100$
Bilanzkurs <div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <div>in %</div> <div>Eigenkapital je Aktie</div> </div> $\frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Grundkapital}} \cdot 100$	Anlagendeckungsgrad II $= \frac{\text{Eigenkapital + langfr. Fremdkapital}}{\text{Anlagevermögen}} \cdot 100$	

Ü	91811 Lehraufgaben zur Betriebswirtschaftslehre – Zusammenfassende Übersichten	123
13.15	Auswertung der Gewinn- und Verlustrechnung (Ergebnisanalyse)	1/1

Rentabilitätskennzahlen		
Eigenkapitalrentabilität	Gesamtkapitalrentabilität	Umsatzrentabilität
$\frac{\text{Gewinn}}{\text{Eigenkapital}} \cdot 100$	$\frac{\text{Gewinn} + \text{Fremdkapitalzinsen}}{\text{Gesamtkapital}} \cdot 100$	$\frac{\text{Gewinn}}{\text{Umsatz}} \cdot 100$

Zusammenwirken von Kennzahlen	
Return on Investment	Leverage-Effekt
$\frac{\text{Gewinn}}{\text{Umsatz}} \cdot \frac{\text{Umsatz}}{\text{Gesamtkapital}} \cdot 100$	Eigenkapitalrentabilität kann bei zunehmendem Verschuldungsgrad steigen, wenn der Fremdkapitalzinssatz niedriger als die Gesamtkapitalrentabilität ist.

International gebräuchliche Kennzahlen	
Innenfinanzierungskraft	Ertragskraft
Cashflow	EBIT (Ergebnis vor Zinsen und Ertragsteuern)
<div>Gewinn (Jahresüberschuss)</div> <div>+ Abschreibungen</div> <div>– Zuschreibungen</div> <div>+ Erhöhung der langfristigen Rückstellungen</div> <div>– Verminderung der langfristigen Rückstellungen</div> <div>=====</div> <div>Brutto-Cashflow</div> <div>– Gewinnausschüttung</div> <div>=====</div> <div>Netto-Cashflow</div> <div>Cashflow-Umsatzrate = $\frac{\text{Brutto-Cashflow} \cdot 100}{\text{Umsatz}}$</div>	<div>Jahresüberschuss lt. GuV-Rechnung</div> <div>± außerordentliches Ergebnis</div> <div>+ außerordentlicher Aufwand</div> <div>– außerordentliche Erträge</div> <div>+ Ertragsteuern</div> <div>± Finanzergebnis</div> <div>+ Zinsaufwendungen</div> <div>– Zinserträge</div> <div>=====</div> <div>EBIT (Earnings before Interest and Taxes)</div> <div>+ Abschreibungen</div> <div>=====</div> <div>EBITDA</div>

Kapitalflussrechnung (Cashflow Statement)		
+ Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	+ Cashflow aus Investitionstätigkeit	+ Cashflow aus Finanzierungstätigkeit
= Veränderung der liquiden Mittel im Geschäftsjahr		